Dienstag, den 21. Oktober 1930 — Einzelnummer 10 Pfennige — 41. Jahrgang – Nr. 246

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Ausgabestellen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelmstr. 105, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 RMk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 RMk., monatlich 1.75 RMk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 RMk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 RMk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Taktik der Sozialdemokratie im Reichstag

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
Unterbezirk Leipzig der SPD. billigt die Haltung der Fraktion

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns:

Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags hatte in ihrer ersten Sitzung vom 3. Oktober 1930 Richtlinien für ihre politische Arbeit formuliert. Es wurde darin festgestellt, daß die Demokratie von allen sozialreaktionären Kreisen bedroht ist, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Die Demokratie ist aber auch bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten und durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen die Sozialreaktion und Faschismus erschwert. **Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben.** „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion", so wird in der Entschließung betont, „entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen."

Mit dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie sich **das Gesetz des Handelns nicht von den Gegnern der arbeitenden Massen vorschreiben läßt,** sondern den Weg zu gehen entschlossen ist, den das Interesse des werktätigen Volkes erfordert. Sie hat durch die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes die Aufnahme eines Auslandskredites von 500 Millionen Mark ermöglicht und damit die Auszahlung der sozialen Unterstützungen, der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne gesichert. Sie hat der Ueberführung der in der reichstagslosen Zeit erlassenen Notverordnungen zur Beratung im Haushaltsausschuß zugestimmt. Sie hat die Erklärungen der Regierung zu ihrem Programm zur Kenntnis genommen und über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landbündlern eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning oder einzelne Minister der Regierung zur Tagesordnung übergegangen. Die Fraktion hat sich **bei dieser taktischen Stellungnahme, die keine Vertrauenskundgebung für die Regierung in sich schließt,** von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag

Die Wahl vom 14. September hat die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag vollkommen verändert. Im alten Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion 152 Mandate von einer Gesamtzahl von 491 Mandaten. Sie bildete also fast ein Drittel des Reichstags. 21 Monate lang regierte die „Große Koalition", die mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit hinter sich hatte. Die Sozialdemokratie war allerdings im Kabinett der „Großen Koalition" in der Minderheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Im neuen Reichstag ist diese Koalitionsmöglichkeit nicht mehr. Die sozialdemokratische Fraktion bildet jetzt nur ein Viertel des Parlaments. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, die an Stelle der demokratischen Verfassung eine Diktatur setzen wollen, stellen allein 225 unter 577 Abgeordneten; zu ihnen muß man aber noch mehrere kleinere Fraktionsgruppen zählen, deren Verfassungstreue äußerst zweifelhaft ist.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung scheidet von vornherein aus jeder Diskussion aus. Aber auch das Kabinett Brüning hat keine Mehrheit in diesem Reichstag. Es kann jeden Tag gestürzt werden. Die Frage ist also nicht, ob das gegenwärtige amtierende Kabinett, sondern wann es gestürzt werden wird. Für die Sozialdemokratie ergibt sich als Antwort auf diese Frage, daß die Zustimmung zu dem Antrag, über die von den verfassungsfeindlichen Parteien gestellten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, keine Vertrauenskundgebung für das Kabinett Brüning bedeutet.

Nach einem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. Es erhält vom Reichspräsidenten Hindenburg die Vollmachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befürchtet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung verspricht, so müßte es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, daß sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstags im Amt halten könnte. Der Diktatur-Artikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wann sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiß.

2. An die Stelle des Kabinetts Brüning tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenkabinett, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktatur-Artikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie sie oben aufgezählt worden sind.

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluß der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler-Regierung. Da auch die Rechtsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. Sie wollen sich aller Machtmittel des Reiches bemächtigen, vor allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die maßgebenden Beamtenstellungen mit ihren Anhängern besetzen.

Eine verschleierte oder unverschleierte Hitler-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstags und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel.

Die Folge einer Hugenberg-Hitler-Regierung wäre nicht etwa eine Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht die Zerschlagung der Nationalsozialistischen Partei. Eine Hitler-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterschaft, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkriegs im Innern und des Revanchekriegs nach außen. Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

Die Wirkung auf Preußen

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Augenblick den Nationalsozialisten und den Kommunisten geholfen hätte, das Kabinett Brüning zu beseitigen, und somit an seine Stelle eine reaktionäre Beamten- oder eine Hitler-Regierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der Preußenkoalition nach sich gezogen. In Preußen,

Wird die Schuldenfrage neu aufgerollt?

Gerüchte über diesbezügliche Besprechungen in Amerika

London, 20. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Daily Telegraph" ist befriedigt von dem Ausgang der Abstimmungen. Der „Manchester Guardian" nimmt den Ausgang der Abstimmungen zum Anlaß, das Problem der Revision des Youngplans zu besprechen. Er stellt der demagogischen Agitation Hitlers gegen den Youngplan und anderer Verträge die besonnenen Worte Brünings gegenüber, für den es ebenfalls durchaus nicht klar sei, ob Deutschland auf die Dauer die Young-Verpflichtungen werde leisten können. Deutschland habe ein Recht, ein Moratorium zu fordern, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt seien. Den Voraussetzungen liege die Weltwirtschaftskrise zugrunde, die ihrerseits wiederum zum größten Teil durch das Fallen der Weltmarktpreise verursacht sei. Da Deutschland durch die Moratoriumsbestimmungen des Youngplanes, anders als andere Länder, die Welt offiziell auf seine Schwierigkeiten aufmerksam machen könne, hält es der „Manchester Guardian" für möglich, daß gerade Deutschland die Notenbanken der Welt zu einer weiseren Geldpolitik werde veranlassen können. Denn ein gemeinsames Vorgehen der Zentralbanken der Welt könne erheblich zur Linderung der Weltwirtschaftskrise beitragen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Unterhaltungen Dr. Schachts in Newyork von besonderem Interesse. Auch über diese finden sich in der englischen Presse kaum Angaben. Doch liegt ein Bericht des meist wohlunterrichteten Korrespondenten der „Times" aus Washington vor. Dr. Schacht verbrachte danach eine halbe Stunde in Unterhaltungen mit Mister Stimson, dem amerikanischen Außenminister, und wird auch den Schatzkanzler Mellon sehen. Was er mit dem Außenminister gesprochen hat, wird nicht gesagt. Der Korrespondent der „Times" meldet gleichzeitig, in englischen Kreisen Amerikas sei das Gerücht im Umlauf, daß verschiedene amerikanische Minister zusammen mit dem Gouverneur der Reservebank am Montag eine Besprechung über einen Plan für ein Moratorium der alliierten Schuldenzahlungen an Amerika abhalten wollten. Eine Bestätigung dieses Gerüchts sei nicht zu erlangen.

Die gemeldeten Vorgänge werden wahrscheinlicher, wenn man sich erinnert, daß seit einiger Zeit behauptet wird, England versuche eine Revision der interalliierten Schulden an Amerika zu betreiben. Freilich weiß man, daß für ein Moratorium in Amerika wenig Freunde zu finden sein würden, aber es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich die ganze Frage von der Seite der Goldwährung und des internationalen Preisfalles eher aufrollen ließe. Auch die Beteiligung der Bankleute an diesen Besprechungen macht einen solchen Weg wahrscheinlicher, und man verfolgt ja in Amerika schon seit langem mit Besorgnis die Entwicklung des internationalen Preisniveaus. Fallende Preise bringen eine erhöhte Belastung der Schuldnerländer mit sich. Der Zusammenhang zwischen den Preisfragen und den Fragen der alliierten Schulden und weiterhin der deutschen Reparationen, die ja für England nur eine Durchgangszahlung für seine eigenen Zahlungen an Amerika sind liegt damit auf der Hand.

Ablehnung eines Moratoriums in der Pariser Presse

Paris, 21. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Die englischen Meldungen über ein etwaiges Moratorium für die interalliierten Schulden und die Young-Zahlungen werden in der Pariser Presse leidenschaftlich und meistens scharf ablehnend kommentiert. Nur „Ordre" erklärt Frankreich gehe die ganze Debatte nichts an, denn es habe dabei weder etwas zu gewinnen, noch zu verlieren. Aber schon der „Excelsior", der im gleichen Verlag wie der offiziöse „Petit Parisien" erscheint, lehnt jeden Gedanken an ein Moratorium rundweg ab. Eine Revision der interalliierten Schuldverträge sei in Amerika sehr unpopulär und daher unwahrscheinlich. Die ganze Debatte würde daher nur zu einer einseitigen Revision des Young-Planes führen, bevor dieser überhaupt endgültig in Kraft getreten sei. Dabei sei Deutschland, so erklärt das Blatt weiter, durchaus in der Lage, seine Verpflichtungen einzuhalten, wenn es eine Willensanstrengung machen wolle, wie es einst Frankreich bei der Stabilisierung getan habe. Eine Revision des Young-Planes, erklärt auch der „Figaro", sei nur eine Prämie an die Erpressungspolitik der Stahlhelm- und Hitlerbanden. Pertinax im „Echo de Paris" berichtet sogar, daß die Reichsregierung in Paris schon Vorfühler ausgestreckt versucht habe, um Frankreich für die Revision des Young-Planes zu gewinnen. Man habe vorzuschlagen beabsichtigt, Frankreich von einem Young-Moratorium für sieben Jahre auszunehmen, wenn es sich als Gegenleistung dafür bereit erkläre, den Sachlieferungsanteil in den deutschen Zahlungen zu erhöhen und die Saarfrage sofort zu liquidieren. Dieser Vorschlag, erklärt Pertinax, sei natürlich vollkommen unannehmbar; denn er würde die Einheitsfront der Gläubiger gegenüber Deutschland zerstören.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Der frühere belgische Außenminister Hymans erklärt sich in einem am Dienstag in der „Republique" veröffentlichten Interview offen für die Revision der Verträge und des Young-Plans. Nach einer mehrwöchigen Reise durch Deutschland und Mitteleuropa könne er nur sagen, daß er von dem Grad der politischen Unsicherheit aufs höchste entsetzt sei. Der Augenblick sei höchst kritisch und verlange die aktive Zusammenarbeit aller Demokraten Europas im Interesse des Friedens. Er selbst sei bereit, dafür jedes Opfer zu bringen. Es sei leider unmöglich, sofort mit einem Schlag die europäischen Grenzen zu revidieren oder den Young-Plan umzuwandern. Zunächst müsse man die wirtschaftliche Einheit Europas herstellen. Wenn einmal die Zollmauern abgerissen und Europa wirtschaftlich so organisiert sei, daß es keine drei Millionen Arbeitslose in England und vier Millionen Arbeitslose in Deutschland gebe, könne man auch an die politische Einigung denken. Erst wenn man den Kriegshetzern und Faschisten ihren Einfluß genommen habe, könne man an die Diskussion über territoriale und finanzielle Fragen herangehen. Trotz Hitler glaube er übrigens, sich Hymans, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes nicht an Krieg oder Revanche denke, aber man müsse zuerst den Frieden sichern.

dem größten der deutschen Länder, sind die Aemter des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Ansturm der Reaktion auf die republikanisch-demokratische Verfassung des Reichs nur durch die feste Haltung der Regierung in Preußen abgewiesen werden. Das wissen die Nationalsozialisten recht gut und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung im Reich, sondern zugleich auch die Zerschlagung der jetzigen Regierung in Preußen. Im Reich verlangen sie das Reichswehrministerium, in Preußen das Innenministerium und dazu das Polizeipräsidium in Berlin, der Hauptstadt des Reiches. Mit anderen Worten, **sie wollen sämtliche militärischen und polizeilichen Kräfte in ihre Hand bekommen**, um an die Stelle der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes eine brutale Gewaltherrschaft von oben zu setzen. Preußen soll wieder, wie vor dem Kriege, der Hort der Reaktion für das ganze Reich sein.

Der Kampf gegen die Notverordnungen

Die von der Regierung Brüning nach der Auflösung des Reichstags erlassenen Notverordnungen enthalten nicht nur einige sozialpolitische Verschlechterungen, wie die Einführung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr, einen Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und die Einengung der Rentenversorgung; es befinden sich darin auch die Steuerzuschläge auf Einkommen über 8000 Mark und außerdem der gesamte Haushalt für das laufende Rechnungsjahr.

Die vorbehaltslose und sofortige Aufhebung der Notverordnungen würde also einen Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft zur Folge haben. Darüber hinaus müßte sie auch zu einer erheblichen Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung führen, denn durch die Notverordnung sind die Beitragserhöhungen in Kraft getreten, ohne die die jetzigen Unterstützungssätze nicht aufrecht zu erhalten sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelt also im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die sofortige Aufhebung der Notverordnungen ablehnte und der Ueberweisung an einen Ausschuß zustimmte. In diesem wird sie den Kampf um die Beseitigung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Notverordnungen führen, sie wird weiter dafür kämpfen, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ohne Mehrbelastung der Arbeiterklasse gesichert sind.

Auch die Kommunisten haben grundsätzlich nicht die Aufhebung der gesamten Notverordnungen verlangt, sondern nur einzelner Teile davon. In ihrem Antrag an den Reichstag sprechen sie mit keinem Wort von dem Reichshaushalt, sie geben also zu, daß eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert werden muß und das bedeutet nichts anderes, als daß sie mit der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen einverstanden sind und der Ueberleitung ihres Inhalts in gesetzliche Formen zustimmen. Damit die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch von dieser Seite her trotz allem Geschrei sachlich gerechtfertigt.

Die Mißtrauensanträge

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit der Front gegen das Kabinett Brüning geführt. Sie steht auch jetzt in entschiedenster Gegnerschaft gegen diese Regierung. Trotzdem hat sie keinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht, sie hat auch die von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen Parteigruppen eingebrachten Mißtrauensanträge abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet aber nicht, daß die Sozialdemokratie Vertrauen zu der jetzigen Regierung habe. Diese taktische Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt nichts anderes, als daß sie selbst den Zeitpunkt bestimmen wird, an dem sie zum Angriff gegen das Kabinett Brüning vorgeht. Eine solche Taktik ist in Ländern mit gefestigter parlamentarisch-demokratischer Verfassung eine Selbstverständlichkeit. So steht in England der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine Mehrheit der konservativen und liberalen Partei gegenüber. Diese Mehrheit hätte schon unzählige Male das Arbeiterkabinett Mordonald stürzen können. Wenn sie das bisher nicht getan hat, so ließ sie sich dabei von der Erwägung leiten, daß es weder für die Konservative noch für die Liberale Partei und auch nicht für eine konservativ-liberale Mehrheit genehm sei, den Sturz des Arbeiterkabinetts herbeizuführen und selbst die Regierung zu übernehmen. Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen, sie kann aber unmöglich mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokratie von dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Klasse durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, offen arbeiterfeindlich sind, oder, wie die Kommunisten, durch ihre Taktik zur Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muß den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheit des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

SPD. Leipzig billigt die Haltung der Reichstagsfraktion

Der Unterbezirk Groß-Leipzig der SPD. hat am Sonntag nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Reichstagsabgeordneten Dittmann zur politischen Lage folgende Entschließung:

„Die Verhandlungen des Reichstages haben der werktätigen Bevölkerung die große Gefahr des Faschismus gezeigt, der im Zusammenspiel mit den Kommunisten zu einer Katastrophe für Deutschland führen kann. Daraus erwächst die Sozialdemokratie die zwingende Pflicht, für die Erhaltung der Demokratie mit aller Energie einzutreten. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und billigt ihren Kampf um die Erhaltung der Demokratie, zur Erhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse. **Dieser Kampf bedingt die völlige Einheit und Geschlossenheit der Partei.** Er bedingt ferner höchste Kampfbereitschaft im Bunde mit allen sozialistischen Arbeiterorganisationen. Die Generalversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig ist bereit, alle Kräfte für die Abwehr des Faschismus einzusetzen."

Der Aufstieg der Nazis beendet

Interessante Wahlen im Hamburger Landgebiet

Am Sonntag fanden im hamburgischen Landgebiet Gemeinde-, Stadtvertretungs- und Landesausschußwahlen statt. Das Ergebnis dieser Wahlen ist insofern interessant, als es insbesondere die nationalsozialistische Bewegung nicht mehr auf einer aufwärtsstrebenden Linie zeigt. Im Hamburger Bezirk, der die Landgemeinden umfaßt, verloren die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ein Drittel ihrer Stimmen vom 14. September, während alle anderen Parteien dem zehnprozentigen Stimmenrückgang entsprechend 10 Prozent ihrer Stimmen einbüßten. Nur im Landkreis 1 konnten die Nazis ihre Stimmen vom 14. September einigermaßen behaupten.

* * *

Der hamburgische Landkreis 1 umfaßt die Städte Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht und der Wahlkreis 2 die Landgemeinden. Das Ergebnis im Wahlkreis 1 ist folgendes:

	Stimmen	Sitze	1927 Stimmen	Sitze	Reichstagswahl
Sozialdemokraten	8850	3	8725	3	9796
KPD.	2891	1	2619	1	2815
Staatspartei	1473	—	2544	1	1934
Bürgerliche Liste	5861	2	8472	3	6338
Nationalsozialisten	5416	2	—	—	5458

Im Wahlkreis 2 (Landgemeinde) erhielten: Sozialdemokraten 6641 Stimmen 3 Sitze (1927: 6103 Stimmen 3 Sitze, Reichstagswahl 7937 Stimmen); Kommunisten 1186 Stimmen kein Sitz (734 Stimmen, kein Sitz, 1316 Stimmen); Staatspartei 1439 Stimmen, kein Sitz (1853 Stimmen, 1 Sitz, 1258 Stimmen); bürgerliche Liste 5452 Stimmen, 2 Sitze (6907 Stimmen, 3 Sitze, 5701 Stimmen); Nationalsozialisten 3885 Stimmen, 2 Sitze (1927: keine Stimmen, Reichstagswahl 5538 Stimmen). Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 74½ Proz.

Politische Schwierigkeiten der Volkspartei

Dresden, 30. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Auf einem Vertretertag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreise Sachsen verlangte der Reichstagsabgeordnete Schneider, der bisher auf dem linken Flügel seiner Partei stand, von der Regierung, daß sie keine wie immer geartete Bindung an die Sozialdemokratie eingehe. Die Regierung solle die Bewährungsfrist bis Anfang Dezember nützen, um in Berücksichtigung der am 14. September deutlich geäußerten Volksmeinung die Politik des Reiches so zu führen, daß das praktische, wirtschaftliche und nationale Leben des deutschen Volkes nicht nur vor dem Zusammenbruch bewahrt bleibe, sondern weitere Auftriebe und Antriebe erfahre.

Der Generalsekretär der Volkspartei für Sachsen, Dieckmann, verschärfte Schneiders Forderung, indem er verlangte, daß die Deutsche Volkspartei die Reichsregierung täglich dahin kontrollieren solle, daß sie sich von jedem offenen und geheimen Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierungsführung freimache. In einer Entschließung fordert der Vertretertag von der Reichsleitung und der Reichstagsfraktion der Volkspartei, daß keine Interessengemeinschaft mit der genannten (!) Staatspartei (Demokraten) eingegangen wird.

Die Landvolk-Partei fordert

Die Landvolk-Partei fordert eine grundsätzliche Umbildung des Kabinetts. Ihre Fraktion erklärt, die Abhängigkeit des Kabinetts Brüning von der Sozialdemokratie sei nunmehr in aller Oeffentlichkeit erwiesen. Infolge der verstärkten Verbindung des Kabinetts Brüning mit der Sozialdemokratie erscheine die Lösung der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landbund-Auffassung als unmöglich. Die Landvolk-Partei bringe daher unter Aufrechterhaltung ihres Vertrauens zu Minister Schiele ihre Forderungen nach einer grundsätzlichen Umbildung der Regierung unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses zum Ausdruck.

* * *

Zur Umbildung des Reichskabinetts in diesem Sinne ist um so weniger Anlaß, als der Reichstag soeben gegen die Landvolkpartei mit starker Mehrheit ausgesprochen hat, daß dies Kabinett vorerst im Amt bleiben soll. Daß die Abgelegenen so fordern, ist nur komisch.

Wie ist es mit der Diätenkürzung?

Der Reichstag hat am Sonnabend einstimmig den Vorschlage des Aeltestenrates zugestimmt, vorläufig vom 1. November die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 Prozent und die Tagegelder für Ausschußsitzungen außerhalb der Tagungen um 50 Prozent herabzusetzen. Die endgültige Regelung wird nach Vorbereitung in einem Unterausschuß des Aeltestenrates später getroffen werden.

Der Anstoß zur sofortigen Kürzung der Diäten der Reichstagsabgeordneten ist von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgegangen. Erst dann haben auch andere Parteien ebenfalls Anträge auf Kürzung der Diäten gestellt. Diese Reihenfolge ist nicht ohne Bedeutung. Denn obwohl die Nationalsozialisten, die Kommunisten und andere Gruppen während des Wahlkampfes die angeblich zu hohen Diäten heftig kritisierten, hatten sie zunächst nicht die Absicht, für ihre Herabsetzung zu sorgen. Dazu sind sie erst durch das Vorgehen der Sozialdemokratie gezwungen worden.

Berlins Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Notstandsarbeiten werden eingeleitet

Der Magistrat der Stadt Berlin hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen, in der er um Zustimmung in der Ausführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Straßenbaues in Höhe von 13,55 Millionen Mark bittet. Die Finanzierung ist in Ordnung.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Berlin im Monat September rund 346 000; zirka 12 000 Steinsetzer, Rammer und Asphaltleute haben seit November 1929 nicht einen Tag gearbeitet. Sie sind deshalb ausgesteuert und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Stadt zur Last.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnston

Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

54] (Nachdruck verboten.)

Einunddreißigstes Kapitel.

Anna saß über Johnny gebeugt, der im Bett lag. Er sah so krank und müde aus, und die Linien der Angst und des Elends waren so tief in sein Gesicht gegraben, als würden sie nie wieder verschwinden. Seine langen Wimpern lagen auf den Wangen, die so heiß waren wie das Kissen. Sie fuhr ihm sanft mit der Hand über das jetzt gelichtete Haar. Als sie ihn berührte, öffnete er die Augen und kam zum Bewußtsein.

„Was ist passiert?" fragte er geängstigt.

„Ach, Johnny, dem Himmel sei Dank, daß du wieder zu dir gekommen bist. Ich hatte ihn [illegible] Angst. Weißt du nicht mehr, du bist unten in der Werkstatt ohnmächtig geworden", als Mrs. Carey von der Verhandlung erzählte. „Du hast nur geholfen daß du hier heraufgetragen."

Der verwirrte Zustand wich von ihm, und ein jammervolles Zucken lief über sein Gesicht. Er versuchte den Kopf im Kissen.

„Ist dir nicht besser?" fragte Anna ängstlich.

Er stöhnte ein wenig.

„Ich habe Angst, du wirst krank werden", sagte sie.

Er legte er sich auf, seine Finger umklammerten die Decke.

„Es wird schon werden", murmelte er.

„Soll ich hier bei dir bleiben?"

„Nein, nein! Geh jetzt weg, und es wird mir besser werden."

„Ach mich, wenn du etwas brauchst, Johnny", sagte sie ein wenig traurig, während sie die Tür schloß.

Einige Stunden später kam er ganz angezogen in das andere Zimmer.

„Ach, Johnny, du hättest wenigstens einen Tag im Bett bleiben müssen", sagte Anna gequält.

„Ich konnte nicht im Bett bleiben. Ich mußte aufstehen. Das Schlimm bringt sich nur in der letzten Zeit."

„Früher warst du nicht so. Du hast immer hart über dem Herrn gestanden und [illegible] was es dabei, wenn man dich gerufen hat."

„Ich bin anders geworden, Anna."

„Ja, wirklich. Ich weiß gar nicht, was mit dir ist."

Er sah nervös im Zimmer umher.

„Kümmer dich nicht um mich", sagte er ärgerlich. „Ich bin ganz gesund."

„Schön, ich will dich heute auslassen. Wenn ich morgen glaube, daß du krank bist, werde ich dir alle Kleider verstecken, damit du nicht aufstehen kannst."

Er kam zum Feuer und setzte sich nieder.

Anna betrachtete ihn während ihrer Arbeit prüfend.

Auf seinem Gesicht lag eine fieberige Röte, die sie für ein Zeichen der wiederkehrenden Gesundheit hielt.

„Also, du scheinst wirklich besser zu sein", sagte sie erleichtert. „Da will ich dir etwas sagen, worüber ich gedacht habe."

Er antwortete nicht, deshalb sprach sie weiter, ohne von ihrer Näherarbeit aufzusehen.

„Jetzt, wo uns das Geld gestohlen worden ist —"

„Was für Geld?" fragte Johnny geistesabwesend.

„Sei doch nicht so komisch. Das Geld, das wir dort in der Schublade hatten. Halt deine Gedanken beisammen, Johnny, und hör mir zu."

Er richtete seine Blicke auf ihr Gesicht, und sie begann von neuem.

„Wenn das Geld weg war, dachte ich natürlich, wenn Nancy Zogarty schuldig gefunden und verurteilt werden sollte, kann man nicht von dir verlangen, daß du die Hinrichtung übernimmst.

Er machte eine scharfe Bewegung, doch sie sprach weiter, ohne etwas davon zu bemerken. „Jetzt aber ist alles anders, meinst du, und schließlich hast du ja nur einmal mit ihr gesprochen. Da niemand etwas davon weiß, wird man erwarten, daß du es übernimmst. So werden wir zehn Guineen kriegen, mit denen wir wieder anfangen können."

Sie blickte auf, seine Augen sahen sie mit einem so entsetzten Ausdruck an, daß sie rot wurde.

„Das sieht ich natürlich sündhaft an, Johnny. Das arme Mädel tut mir leid, und ich würde es nicht von dir verlangen, wenn wir das Geld noch hätten. Aber jetzt können wir es uns nicht leisten, uns zehn Guineen aus der Hand entgehen zu lassen."

Er wandte sich zu ihr, aber es sah fast, als wäre sie einem [illegible]

„Mein Gott!" rief er heiser. „Wie kannst du so reden? Hast du denn gar keine Anständigkeit im Leibe?"

„Aber Johnny, wozu denn so eine Sache daraus machen? Wenn es irgendeine Möglichkeit gäbe, daß die arme Seele schließlich doch noch unschuldig gefunden wird, würde sich kein Mensch mehr freuen als ich. Aber das Gericht wird wohl sagen, was es tut, und sie ist rechtmäßig verurteilt, obwohl ich immer das Gefühl nicht unterdrücken kann, daß sie nicht schuldig ist. Sie muß sterben, Johnny, und wenn du die Hinrichtung nicht übernimmst, tut es jemand anders, und der hat dann die zehn Guineen."

„Ich werde es nicht tun", sagte er.

„Du würdest schon verstehen, wenn du nur gesund wärest. Begreifst du denn nicht, Johnny, wir haben keinen Penny, haben gar kein Geld! Ich weiß nicht, wie es werden soll. Wenn du uns helfen würdest, könnten wir durchhalten, bis wir die zehn Guineen kriegen. Das ist wirklich häßlich von dir."

„Ich werde es nicht tun, rief er gemartert. „Hast du nicht gehört? Warum quälst du mich?"

Sie dachte einen Augenblick nach. Dann fiel ihr etwas ein.

„Ich habe darüber nachgedacht, warum du nicht willst. Ich weiß es. Der Priester ist es, mit seinem Unsinn und seinen Lügen. Ach, Johnny, kannst du denn nicht begreifen, daß er nichts weiter ist als ein Narr? Warum hörst du ihn überhaupt an? In seinem wahnsinnigen Gefasel und in seinem ganzen Benehmen ist nicht ein bißchen Vernunft." Sie stand auf und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Vergiß doch ganz einfach, was er dir erzählt hat, Johnny, und tu, was ich dir sage. Du willst doch nicht, daß wir alle in Schulden und Schande geraten, nicht wahr?

„Gott sei mir bei gegen sie!" murmelte er und verbarg sein Gesicht in den Händen.

Danach dachte Johnny zum ersten Mal an Selbstmord. Er ging am Abend zu den Quais und sah in das schwarze, schlammige Wasser hinunter, das glucksend an die Mauer schlug. Er konnte nicht schwimmen. Noch nie war er im Wasser gewesen. „Es muß sehr tief sein, und dauert es lange, bis man tot ist?"

Er nahm einen Stein und warf ihn hinunter. Es platschte ein wenig, und er konnte noch den Bruchteil einer Sekunde sehen, wie der Stein im Wasser verschwand.

(Fortsetzung folgt.)

Preußen steht fest

Von Dr. Ernst Hamburger, M. d. L.

Die Regierungsmehrheit des Preußischen Landtags hat den trauensantrag der Kommunisten gegen das sministerium abgelehnt. Der Antrag der Wirtschafts- ei auf Auflösung des Hauses wird dem gleichen al verfallen. Die Annahme der Anträge hätte praktisch leichen Zwecke gedient: dem Nationalsozialismus auch in en zu einer starken Position zu verhelfen. So ist in der die Selbstlosigkeit der beiden Parteien, die die Anträge t hatten, nicht zu überbieten. Die Kommunisten rührend dafür besorgt, die Interessen der Nationalisten zu vertreten, gewiß eine treffliche Parole für ihren chistischen Kampfbund; die Wirtschaftsparteiler eit langem sorgsam bemüht, derjenigen Partei zur Macht eußen zu verhelfen, deren Jünger kürzlich die Schaufenster Warenhäusern eingeschmissen haben und übermorgen bereit werden, bei Bäckermeister Drewitz und seinen ehrsamen genossen das Gleiche zu tun. Der Abstimmungssieg der tagsmehrheit hat sie vor den Folgen ihrer Anträge behütet.

Unsere politischen Gegner weisen darauf hin, daß die unter ung des Genossen Braun stehende Preußische Regierung dem Volkswillen nicht mehr entspräche; sie ngen, daß durch Landtagsauflösung dem Volke Gelegenheit en werde, auch dem Preußenparlament die Zusammensetzung ben, die den politischen Kräften im Lande gemäß sei. Aber Argument schlägt nicht durch. Freilich haben die Reichsahlen eine bedeutende Veränderung des Stärkeverhältnisses Parteien gegeben. Für die Sozialdemokratie liegt jedoch der geringste Anlaß vor, eine solche Probe aufs Exempel in Preußen zu machen, da der Versuch, jede Wandlung der mung sogleich im Parlament, womöglich auch in jeder mune zum Ausdruck kommen zu lassen, eine Neuwahl der anderen zur Folge haben und jede Arbeitsfähigkeit Volksvertretung überhaupt vernichten würde. Der erste ußische Landtag hat von 1921 bis Ende 1924 gedauert; damals hat man einer Volksstimmung, die in den Reichsahlen vom Mai 1924 zum Ausdruck und im Dezember r verschwunden war, nicht durch vorzeitige Landtagsung Rechnung getragen.

Genosse Braun hat in der großen Rede, in der er die gogie der Nationalsozialisten und ihres Führers Hitler aller wünschenswerten Deutlichkeit anprangerte, mit Recht f aufmerksam gemacht, daß bereits die Gemeinde- len, die kurz nach der Reichstagswahl stattgefunden haben, neuerliches Schwanken der Volksstimmung angezeigt haben, en Faschisten nicht gerade günstig ist. Inzwischen hat Herr ler der englischen und amerikanischen Presse seine bekannten erviews gegeben; inzwischen hat die Reichstagsfraktion mit den volksparteilichen Schwerkapitalisten unter der nden Hand einer der prominentesten Vertreter des deutschen Kapitals, des Direktors der Deutschen Bank Dr. v. Stauß, Bündnis zur Wahl des Herrn Scholz zum Reichstagsidenten geschlossen — trotz seiner jüdischen Frau; en haben die Berliner S. A.-Leute Deutschland bei chenden Scheiben erwachen lassen; inzwischen wird gegen braunschweigischen Naziminister Franzen eine Strafolgung wegen Begünstigung und Betruges eingeleitet. Wir n nicht, wie weit das in den Gemeindewahlen zu Tage tene Schwanken der Stimmung sich dadurch verstärkt hat; Sozialdemokraten haben keine Neigung, diese Frage is jetzt durch Neuwahlen in Preußen beantworten assen; wir wünschen vielmehr den Nationalsozialisten, die r für ihre politischen Heldentaten innerhalb und außerhalb Parlaments auf Grund der neuen Situation nur wenige Zeit und Gelegenheit hatten, noch ausgiebige Möglichkeiten währen, Vorführungen vom „Dritten Reich" zu veranstalten die Methoden ihrer politischen Arbeit und Ziele einem ver- n Publikum zur Schau zu stellen. Wir nehmen an, daß ormalem Ablauf der Wahlperiode des Preußischen Landtags Früchte gereift sein werden, an denen man die Erwecker chlands erkennt.

Die Zeit bis dahin wird uns manche schweren Erschütterungen gen, die in erster Linie von der wirtschaftlichen Seite mmen, aber durch politische Vorgänge ihrerseits wieder eine ärfung erfahren werden. Die Auswirkungen der Weltchaftskrise auf Deutschland, die unheilvolle und die Krise zu verschärfende Art, in der die Regierung Brüning wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Aufgaben gegen die itnehmerschaft zu lösen entschlossen ist, diese Situation für politischen Zwecke auszumünzen, stehen in einem ständigen en Zusammenhange miteinander und geben sich gegenseitig r wieder neue Antriebe. Die großen wirtschaftlichen und en Fragen werden im Reichstag entschieden, die Kämpfe ausgetragen. Unsere Arbeit in Preußen wird in der ache darin bestehen müssen, der gefährlichen Rolle des ionalsozialismus entgegen zu wirken und Absicht zunichte zu machen, die Krise der Demokratie als der Wirtschaftskrise zu verschärfen, seine faschistischen Ziele wirklichen und die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen. bedarf es im engsten Zusammenwirken mit den Kräften Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments der folgerichtigen tsetzung der bisherigen sozialdemokratischen litik in Preußen, die dabei imstande sein muß, ihre ngsmöglichkeiten entsprechend den veränderten Zeitverhält- stärker zu konzentrieren. Mehr als vorher muß der wert darauf gelegt werden, die Exekutivgewalt über denjenigen Kräften zu betonen, die „den Willen iger, die ihnen günstig scheinende Gelegenheit zur Zersetzung, Ruin, zur Vernichtung der Demokratie, zur Herbeiführung Katastrophe zu benutzen", wie sich die nationalsozialistischen terbriefe ausdrücken. In solchen Zeiten bedarf es der rbittlichkeit staatlicher Maßnahmen und aller lichen Organe gegen derartige zerstörende Kräfte. Das en die Chefs der in Frage kommenden preußischen Ressorts Strafverfolgungsbehörden, den polizeilichen Exekutivbeamten den Schulaufsichtsstellen mit aller Deutlichkeit klar zu machen n.

Der Preußische Landtag wird in der kommenden politisch arbeitsfähig bleiben und erweisen müssen, die Demokratie auch in Krisenzeiten funktionsfähig ist und die Möglichkeit hat, politisch notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Die Gestaltung des Etats für 1931, der sich jetzt im Vorbereitungsstadium der Bearbeitung befindet und die gesetzgeberische Arbeit in Preußen, die vor allem in einem Polizeiverwaltungsgesetz und in der Zusammenlegung leistungsfähiger Gebilde der Kreisinstanz und der unteren Gerichtsbezirke Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen mit sich bringen, im Landwirtschaftskammergesetz die Mitarbeit der Landarbeiter in den Kammern sichern muß, wird eine Verringerung von Ausgaben auf dem Verwaltungsgebiet anstreben müssen, um die durch die soziale Not steigenden Ausgaben auf den Gebieten der Wohlfahrt leisten zu können. Die Sozialdemokratie der Landtagsfraktion wird mit größter Sorgfalt ihre Aufgabe der Kontrolle der Exekutive ausüben müssen, die die Abwehr des nationalsozialistischen Terrors und aller illegalen Bemühungen des Faschismus mit ruhiger Sicherheit durchzuführen hat. Es gilt, der Bevölkerung einen Anschauungsunterricht darüber zu erteilen, ob ihre Interessen besser aufgehoben sind in einer Volksvertretung, in der die Sozialdemokratie ihre führende Stellung während der letzten zwölf Jahre zu behaupten vermochte, oder in einem Parlament, in dem „Braunhemden" ihren politischen Befähigungsnachweis zu erbringen haben.

Wieder Kapitalflucht eines Nationalsozialisten

Im Bankkontor einer dänischen Grenzstadt erschien unlängst — wie der Kopenhagener „Sozialdemokraten" mitteilt — ein Deutscher, der dringend eine Unterredung mit dem Direktor verlangte. **Während der Unterredung öffnete der Deutsche seinen Rock, trennte das Futter auf und überreichte dem Direktor 3500 Mark zur Verwahrung.** Der Direktor erkundigte sich daraufhin etwas genauer. **Der Deutsche bekannte sich als strammer Nationalsozialist.** Er versicherte, das „dritte Reich" werde bestimmt kommen. Bis dahin müsse man jedoch noch mit allen Möglichkeiten rechnen. Darum bringe er sein Geld in Sicherheit.

Ein viel kritisierter Gesetzentwurf

Die neue Gemeindeverfassung Berlins vor dem Landtag

Berlin, 20. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der Preußische Landtag begann am Montag die erste Lesung des vielumstrittenen Gesetzentwurfs über die neue Selbstverwaltung der Stadt Berlin. Obwohl die Regierung plant, ein neues Selbstverwaltungsgesetz für alle preußischen Gemeinden vorzulegen, hat sie sich entschlossen, vorerst eine Neuregelung der Berliner Gemeindeverfassung zur Ausführung zu bringen, weil nach ihrer Ansicht die jetzt geltende Magistratsverfassung (Zweikammersystem) der Reichshauptstadt weder ihrer Größe noch ihrer Bedeutung nach entspricht.

Die Vorlage wurde durch den Innenminister Dr. Waentig in einer längeren Begründung eingebracht. Er verwies darauf, daß man bei der im Jahre 1920 erfolgten Zusammenfassung von acht Großstädten, 86 Landgemeinden und Gutsbezirken zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin insofern nicht an die Konsequenzen gedacht habe, als man die Stadt in 20 Bezirk einteilte, aber dabei die Stadtverfassung unverändert gelassen habe. Der Minister benutzte die Gelegenheit, auch auf die unliebsamen Vorkommnisse einzugehen, die Berlin im letzten Jahre in der Oeffentlichkeit so geschadet haben. Er sieht die Fehlerquelle weniger in der Unzulänglichkeit oder Unzuverlässigkeit einzelner Personen, als im System der Verwaltung.

Das für Berlin geltende System der Magistratsverfassung macht zur Verabschiedung von Vorlagen die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats erforderlich. Dieses Zweikammersystem soll nach dem Entwurf durch das Einkammersystem der rheinischen Bürgermeistereiverfassung ersetzt werden. Die Vorlage will die Stadtverordnetenversammlung erheblich verkleinern, die eigentlichen Entscheidungen in einen von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlsystem gewählten Stadtgemeindeausschuß von 34 Sitzen verlegen, während der Oberbürgermeister sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in dem betreffenden Ausschuß den Vorsitz führen soll. Der Stadtgemeindeausschuß soll nach dem Vorbild der Provinzialverfassung gebildet werden. Der Magistrat soll keine kollegiale Körperschaft mehr sein, die Stadträte sollen als Beigeordnete des Oberbürgermeisters fungieren, der der höchste Dienstvorgesetzte aller städtischen Beamten ist, allein die Verantwortung trägt und dementsprechend auch mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden soll. Eine ähnliche Regelung ist für die einzelnen Berliner Stadtbezirke vorgesehen, wobei jedoch unter Zugrundelegung des Prinzips einer einheitlichen Zentralverwaltung auf größtmöglichste Selbständigkeit der Bezirke Wert gelegt werden soll.

Mit der geforderten Verabschiedung des Entwurfs will die Staatsregierung der Stadt Berlin das erhalten, was sie als ihr teuerstes Gut gepflegt sehen möchte: die selbstverantwortliche Selbstverwaltung. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Berlin haben den Entwurf inzwischen einmütig abgelehnt.

Als erster Debatteredner erklärte Abg. Fechner-Berlin (Soz.), daß der Entwurf nicht die ungeteilte Anerkennung der Sozialdemokratischen Fraktion finde. Es sei außerordentlich bedenklich, eine Vorlage von so weittragender Bedeutung in schwerster Krisenzeit einzubringen. Sie sei nichts anderes, als eine Lex Sklarek. Die geforderte unbeschränkte Handhabung der Geschäfte durch den künftigen Oberbürgermeister sei eine starke Beeinträchtigung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung. Rein verwaltungstechnisch habe man mit der Einheitsgemeinde Berlin gute Erfahrungen gemacht. Daran knüpfe auch ein Entwurf der Berliner Organisation der Sozialdemokratischen Partei an, der den schwierigen Problemen durch die Schaffung eines Einkammersystems, aber auf andere Weise, beikommen wolle. Der Redner empfahl schließlich, die Angelegenheit so lange zurückzustellen, bis das von der Regierung angekündigte Selbstverwaltungsgesetz für alle preußischen Gemeinden vorliegt.

Auch die Redner der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Demokraten, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei kritisierten die Vorlage und lehnten sie ab. Der Entwurf wurde schließlich dem Gemeindeausschuß überwiesen. Angenommen wurde zugleich ein Antrag der Deutschen Volkspartei, noch vor der Ausschußberatung ein Gutachten des Berliner Magistrats einzuholen.

Nächste Sitzung Dienstag.

Englands künftige Palästinapolitik

Die englische Regierung wird am Dienstag eine Erklärung über die Palästinapolitik veröffentlichen. Damit findet die Diskussion zwischen London und Genf über die Verwaltung des palästinensischen Mandats durch England ihren Abschluß.

Die Erklärung der Regierung wird die Richtlinien enthalten, die sich aus den Untersuchungen verschiedener englischer Kommissionen in Palästina über die arabisch-jüdische Frage, sowie über die Einwanderungspolitik ergeben haben. In englischen zionistischen Kreisen herrscht bereits große Erregung über die von der Regierung geplante Einführung eines Parlamentes in Palästina, in dem die Araber offenbar eine starke Vertretung haben sollen.

London, 21. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Präsident der zionistischen Weltorganisation, Dr. Weizmann, hat dem englischen Kolonialminister mitgeteilt, daß er seine Ämter niederlege und einen Kongreß des Zionistenbundes und der Jewish Agency einberufen werde.

Nazi-Theaterskandale

In Stuttgart

Stuttgart, 20. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die Uraufführung von Ossip Dymows Negerkomödie „Schatten über Harlem" am Württembergischen Landestheater führte zu einem Theaterskandal, wie er in Stuttgart bisher noch nicht zu verzeichnen war. Schon von Anfang an, als das Stück noch gar nicht völlig zu beurteilen war, hörte man zuweilen Pfiffe und Entrüstungsrufe, die sich im Laufe des Abends immer mehr steigerten, aber doch nicht verhindern konnten, daß das Stück sowie seine ganze hervorragende Darstellung von der überwiegenden Mehrheit des Publikums mit starkem, ja demonstrativem Beifall, aufgenommen wurde. Als dann die Besucher das Haus verließen, stießen sie auf eine große Ansammlung junger Hakenkreuzler, von denen sie schon seit einer Stunde erwartet wurden und mit Schimpfworten und Zurufen bedacht wurden. Die Polizei hatte Mühe, die Demonstranten zurückzudrängen und den Ausgang des Theaters wenigstens nach einer Seite hin freizuhalten.

Diese offensichtlich vorbereiteten Straßenszenen bewiesen, daß es sich bei dem Skandal gar nicht um eine Stellungnahme zu dem noch gar nicht gedruckt vorliegenden Werk, dessen Inhalt bisher völlig unbekannt war, handeln konnte, sondern um eine rassenpolitische Demonstration von der Art, wie sie jetzt in Deutschland für gewisse Leute zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu gehören scheinen.

In Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Am Sonntag abend kam es im Frankfurter Opernhaus während der Aufführung der Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" von Kurt Weill zu nationalsozialistischen Krawallen. Die Rowdys, ausschließlich jugendliche Theaterbesucher, skandalierten zunächst gegen das Stück und warfen schließlich Stinkbomben in das Theater. Die ganze Aktion war offensichtlich vorbereitet. Der japanische Prinz Takamatsu, ein Bruder des Kaisers von Japan, der seit mehreren Wochen in Deutschland weilt und mit seiner Gemahlin die Vorstellung besuchte, verließ das Theater vorzeitig.

Zwei der Demonstranten wurden verhaftet, später jedoch wieder freigelassen. Nach Schluß des Theaters versuchten die Lausbuben, einen Demonstrationszug durch die Straßen zu bilden. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Neue Anklage gegen Hamkens

Amtlich wird mitgeteilt: „Gegen den Hofbesitzer Hamkens in Tetenbüll ist Anklage erhoben worden, in der ihm zum Vorwurf gemacht wird, durch dreizehn selbständige Handlungen öffentlich die Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung sowie den Landwirtschaftsminister Dr. Steiger beleidigt zu haben. Der Oberstaatsanwalt hat die Verbindung des Verfahrens gegen Hamkens mit dem Verfahren wegen Aufreizung zum Steuerstreik beantragt."

Aus der KPD. ausgetreten

Chemnitz, 21. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

In der Stadt Hainichen bei Chemnitz ist der kommunistische Stadtverordnete Mehnert aus der KPD. ausgetreten. In der letzten Stadtverordnetensitzung erklärte er, daß es unmöglich sei, mit der KPD. für die Interessen der Arbeiterschaft zu kämpfen. Er verlasse die Partei der Korruption, da er ihre Sudeleien nicht mehr mitmachen könne.

Neue Kommunazi-Schlägerei

mit tödlichem Ausgang

Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum 20. Oktober kam es hier in einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten in der Niddastraße zu einer schweren Schlägerei, die einem Kommunisten das Leben kostete.

Mitglieder des kommunistischen Antifaschistischen Kampfbundes, die auswärts an einer Kundgebung teilgenommen hatten und die im Galluszirkel wohnen, waren nach dem Güterplatz marschiert, wo sich der Zug auflöste. Ein Teil der Kommunisten besuchte noch eine Wirtschaft in der Speyerer Straße, wo der Vorschlag gemacht wurde, noch ein Lokal in der Niddastraße aufzusuchen. Diese Wirtschaft ist das Verkehrslokal der Nationalsozialisten. Als die Kommunisten, die größtenteils Uniform trugen und Kampflieder sangen, die Wirtschaft betraten hatten, herrschte zunächst Ruhe. Später fanden sich in dem Lokal auch einige Nationalsozialisten ein. Die Gegensätze entluden sich bald und im Augenblick war eine Schlägerei im Gange, über deren Urheberschaft sich die Angaben zunächst noch widersprechen. Ein Angehöriger des Antifaschistischen Kampfbundes erhielt mit einem Bierglas einen Schlag gegen den Hinterkopf, an dessen Folgen er kurz darauf im Krankenhaus verstarb. Schließlich wurde auch geschossen. Als Schütze wurde ein Angehöriger der Nationalsozialisten, der früher dem Roten Frontkämpferbund angehörte, festgenommen. Auch der tödlich verunglückte Kommunist war im Besitz einer Waffe.

Wahlsieg der türkischen Opposition

Angora, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das vorläufige Ergebnis der türkischen Gemeindewahlen zeigt einen starken Aufstieg der kürzlich gegründeten Liberalen Oppositionspartei. Der Aufstieg war trotz des Terrors der Regierung möglich. In Smyrna brachte es die Opposition auf zwei Fünftel aller abgegebenen Stimmen. Aehnliche Verhältnisse werden aus zahlreichen anderen Provinzstädten gemeldet. In vielen kleineren Städten erlangte die Opposition die absolute Mehrheit.

Werbt fleißig für unsere Zeitung!

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Breslau

Am Freitag, den 17. Oktober, abends 6 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Metallarbeiter

Oskar Jahnel

im Alter von 51 Jahren 4487

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau

Einäscherung: Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gräbschen

---

Am 19. Oktober verschied nach langem, schwerem Leiden meine inniggeliebte Tochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Else Frank

7 Tage vor ihrem 25. Geburtstage.

Breslau, den 21. Oktober 1930
Löschstraße 41

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag, nachmittags 2¼ Uhr, von der Kapelle des Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy.

Am 19. Oktober entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, meine inniggeliebte, herzensgute Frau und Pflegemutter, unsere liebe Schwägerin und Tante 7888

Frau Agnes Prall

geb. **Jokm**

im Alter von 57 Jahren.

Breslau, Trebnitzerstr. 36, den 21. Oktober 1930

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Paul Prall

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Oktober, nachm. 4¼ Uhr, von der Begräbniskapelle in Pohlanowitz aus statt.

Bei Husten seit Jahren **Adamynin** bei Husten, Heiserkeiten etc. in allen Apotheken erhältlich **Carl Adamy,** Blücherplatz 3 12506 (Mohren-Apotheke)

GEBURTS- VERLOBUNGS- HOCHZEITS- TODES- ANZEIGEN liefert schnell die Volkswacht-Buchdruckerei Flurstraße 4/6.

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn
August Bebel
Mit einem Bildnis. 90 Pfennige.
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Aus der bekannten
Balzac-Ausgabe
in der Uebersetzung von Hans Jacob liefern wir wieder
„Beatrix"
zum Gelegenheitspreis v. Mk. 1.50
Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5
Friedrich-Wilhelmstraße 105 ★ Flurstr. 4
sowie sämtliche Zeitungsträger

Gelegenheitskauf!
Nußbaumschlafzimmer, 180 br., mit Innenspiegel 850 Mk.
Mahagonischlafzimmer, 180 br., m. Innenspiegel 700 Mk.
Eichen-Schlafzimmer, 180 breit . . . von 680 Mk. an
Evtl. Teilzahlung!
Tischlermstr. Paschmann, Deutsch-Lissa

Bilderwerk aus der „Illustrierten Roman- und Erzählungsbibliothek". Kampf und Leben des Bruderstammes, von Ella Hepworth Dixon. Band I: 36 Bogen, 432 Seiten, mit mehrfarbigem Umschlagbild und 12 Vollbildern zum Kampfpreis von 18.—
Zu beziehen durch
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Gemeinde 5 Friedrich-Wilhelm-Str. 105 Flurstr. 4

Das Ereignis der Woche!
werden die am
Sonnabend, den 25., um 20,15 Uhr
und **Sonntag, den 26.,** um 16 Uhr und 20,15 Uhr
im **Stadttheater Breslau** stattfindenden
Gastspiele des Japanischen Theaters
Eine auserlesene Truppe japanischer Schauspieler und Schauspielerinnen bringt unter Leitung und Mitwirkung von
Japans bedeutendstem Darsteller
Tokujiro Tsumsui
Mimo-Dramen, Ballett, Musik, Schwertkämpfe
Kostbare japanische Kostüme, interessante in Japan gefertigte Dekorationen, Original japanische Musik zaubern das Leben des fernen Ostens auf die Bühne.
Begeisterte Aufnahme bisher in New-York, Paris, Kopenhagen, Stockholm, London, Barcelona, zuletzt in Berlin.
Karten zu allen 3 Gastspielen täglich an der Theaterkasse und den Vorverkaufsstellen. 4689

Leihweise
Frack- u. Smoking- Kleider, Pfennigbörse
Pätzold Schneidermeister **Königstr. 7/9.**

Lotz-Keil-Hosen Samt, Manchester, Englisch Leder, Filz 4250 Sportmützen, Mützen in großer Auswahl
Gebr. Dahmel Breslau I Neumarkt 26

Stummer-Abschnitte der beste **Rauchtabak** für die large Pfeife, 50 Gramm 40 und 50 Pf., empfiehlt
C. Kretschmer Schmiedebrücke 29b

WAPPENHOF
Heute Dienstag, ab 4 Uhr
Große Familien-Nachmittags-Vorstellung
mit dem vorzüglichen Spezialfilm-Programm
Pfiffenus Lisin, Koloratursänger Sharps, das tanzende Wunderkind, Rose Verron u. Dubola, mod. Tanzpaar, 2 Athos, Könige der Ringe (prof.) Pilz & Kaumann in ihren eigenartigen Duellen, 3 Aldons, einzig dastehender Gymnastik-Luft-Akt, Bartosini Kemmy & Lisakowsky, Solotänzer der Budapester Oper, 3 Blondongs, Parche-Sensation, Max Wendeler, der beliebte Humorist, A. u. W. Baumanda, Jongleur- und Antipodenspiele.
Eintritt: Einheitspreis 39 Pf. / Bis 6 Uhr: frei
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen ★ Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Gartenlokal „Birkenwäldchen"
an der Paßbrücke. — Haltestelle der Linien 1, 9, 18.
Jeden Mittwoch: Eisbeine
Täglich: Mittagstisch von 12 b. 3 Uhr
Reichhalt. Speisenkarte
Anerkannt gute Küche
Gutgepflegte Biere und Weine 4486
Musikal. Unterhaltung — Radio-Nachrichten

Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Gemeinde 5, Flurstr. 4

Stadttheater
Dienstag 19 bis nach 23 Uhr: 4. Abonnem.-Vorstell., Serie E
Lohengrin
Mittwoch, 20.15 bis nach 22.30 Uhr 4. Abonnem.-Vorstell., Serie F
Neues vom Tage
Donnerstag, 19.30 bis gegen 23 Uhr
Die Fledermaus

Lobe-Theater
Telefon 567 47
Dienstag 15,30 – 17,45
König Richard der Dritte
Tägl. 20.15 bis geg. 22.30 Uhr
Katharina Knie
Seiltänzerstück von Carl Zuckmayer.
Thalia-Theater
Täglich 20.15 bis geg. 22.30 Uhr
Der Riesen-Heiterkeitserfolg!
Potajsch u. Perlmutter

Schauspielhaus
Operettenkasse Tel. 36300
Direktion: Curt Lerch
Täglich 8 Uhr:
Der Sensationserfolg
Grete Sedlitz in
Drei Musketiere
mit
Ilse Gutmann
Guido Goroll
Ino Wimmer
Jeden Sonntag, nachm. 4 Uhr
Das Land des Lächelns

LIEBICH
Theater — Ruf 346 46
Gastspiel
Bobbie Mind
mit seiner Jazz-Revue und 8 Attraktionen
Täglich 2 Vorstellungen
4 Uhr und 8 Uhr
Eintrittspreise 0.50 – 3.50
Nachmittags halbe Preise
mit ungekürzt Programm

Jahrhunderthalle
Nur noch wenige Tage
tägl. 8¼ Uhr
Die großen
Passionsspiele
Donn. 23. Okt. 4 Uhr: Letzte Schülervorst.

Betten Deckbetten 15, 18, 25 Mk. Kissen 5, 6, 7,50 Mk., wie Inlets verkauft 4485
Leihhaus Oelsnerstr. 12, I.

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen!

Wohnungen

Alleinstehende sucht möbl. oder unmöbl.
Zimmer
jedoch nicht über 25 Mark monatlich. Offert. mit Preisangabe unter A. 942 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Leerzimmer
für 28 – 30 Mk. von Fräulein gesucht. Offert. unt. Fr. 141 an Volkswacht-Buchhandlung Friedrich-Wilhelm-Str. 105

Kaufgesuche

Alte Nähmaschinen kauft Winziers
Gräbschener Straße 45, part

Verkäufe

Bett und Kredenz
Eiche mit Nußbaum, 150 br., 400 Mark, verkauft 196
Zuckmann, M.-Str.

Kleine Anzeigen

Jede Zeilenzeile enthält einspaltige Anzeigen von Berufen, Kaufgesuchen u. a. nur vom Privaten. Wort 3 Pfennige bei 4 Pfennige

Fast neuer Kinderwagen preiswert zu verkaufen Gärtner, Kaiserstr. Str. 53, zweites Seitenhaus, I. Etage 2466

Weiß. Kinderwagen 20 Mk. und ein Klappwagen 6 Mk. zu verkaufen Gampert Sandinsel Straße 2a.

Morgen:
Weit unter Preis!

Schottenstoffe warm. in schön. Farb.-stellung., f. Haus- u. Kinderkleid. bes. geeign., i. gewebt. guten Qual., Meter **78**

Damast-Tischtücher 130/160 cm groß, i. prachtvoll. vollk. fehlerfreier Qual. u. schönen Must., St. **2.58**

Ganz schwere, gute, halbleinene **Damast-Servietten** Größe 60/60 zum Aussuchen . . durchweg Stück **58**

Unsere bewährten, 1x1 gestrickten **Frauenstrümpfe** „Hausmarke" in ganz fester, strapazierbarer Qual., schwarz. . . . . Paar **58**

Restbestände u. aus Kollektionen verschiedenartige **Herren-Socken** in nur guten haltbaren Qual., wie Vigogne, Schweiß sow. wollgemischte, 2x2 gestr. Qual. u. buntfarb. z. Aussuch, durchw. Paar **55**

Besond. schöne, feinmasch. künstl. **Waschseiden-Strümpfe** in mod. Herbstfarb., m. Spitzierse, teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern **1.35**

Dam.-Trikot- u. imit. Wildleder-**Handschuhe** in allen Größen vorrätig, mit 2 Druckknöpfen, glattfarbig sowie mit Fantasiemanschette . durchweg Paar **85**

Kinder-Kamelhaar-Schnallenschuhe i. vorzügl. Qualitätsware, a. rein. Wolle m. Kamelhaar und Bwlle. m. dick. Filzzwisch. u. stark. Kernledersohle sowie bester Lederkappe, Gr. 31/35 P. 3.95, Gr. 27/30 P. 3.50, Gr. 25/26 P. 3.25, Größe 22/24 Paar **2.95**

Valenciennes-Spitzen fein, in ganz guten Qualitäten, zur cremafarbige Ein- und Ansätze, ca. 3-5 cm breit, zum Aussuch., Meter **5**

Moderne Woll-Plüsch-Krimmerbesätze 5-20 cm br. einfb., gestreift u. gepreßt, Mtr. 3.25, 1.75, 1.50 **75**

Große Mengen **Wachstuch-Reste** in verschied. Größen und Qualitäten, je nach Größe Rest 95, 65, 45, **25**

Kleines Quantum **Wachstuch-Tischdeck.** ca. 85-115 gr., schöne, helle Must., St. **98**

Plesson Waldschmidt Schmiedebrücke

Zwei machen es richtig, einer macht es falsch
Sagt dem Dritten, daß er in seiner Arbeitspause die „Volkswacht" liest.

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] Für den Anzeigenteil: [illegible] — Redaktion: Gemeindeplatz 2. — Hauptgeschäftsstelle: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., Breslau 18

Breslauer Nachrichten

...e religiöse Betreuung der Kranken in öffentlichen Krankenanstalten

Da über die Art der Seelsorge in öffentlichen Krankenanstalten noch häufig Unklarheiten bestehen und hier und da es zu argen Mißbräuchen gekommen ist, veröffentlichen wir nachstehend den preußischen Runderlaß:

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht Preußische Minister für Volkswohlfahrt auf Grund eines ...lusses des Staatsministeriums in einem Runderlaß vom ...Oktober 1930 die Regierungspräsidenten und den Polizei...denten von Berlin, den Verwaltungen der öffentlichen ...kenanstalten in ihren Bezirken für die religiöse Betreuung ...aufgenommenen Kranken (Artikel 136 und 141 der Reichs...fassung) folgende Anweisung zu geben:

1. Die Krankenhausverwaltungen haben bei der Aufnahme ...Kranken die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft ...stellen und zu vermerken. Lehnt ein Kranker die ...wort auf die Frage nach seinem Religions...enntnis ab, so darf auf ihn kein Zwang aus...bt werden. Eine Frage, etwa in dem Sinn, ob der ...te religiöse Betreuung wünsche oder nicht, ist sowohl bei der ...ahme als auch später zu vermeiden.

2. Den zuständigen Geistlichen ist auf Wunsch Einsicht in ...liste zu geben, in der die Zugehörigkeit der Kranken zu einer ...ionsgesellschaft vermerkt ist, damit sie von den Kranken, die ... Religionsgesellschaft angehören, Kenntnis erhalten. Zwecks ...ahme religiöser Handlungen ist den Geistlichen zu Kranken ... Religionsgesellschaft Zutritt zu gestatten. Zu den Ab...ngen für ansteckende Kranke ist der Zutritt jedoch nur unter ...Vorsichtsmaßregeln zu erlauben, die eine Weiterverbreitung ...Krankheit verhüten sollen und die auch für die Aerzte und ...gepersonen gelten.

3. Die Krankenhausverwaltung hat mit den Geistlichen regel...ge Besuchszeiten zu vereinbaren, in denen ein Besuch der ...lichen die ärztliche und pflegerische Versorgung der Kranken ...stört, die aber mit den allgemeinen Besuchszeiten nicht ...mmenfallen dürfen. Ohne Rücksicht auf die vereinbarten ...chszeiten ist der zuständige Geistliche sofort zu benachrichtigen ... ihm der Zutritt zu gestatten, wenn bei einem Kranken ...nsgefahr vorliegt, und zwar auch dann, wenn der Kranke ...Wunsch nach religiöser Betreuung nicht ausdrücklich geäußert ...oder zu äußern vermag.

Lohngeldräuber in Breslau verhaftet

Er war am Freitag mit dem Lohn für mehrere hundert Arbeiter durchgebrannt

Gestern früh gelang es dem Fahndungskommando der Kriminalpolizei, in einem hiesigen Hotel den 41jährigen Boten Hermann Stenzel aus Waldenburg zu verhaften, der am Freitag 14 000 Mark unterschlagen hatte und mit diesem Betrage verschwunden war.

...Stenzel, der bei den Stickstoffwerken in Waldenburg ...Bote beschäftigt war, hatte am Freitag zum zweiten Male ...Auftrag erhalten, 14 000 Mark Lohngelder von der Bank ...heben. Er holte diesen Betrag auch ab, verschwand aber auf ...schnellsten Wege damit und hat sich redlich Mühe gegeben, ...Geld, das zur Löhnung mehrerer hundert Arbeiter bestimmt ... so schnell wie möglich durchzubringen. Er ...nahm mit gemieteten Kraftdroschken Spritztouren nach ...nitz, Görlitz, Dresden und kam schließlich am Sonntag abend ...er in Breslau an, wo er sich in einem Hotel einquartierte, ...m er in den Montagmorgenstunden verhaftet wurde. Bei ...r Verhaftung gab der Mann, der Vater dreier Kinder ist, an, ...n Raub zum größten Teil in Weibergesellschaft ausgegeben ...aben. 400 Mark wurden bei ihm noch vor...nden, und inzwischen ist es der Polizei auch gelungen, in ...enburg noch 2100 Mark sicherzustellen. Die weiteren Er...lungen sind noch nicht abgeschlossen, ob Stenzel inner...b der zwei Tage wirklich nahezu 12 000 Mark ...gegeben hat.

Noch ein schwerer Unfall

...raßenbahnautobus fährt in einen Lastkraftwagen

Ein weiterer Straßenunfall ereignete sich gestern früh an ...Ecke Trebnitzer Straße-Emil Neukirch-Weg, ...in vom Trebnitzer Platz kommender Kraftomnibus der ...enbahn in ein Lastauto hineinfuhr, das von der Rosen...Brücke kommend in den Emil-Neukirch-Weg einbiegen ... Ein an der Endstation stehender Straßenbahnzug hatte ...Fahrzeugen die Sicht versperrt. Beide Fahrzeuge wurden ... beschädigt. Durch den Zusammenprall erlitten drei im ...bus befindliche Fahrgäste mehrere Verletzungen. Der ...enbahnschaffner Paul Sorar, wohnhaft Paul-Keller-Weg, ... eine erhebliche Verletzung über dem linken Auge. Er ... sofort im Verbandsraum der Gasanstalt verbunden. Die ...au Wiesatzki aus der Mehlgasse klagte über starke ...rzen im Rücken und der Fahrgast Ernst Roth aus der ...straße erlitt Kopfverletzungen. Die Beamten der Ver...olizei, die an der Unfallstelle erschienen, haben die ersten ...tlungen sofort aufgenommen.

Auch ein „Leitungsrevisor"

...chtet genau auf die Ausweise der Revisionsbeamten

In der Wohnung einer Witwe in der Goethestraße erschien ...nnabend früh ein Mann, der angab, von dem Elektrizitäts...n kommen und den Auftrag habe, die Lichtleitung zu prüfen. ...rau ließ ihn, ohne sich den Ausweis vorlegen zu lassen, an ...lage herumhantieren und erst als der „Revisor", der bald ...einmal wiederkommen wollte, verschwunden war, bemerkte ...Wohnungsinhaberin, daß der etwa 26 Jahre alte ...n eine dunkelblaue Geldbörse mitgenommen ..., in der sich 15 Mark befanden. Es wird immer wieder ... hingewiesen, daß die Bediensteten der städtischen Werke ...ere Ausweise haben, die sie auf Verlangen vorzeigen. Es ...entlich unverständlich, daß sich trotz der schon so oft aus...ten Betrügereien nicht diese Legitimationen vorlegen lassen, ...besonders dann, wenn sie gar keine Störung in der Anlage ... und deshalb auch gar nicht mit den Betriebswerken in ...dung getreten sind.

„Feuer" im Stadttheater

es war aber nur ein qualmender Ofen

...Gestern gegen ¾15 Uhr erfolgte ein Alarm nach dem Stadt... Schweidnitzer Straße. Da es sich hier um eine Groß...ation handelte, rückte die Feuerwehr in voller Stärke an. ...ntreffen der Wehr war das Foyer stark verqualmt, der ...lam aus einem Heizkanal. Nach eingehender Untersuchung wurde festgestellt, daß in dem unter dem Foyer liegenden Laden, der zurzeit umgebaut wird, die dort beschäftigten Arbeiter einen Kanonenofen aufgestellt und das Abzugsrohr unberechtigterweise in den Heizkanal geführt hatten.

Schwerer Unfall am Königsplatz

Feuerwehrauto rast auf den Bürgersteig — Eine Frau totgefahren, drei Personen verletzt

Gestern vormittag gegen 10 Uhr ereignete sich am Königsplatz ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem eine Frau den Tod fand und drei andere Personen zum Teil erheblich verletzt wurden. Um diese Zeit kamen zwei Fahrzeuge der Feuerwehr von einer Brandstelle in der Siebenhufener Straße und wollten über den Königsplatz nach der Wache Leuthenstraße zurückkehren. Als der erste Wagen der Feuerwehr die Rundkurve am Königsplatz passiert hatte, folgte kurz darauf auch die Magirusleiter, um den gleichen Weg zu nehmen. Im gleichen Augenblick kam aber aus der Friedrich-Wilhelmstraße ein Radfahrer, der nach der Reuschestraße wollte, dem am Stadtgraben entlangkommenden Feuerwehrfahrzeug soweit in die Fahrbahn, daß der Führer des Autos rechts abbiegen mußte, weil er den Radfahrer nicht überfahren wollte. Das Auto kam dadurch ins Schleudern und ehe der Führer ganz anhalten konnte, fuhr es an der Ecke nach der Königsbrücke zu auf den Bürgersteig auf und riß eine dort mit einem Kinderwagen entlanggehende Frau und einen Mann um. Auch der Radfahrer blieb trotz des Ausweichversuches nicht verschont.

Während die Frau, die 72 Jahre alte Ehefrau Kurek, Anderssenstraße 37 wohnhaft, unter den Wagen geriet, wurde der Kinderwagen, in dem sich ihr 1½jähriges Enkelsöhnchen Alfred Schmikale aus der Kleinen Holzstraße 6 befand, bis an die Grünanlage geschleudert, wo das Kind herausstürzte und einen Armbruch erlitt. Der Greisin wurde das linke Bein zermalmt und sie erlitt außerdem einen Schädelbruch, der ihren sofortigen Tod zur Folge hatte.

Schwer verletzt wurde auch der ebenfalls auf dem Bürgersteig gehende 40jährige Arbeiter Hugo Hoffmann aus der Kupferschmiedestraße 34, der einen Beckenbruch, einen Nasenbeinbruch und größere Hautabschürfungen erlitt, während der radfahrende 17jährige Lehrling Grundey aus der Promnitzstraße 14 mit weniger schweren Verletzungen davonkam.

Alle Verletzten wurden sofort in das Allerheiligen-Hospital geschafft. Der Führer des Feuerwehrautos erlitt einen Nervenzusammenbruch. Die Schuldfrage ist noch nicht restlos geklärt, obgleich festzustehen scheint, daß der jugendliche Radfahrer nicht ganz schuldlos sein dürfte. Er soll dem ersten Feuerwehrfahrzeug, das die Kurve bereits passiert hatte, nachgeschaut haben und dabei soweit in die Fahrbahn des anderen Autos gekommen sein, ehe er absprang, daß es eben für den Kraftwagenführer unvermeidlich blieb, auszuweichen zu versuchen. Schon der Umstand, daß der Radfahrer die Verkehrsvorschrift nicht beachtete, die bestimmt, daß beim Ertönen der Feuerwehrsignale jeder Wegbenutzer sofort rechts heranzufahren und zu stoppen hat, spricht den Radfahrer nicht frei von aller Schuld. Andererseits ist es aber auch eine Frage, ob selbst die Fahrzeuge der Feuerwehr bei einer so rechtwinkligen Abzweigung, die doch ziemlich scharf ausgefahren werden muß, nicht doch ihr Tempo ein wenig mäßigen können, zumal sich ja die Feuerwehr auf dem Wege von der Brandstelle zur Wache befand. Die Branddirektion erklärt, daß es sich bei dem Unglückswagen um eines der ältesten Fahrzeuge im Betriebe handelt, das kaum eine höhere Geschwindigkeit als 30 Kilometer entwickeln kann. Das mag zutreffen, ist aber immer noch kein vollkommen überzeugendes Argument, denn auch ein 30-Kilometer-Tempo ist eben für ein so schweres Fahrzeug, wie eine Leiter, an einer solchen Kurve nicht gerade besonders langsam. Jeder vernünftige Mensch wird es für richtig halten, daß der Feuerwehr die Straße gehören muß, daß es aber darüber hinaus angebracht bleibt, Dienstanweisungen an die Fahrer herauszugeben, die es ihnen ermöglichen, so zu fahren, daß sie den Wagen auf kürzester Strecke zum Stehen bringen können.

Sie spielen mit dem Feuer

Nächtlicher Nazitransport durch Schwoitsch — Militärische Geländeübungen der Braunhemden bei Wilhelmshafen, Wildschütz und in der Strachate

Die „harmlose" Schamottfuhre

Zwei Bischofswalder Genossen, die an einer Versammlung des Distrikts 44 teilgenommen hatten, machten am Sonnabend abend bei Schwoitsch eine außerordentlich seltsame Entdeckung. Einem glücklichen Einfall folgend, gingen sie ihrer ersten Beobachtung nach, und siehe: es kam schließlich dabei zum Vorschein, daß Breslauer Nazis unmittelbar vor den Toren Breslaus heimlich und doch ungeniert sich auf den Bürgerkrieg vorbereiten.

Man stelle sich vor: Abends um 21,30 Uhr kommt von der Güntherbrücke die Straße nach Schwoitsch herab ein zweirädriger Handkarren dahergeholpert, um ihn herum, schiebend und ziehend, etwa 7 bis 8 junge Burschen im Alter von etwa 16 bis 22 Jahren. Merkwürdig! Unsere Genossen, die auf dem Rade nach Hause fuhren, schauen auf, da das Gefährt ihre Verwunderung erregt. Doch ihr Erstaunen wächst, als sie sehen, daß die jungen Leute ausnahmslos Braunhemden tragen und daß im Karren außer einigen feldmarschmäßigen Einheitstornistern Ziegelsteine liegen. Wozu in aller Welt schaffen diese Burschen zu später Abendstunde ausgerechnet Ziegelsteine ins Dunkle hinaus, fragen sich unsere Genossen. Sofort werden zwei Schwoitscher Genossen zur Verstärkung herangeholt. Das dauert eine Weile. Inzwischen durchfahren die Nazis den Vorort Schwoitsch. Jenseits der Ansiedlung werden sie von ihren Verfolgern wieder eingeholt. Was nun? Soll man zugreifen, soll man zur Selbsthilfe schreiten und einfach nachsehen, welches Geheimnis die Ziegelsteine verbergen? Das hieße, sich ins Unrecht setzen. Also wird der Polizeiposten alarmiert.

Ihm laufen die Nazis, deren Anzahl sich inzwischen durch Radler-Nachschub auf etwa 14 Personen erhöht hat, regelrecht in die Arme. Der Karren wird angehalten, und auf dunkler Straße im Lichte der Taschenlaternen beginnt die Untersuchung.

„Wer sind Sie, wohin wollen Sie?"
„Wir sind Wandervögel (!) und wollen nach Jeschkowitz."
„Wozu gebrauchen Sie die Ziegelsteine?"
„Wir wollen uns etwas bauen." (!)

Der Polizeibeamte findet zunächst nichts Verdächtiges. Unsere Genossen aber geben sich nicht zufrieden, und da dem Beamten die Sache ebenfalls höchst absonderlich vorkommt, beginnt 100 Meter weiter unter einer Lampe eine zweite und gründliche Untersuchung. Der Karren wird abgeräumt. Die Ziegelsteine entpuppen sich bei näherem Zusehen als feuerfeste Schamottsteine und außerdem befindet sich ein Kasten mit Schamottmehl auf dem Wagen. (??)

Der Beamte aber fördert bei eifriger Durchsuchung der Tornister mehrere große feststehende Messer, u. a. ein Stilett, ans Licht. Alle Namen werden notiert, und dann findet das nächtliche Intermezzo ein Ende.

Am nächsten Morgen

Das Reichsbanner wird benachrichtigt. Am Sonntag früh um 8 Uhr fahren Jungbannerkameraden los. Sie suchen im Nebel alles ab und beobachten.

Die Gegend wimmelt von Jungnazis. Anscheinend sind drei Züge unterwegs. Sie üben und treiben Kriegsspiel:

ein erster Zug an der Wilhelmshafener Schleusenbrücke,
ein zweiter in der Strachate,
ein dritter im Wildschützer Wäldchen.

Die Aufmachung ist durchaus militärisch. Die Gruppenführer erstatten Rapport, die Zugführer stecken die Nase in Generalstabskarten. Die Mannschaften schwärmen aus, bilden Schützenketten und ähnliches mehr. Aus dem Strachater Walde schallen fortgesetzt Schüsse. Sie klingen, als könnten sie aus Revolvern abgefeuert sein.

Was wird geschehen?

Soll sich der Spuk wiederholen oder wird jetzt endlich gründlich dafür gesorgt, daß diese Treibereien aufhören? Wir haben durchaus Vertrauen zur Polizei und glauben bestimmt, daß sie durchgreift: zur Beruhigung der Oeffentlichkeit! Aber es muß rücksichtslos geschehen und bald, damit es nicht erst zu Zwischenfällen kommt. Auch die Geduld der arbeitenden republikanischen Bevölkerung kann sich einmal erschöpfen, wenn die Herausforderungen überhandnehmen.

Eins vor allem ist erforderlich: die nahe Umgegend der Stadt muß von der Polizei intensiver beobachtet werden. Oder sollen die republikanischen Schutzorganisationen selbst diese Funktion übernehmen? Auf keinen Fall darf die Entdeckung so systematisch aufgezogener militärischer Uebungen, wie sie gestern bei Schwoitsch stattgefunden haben, künftig von Zufällen abhängig bleiben!

Todessturz auf der Treppe

Mit einem Schädelbruch tot liegen geblieben.

Im Hause Salzstraße 27 stürzte am Sonntag früh der im gleichen Hause wohnende 43jährige kaufmännische Angestellte K. nach dem Verlassen seiner Wohnung so unglücklich die Treppe hinunter, daß er mit einem Schädelbruch auf der Stelle tot liegen blieb. Da K. an epileptischen Anfällen litt, ist anzunehmen, daß er beim Hinabsteigen der Treppen von einem dieser gefährlichen Anfälle überrascht wurde, zusammenbrach und abstürzte.

Vorträge für Angestellte und Beamte

Im Winter-Semester 1930/31 finden im Rahmen der Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Verwaltung Vorträge über das Thema: Bank- und Börsenwesen statt. Die Teilnahme steht weiten Kreisen offen. Gleichzeitig hält Herr Prof. Dr. Obst für die Hörer des Kurses sowie für sonstige Teilnehmer ein Kolloquium über Bankgeschäfte und Zahlungsmethoden.

Es werden sprechen: Prof. Dr. Obst: Bankpolitik; Privatdozent Dr. Hellwig: Stand und Entwicklungstendenzen der deutschen Sparkassen; Bankdirektor Regierungsrat a. D. Borchers: Die Ausgestaltung der Revisionsverbände; Privatdozent Dr. Liepmann: Geld und Gold. Währungsprobleme der Gegenwart; Prof. Dr. Brüner: Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik; Syndikus Dr. Castner: Probleme des Agrarkredits in der Gegenwart; Assistent Dr. Ertel: Abschreibungen und Abschreibungspolitik; Syndikus Dr. Schatz: Ausländische Kapitalbeteiligung in der deutschen Wirtschaft; Fabrikdirektor Dr. Fischer: Fragen der Finanzierung in der deutschen Holzindustrie; Landeskämmerer Werner: Aktuelle Fragen aus dem Gebiete der kommunalen Finanzverwaltung; Bankdirektor Dr. Oberst: Kreditprobleme der Industrie; Prof. Dr. Schmidt-Rimpler: Die Entwicklung neuer Rechtsgestaltungen durch Bank und Börse; Syndikus Dr. Freymark: Zinsfuß und allgemeine Wirtschaftslage; Privatdozent Dr. Prausnitz: Bankinsolvenzen und Depotgesetz.

Beginn der Vorlesungen: 10. November. Termin und Ort: Montag und Freitag von 19¾ bis 20¾ Uhr im Auditorium XII der Universität.

Termine des Kolloquiums: Freitag, den 21. November, 5. November, 5. Dezember, 16. Januar, 23. Januar, 6. Februar, von 18¾ bis 20 Uhr im Auditorium III.

Hörerkarten werden in der Geschäftsstelle der F.H.K., Universität, 2. Stock, ausgefertigt, und zwar Freitag, den 31. Oktober, Montag, den 3. November, Freitag, den 7. November, Montag, den 10. November und Freitag, den 14. November, 18 bis 19 Uhr.

Die Gebühr beträgt für den Kursus einschließlich Kolloquium 8 Mark, für das Kolloquium allein 4 Mark. Zuschriften sind an die Geschäftsstelle der F.H.K., Universität zu richten.

Sprechstunde des Geschäftsführers, Prof. Dr. G. Obst, ab 25. Oktober Mittwoch von 17 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle der F.H.K., Universität, 2. Stock.

* **Milder Winter in Aussicht?** Ein Leser bringt uns zwei Maikäfer, die er beim Umgraben in seinem Schrebergarten in Dürrgoy fand. Maikäfer im Herbst dicht unter der Erdoberfläche sollen nach alter Bauernweisheit auf einen milden Winter schließen lassen.

Preußenlose zur 1. Klasse
1/2 5.—, 1/4 10.—, 1/2 20.—, 1/1 40.—,
gibt noch ab:
Staatl. Lott.-Einn. Fischer
Breslau 1, Reuschestr. 68, Postscheckkonto 13188

Das Kabuki kommt!

Zum Gastspiel von Tokujiro Tsutsuis Japanischem Theater im Stadttheater am 25. und 26. Oktober

Das Gastspiel des japanischen Kabuki-Theaters lag in der Luft. Das deutsche Publikum hat kürzlich die ersten japanischen Filme zu sehen bekommen, die einen Begriff von dem alten, noblen, ausdrucksvollen Spielstil des Kabuki vermittelt haben, die vielleicht die Sehnsucht erweckt haben nach einer zehntausend Kilometer entfernten, durch Welten getrennten und doch so blutnahen Schauspielkunst. Bernhard Kellermann, der Intendant Hagemann, die besten unter den deutschen Weltreisenden haben in überschwenglichen Worten vom zauberischen Reiz, von der hohen Kultur des Kabuki geschwärmt; man ahnte, daß da unerhörte Erlebnisse auf einen warteten — aber es ist noch nie eine Truppe japanischer Schauspieler in Deutschland gewesen.

Von den Besuchen der Sada Yakko (1900) und der Hanako (1906) kann man absehen; diese an sich großen Komödiantinnen haben in ihrer Heimat nie als japanische Schauspielerinnen gegolten.

Bei einem Gastspiel der berühmten Truppe des Tokioter Kabuki-Za in Moskau und Leningrad erklärte Frau Kamenewa, die Präsidentin der Vereinigung für internationale kulturelle Beziehungen, eine leitende Persönlichkeit im künstlerischen Leben des neuen Rußlands, wenn das Kabuki einmal in Europa bekannt wird, so wird es ein ebensolcher Weltbegriff werden wie die italienische Renaissance, der französische Impressionismus oder das Zeitalter der Klassiker in Deutschland. — Und das möchte ich beinahe glauben.

Nun ist endlich eine Kabuki-Truppe da; Tokujiro Tsutsui leitet sie — nicht allein Schauspieler von Rang, sondern eine künstlerische Persönlichkeit von sicherem Geschmack. Auf der Theater-Ausstellung in London hat die Truppe die höchsten Ehren eingeheimst, sie war die Sensation von Paris, sie hat monatelang die großen Städte Europas elektrisiert.

Tokujiro Tsutsui ist auch in Japan, das an Persönlichkeiten der Bühne so reich ist, eine interessante Erscheinung. Eng verknüpft mit der jahrhundertealten Tradition des Kabuki, ist er doch andererseits Revolutionär. Seine Dekorationen gehören zu den schönsten und farbenprächtigsten, die man in Japan kennt. Die Mitglieder seiner Truppe müssen, wie das die Bühnentradition verlangt, neben Schauspieler noch Tänzer sein; andrerseits hat er mit einer andren ehrwürdigen Einrichtung aufgeräumt — mit der Onnagata, dem männlichen Frauendarsteller. — Seine weiblichen Rollen werden von Schauspielerinnen dargestellt, was für westliche Begriffe natürlicher und angenehmer ist. — Ein Orchester in der Originalbesetzung — Trommler, Lautenschläger, Flötist und Sänger — wird mitgeführt, der ganze umständliche Apparat, der notwendig ist, um das Programm eines japanischen Theaterabends, das lyrische Tanzstücke, Tänze, Dramen und Schwertstücke umfaßt, abzuwickeln.

Deutschland, das seit Jahren um einen neuen Theaterstil ringt, wird nun Gelegenheit haben, eine Schauspielkunst zu sehen, in der alles Stil ist, alles gebändigt ist durch eine seit vielen Jahrhunderten ungebrochene Tradition. Ich behaupte, daß es heute keine Kunst auf Erden gibt, die ebenso von Tradition gesättigt wäre und doch von kürstem Leben strotzt wie dieses Theater. Für den Japaner ist das Kabuki immer noch größtes Erlebnis und schönstes Vergnügen; so etwa, wie wenn Shakespeares Theater noch spielte und mit seinen vollen Häusern alle Revuetheater in den Schatten stellte.

Das Idealkunstwerk, die reinste Verbindung von Schauspiel, Musik, Dichtung und Malerei, das vor Jahren einmal Reinhardt vorschwebte — im Kabuki ist es Wirklichkeit geworden. Das deutsche Publikum wird die Worte der Schauspieler nicht verstehen, aber es wird sich berauschen an dem edlen Pathos, an der hervorragenden Sprechtechnik; kein noch so kleiner Zug des dramatischen Geschehens wird ihm verborgen bleiben, denn der japanische Schauspieler beherrscht wie kein zweiter die Weltsprache der Geste, der tänzerischen Pose.

Japan, ein Volk geborener Tänzer und Schauspieler, entsendet eine erlesene Schar Künstler: Tokujiro Tsutsui und seine Truppe.

W. E. Kobera-Tokio.

Kraftwagenfahrten in die schlesischen Gebirge

In der kommenden Woche veranstaltet der Schlesische Verkehrsverband in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Nordmark folgende Autobusfahrten:

Mittwoch, den 22. Oktober: Kynsburg! Schlesierdorf. Abfahrt 13½ Uhr Tauentzienplatz (Südostseite) durch das Zobtengebirge über Schweidnitz nach Kynau, Besichtigung der Kynsburg; Weiterfahrt zur Talsperrenbaustelle. Rückfahrt 18 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 20 Uhr. Preis 5,50 Mark.

Sonntag, den 26. Oktober: Silberberg, Zimmermannsbaude (Eulengebirge). Abfahrt 7 Uhr durch das Mittelschlesischer Bergland über Frankenstein nach Silberberg. Besichtigung der historischen Festungswerke (Donjon). Mittagspause. Weiterfahrt 14 Uhr durch das Eulengebirge nach der Zimmermannsbaude. Rückfahrt 17½ Uhr, Ankunft in Breslau gegen 20 Uhr. Preis 7,25 Mark.

Sonntag, den 26. Oktober, eine Fahrt durch die herbstlichen Wälder in das Militsch-Trachenberger Seengebiet. Abfahrt 8 Uhr Tauentzienplatz (Haalegaststätte) durch den Blücherwald zu den Fischseen bei Brustawa und weiter nach Militsch. Unterwegs Ausblick von der Wembowitzer Mühle auf die großen Fischseen. In Militsch Mittagessen, Besichtigung des Schloßparkes und der Stadt. Weiterfahrt 14½ Uhr nach Trachenberg. Besichtigung des Schlosses und Parkes, Kaffeepause. Rückfahrt über Prausnitz—Obernigk. Ankunft in Breslau 19½ Uhr. Preis 6,25 Mark.

Numerierte Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Gartenstr. 96, 1. Stock, werktäglich 8—19 Uhr zu haben.

Volkshochschullehrgänge sozialistischer Dozenten

Unter den neu angekündigten Volkshochschullehrgängen dürften für unsere Leser die folgenden von ganz besonderem Interesse sein: Besprechung wirtschaftlicher Tagesfragen (Hauptschriftleiter Kranold); Das Wirtschaftsleben der Gegenwart (Studienrat Dr. Cohn); Die Verfassungen der europäischen Staaten (Dr. v. Grumbkow); Arbeiterdichtung als Weg zum Erlebnis der sozialen Frage (Dr. v. Grumbkow); Was haben die Psychoanalyse und die Individualpsychologie dem wissenschaftlichen Sozialismus zu bieten (Professor Dr. Marck und Käte Marck); Wer erzieht unsere Kinder? (Toni Simme!); Was ich über Kunst wissen möchte (Kunsthistoriker Stephan); Allgemeine Kunstgeschichte, mit Lichtbildern (Kunsthistoriker Stephan); Museumsführungen (Kunsthistoriker Stephan); Die Kunst der Gegenwart, mit Lichtbildern (Kunsthistoriker Stephan); Das künstlerische Breslau, mit Lichtbildern und Führungen (Kunsthistoriker Stephan); Frauenkunde (Dr. Neufeld); sowie die Lehrgänge in Rechnen und Rechtschreibung, Raumlehre und Körperbildung. Die Anmeldungen zu diesen Lehrgängen haben in den nächsten Tagen zwischen 10—15 oder 17—20 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, zu erfolgen. Die Gebühren sind gering und können Unbemittelten teilweise oder ganz erlassen werden.

---

* **Silberhochzeit** feiert heute Genosse Franz Stirn, Neudorfstraße 74 wohnhaft. Genosse Stirn kann auf eine 25jährige Mitgliedschaft in der Partei zurückblicken. Wir gratulieren!

* **Freitod.** In seinem Büro in der Siebenhufener Straße wurde am Montag früh der Kaufmann Wilhelm N. leblos aufgefunden. Er hatte sich mit Gas vergiftet. Der Lebensmüde wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Geschäftssorgen sollen ihn zum Freitod veranlaßt haben.

* **Zwei Zentner Leder gestohlen.** In der Nacht zum Sonntag drangen unbemerkte Täter in den Lagerkeller eines Lederkaufmanns am Neumarkt und stahlen 100 Kilogramm Brand- und Kernledersohlen im Werte von 540 Mark.

* **„Arme" Diebe konnten Einbrecher unbemerkt in Sicherheit bringen,** die in der Nacht zu Montag in eine Fleischerei in der Neudorfstraße eindrangen. Sie nahmen Wurstwaren im Werte von 300 Mark mit.

* **Motorradfahrer gestürzt.** Sonntag abend, als der Motorradfahrer Barthel vom Burgfeld mit seinem Rade die Schweidnitzer Straße entlang fuhr, lief ihm ein Fußgänger direkt in das Fahrzeug, so daß der Motorradfahrer stürzte und so unglücklich auf das Straßenpflaster aufschlug, daß er besinnungslos liegen blieb. Auch das auf dem Soziussitz mitfahrende Fräulein Glaser erlitt erhebliche Verletzungen. Beide mußten von einem Streifenwagen der Schutzpolizei in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 162—170
Telefon Nummer: 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 6—7 Uhr

Abteilung Süd-West (Distrikte 1, 3, 4, 5 und 38). Nur die Genossen für den SAB. sich interessieren, erscheinen Mittwoch, den 22. Oktober, 8 Uhr, in den Astoriasälen, Sonnenstraße.

Abteilung Nikolaitor. Sämtliche Parteigenossen und Genossinnen von 30 Jahren werden gebeten, am Mittwoch, dem 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45 zum Vortrag von Genossen Seifert über „Die politischen Aufgaben der Jugend" zu kommen.

Abteilung Ohlauer Tor, GO. Dienstag, den 21. Oktober, 20 Uhr, Turnhalle Margaretenschule, Tauentzienstraße.

Abteilung Nikolaitor. Distriktsführer, Frauenleiterinnen und alle Wohlfahrtspflege tätigen Genossen erscheinen Dienstag, den 21. Oktober, 20 Uhr, zu einer sehr wichtigen Sitzung bei Maly, Westendstraße 37.

Distrikt 17. Mittwoch, den 22. Oktober, 20 Uhr, bei Priegner, Moltkestraße 12: Frauenabend. Redner: Genosse W. Ziegler.

Distrikt 37. Mittwoch, den 22. Oktober, 20 Uhr, im Genossenschaftshaus, Kamenzer Straße: Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Schwarz.

Distrikt 33. Mittwoch, den 22. Oktober, bei Knobloch in Oswitz: Frauenversammlung. Redner: Genosse Schramm. Funktionäre erscheinen um 19½ Uhr.

Distriktsschriftführer! Wo bleiben die Berichte von den Distriktsversammlungen?

Sozialistische Arbeiterjugend

Rote Blusen. Heute, 20 Uhr: Probe im Heiligen-Geist-Gymnasium.

Rote Falken. Funktionäre und Vertrauensleute! Heute, 20 Uhr, Besprechung für unsere Werbewoche. (Bütz.)

Kassierer. Mittwoch letzter Abrechnungstermin.

Heim 7. Die Knüppelmusik heute 20 Uhr in der Baracke.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt

Wichtige Versammlung aller in der Wohlfahrts- und Waisenpflege tätigen Parteigenossen, der Distriktsführer und Frauenleiterinnen der Distrikte 10, 11, 12, 13, 14 und 15 sowie der an der Wohlfahrtspflege interessierten Genossen der Abteilung Nikolaitor am Dienstag, dem 21. Oktober, abends 8 Uhr, bei Genossen Maly, Westendstraße („Zur Glocke"). 1. Vortrag des Genossen Beier über „Die Auswirkung der Notverordnung". 2. Wichtige Organisationsangelegenheiten.

Sammler und Sammlerinnen. Die Abrechnung der Listen und Karten erfolgt heute, Dienstag, von 2 bis 5 Uhr, im Zimmer 171, Gewerkschaftshaus, bei Genossin Bittner.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Achtung, Abendschule! Wir belegen in diesem Halbjahr wieder einen Kursus an der Volkshochschule. Jede Jugendliche berechtigt, einige Kollegen zu benennen. Mindestalter ist 18 Jahre. Teilnehmer treffen sich Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer des Gewerkschaftshauses. — Alle Teilnehmer der jüngeren Schüler Donnerstag, den 23. Oktober, im Galeriezimmer. Wir beginnen diese Arbeit mit dem Thema: „Einführung in die Volkswirtschaft".

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute finden folgende Veranstaltungen um 20 Uhr statt: **Heim 1, Taschenstraße 29/31:** Vortrag „Erkenne dich selbst". Referent: Kollege Rademacher. — **Heim 2, Wilhelm-Straße 45:** Vortrag über: „Moderner Strafvollzug". Referent: Kühn. — **Heim 3, Sadowastraße 71:** Vortrag über: „Hallo 01, hier Kommando". Referent: Polizeiobermeister Menissen. — **Heim 4, Kaiserstraße 78/80:** Liederabend. Zentraler Funktionär-Schulungsabend am Donnerstag, dem 23. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: „Tarifvertrag und Werksgemeinschaft". Referent: Kollege Böer.

Bund der Freidenkerjugend

Heute, 19,30 Uhr: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Liebe Eltern! Zur Revolutionsfeier am Mittwoch, dem 5. Nov., 20 Uhr, halten sich alle Eltern den Tag frei. Werbt für zahlreiche Besuch. Eintrittskarten (Kinder 15 Pf., Erwachsene 30 Pf.) sind bei allen Mitkassierern, „Volkswacht"-Buchhandlungen und im Parteibüro zu haben.

Abteilung 3 (Oderior-Sanitor). Dienstag: Jung- und Rotfalken vor dem Hallenbad. (20 Pf.) Kapelle 17 Uhr Waterlooschule. — Mittwoch, 17 Uhr, die ganze Abteilung Kletschkauschule (Spartag). — Donnerstag, 17 Uhr: Jungfalken 1 und 3 Waterlooschule; Rotfalken 4: 17 Uhr Kletschkauschule. Freitag, 17 Uhr: Rotfalken 2 Waterlooschule; 17,30 Uhr: Jungfalken 3 Kletschkauschule.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Stadt-Theater. Am Dienstag, 19 Uhr, im Abonnement Serie D: Wagners „Lohengrin". Am Mittwoch, 20,15 Uhr, als vierte Abendvorstellung der Serie F von Paul Hindemith: „Neues vom Tage". Am Donnerstag, 19,30 Uhr, Johann Strauß „Die Fledermaus". Vorverkauf zu diesen Vorstellungen sowie den Gastspielen des Japanischen Kabuki täglich an den Stadt-Theater-Kassen. — Das Gastspiel des Japanischen Kabuki im Stadt-Theater begegnet, wie aus der regen Kartennachfrage ersichtlich, leidenschaftlichem Interesse. Es wird heute schon darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung des Gastspieles infolge Auslandsverpflichtungen des Ensembles nicht möglich ist.

Lobe-Theater. Dienstag, 23,30 Uhr: „König Richard III." von Shakespeare, in der Bühnenbearbeitung von Paul Barnay zu ermäßigten Preisen. Täglich 20,15 Uhr bis einschließlich Freitag: „Katharina" von Karl Juckmayer. Sonnabend, 20,15 Uhr: Erstaufführung von „Ehenays Ende" von Frederic Lonsdale, in der Inszenierung von Barnay.

Tivoli-Theater. „Vater und Verlumpter" von Gläß und Jarno, täglich 20,15 Uhr.

Schauspielhaus. „Drei Musketiere" täglich 20 Uhr in der Neubesetzung bis 31. d. Mts.

Lessing-Theater. Bobbie Hinds Jazz-Revue wird allabendlich bejubelt und vom Publikum zu immer neuen Zugaben gezwungen. Das übrige Programm bildet nach dem Urteil der gesamten Breslauer Presse Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Wappenhof. In dem beliebten Familien-Varieté werden in dem Oktober-Programm wieder zehn Varieté-Neuheiten um die Gunst der Wappenhof-Gemeinde.

Breslauer Produktenbörse vom 20. Oktober

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 20. Oktober. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	= 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	ab Erzeugerstation

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide:	20.	18.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,0 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	232.00	232.00	Bei Feststellung der Preise zu berücksichtigen Frachtbasis Breslau
Hektolitergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	234.00	234.00	
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Mühlenzwecke verwendbar	227.00	227.00	
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 70,5 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	155.00	155.00	
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—	
Hektolitergewicht von 68,5 kg trocken für Mühlenzwecke verwendbar	150.00	150.00	
Hafer, mittlere Art und Güte (alter Ernte)	—.—	—.—	
„ „ „ „ (neuer „)	150.00	150.00	
Braugerste, schlesische	235.00	235.00	
„ gute	200.00	210.00	
Sommergerste, mittlere Art und Güte	175.00	175.00	
Wintergerste	165.00	168.00	
Industriegerste	—.—	—.—	

Tendenz: Ruhig.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	20.	18.		20.
Weizenmehl (70%)	34.75	34.75	Roggenmehl	41.75
Roggenmehl (60%)	24.75	24.75		

Tendenz: Ruhig.

Oelsaaten:	20.	18.		20.
Mittl. Art und Güte kg. Ernte			Leinsaaten	19.00
Mohnsaaten	—	20.00	Senfsaaten	—
Sonnenblumen	22.00	22.00	Kümmelsaaten	54.00

Tendenz: Ruhig.

Kartoffeln (Erzeugerpreise)

Speisekartoffeln (ab Erzeugerstation) gelbe 1,30, rote 1,10, weiße 1,10 Reichsmark ab Verladestation für den Zentner Stärke 0,44 Tendenz: Ruhig.

Weltfrachtmarkt

	20.10.	21.		20.10.	21.
Kohlen	1.40	1.41	Kanada (Weizen-Frachten)	[illegible]	[illegible]
Kohle (Cardiff)	6.50	6.52	Donaubrücke	[illegible]	[illegible]
Kohlenfrachten (Rio/Santos)	1.16	1.16	Mittelmeerfrachten (Odessa/Genua)	[illegible]	[illegible]
Erze (Bilbao/Rotterdam)	2.30	2.30	Mittelmeerfrachten (Odessa/Genua)	[illegible]	[illegible]
Zucker	1.10	1.11	Weltfrachtindex	+ 12,8	

Theater und Musik

Stadttheater: Gesamtaufführung „Neues vom Tage"*)

Hindemith ist ein musikalischer Tausendsassa. Wo gibt es für sein aus musikalischen Dingen heraus entwickeltes Schaffen, ein Halt! Wem ist es möglich, die Richtung anzugeben, die er geht. Er weiß es wahrscheinlich selbst nicht. Sein Arbeitsgebiet wird zum Sammelsurium aller musikalischen Zeiterscheinungen. Kammermusikwerke, Schulstücke, Lehrstücke, Militär- und Filmmusik, Lieder für Liebhaber, Tanzkapellen, Beischeiben von Walzen und Platten, Fünf-Finger-Übungsstücke für Kinder, Jugend, Hindemith komponiert alles, was die Konjunktur erfordert. Natürlich fühlte er sich auch verpflichtet, an der Lösung der Opernfrage aktiv mitzuarbeiten, und schrieb für die Berliner Festwoche im Vorjahre die lustige Oper „Neues vom Tage." Hindemiths Neigung zur Persiflage, zur Parodie, wohl die stärkste Seite seines genialen Talentes überhaupt, hat hier freies Spiel. Wir sehen und hören eine Parodie auf die Oper, auf das Gefühl, auf die Paragraphenwut unserer Zeit, auf die Moral und auf die öffentliche Meinung. Hindemith und sein Textverfasser Marcellus Schiffer belechen unsere Gegenwart. Das Recht hierzu streitet ihnen niemand ab. Nur ist der gewählte Rahmen für solche Satire nicht die Oper, sondern die Revue. Belachten wir aber das Werk unter diesem Gesichtspunkt, dann ist die Musik Hindemiths zu entdecken. Sie gehört zum überragenden Teil in den Konzertsaal und entbehrt in der Oper nur die Zeichnung. Der Komponist will seine Beziehungen zur musikalischen, ernsten Musik nicht aufgeben und muß bei dem Libretto, das Gesangen anbietet, und das wegen seiner Banalität in den Vordergrund gerückt, in Zwiespalt geraten. Diese Diskrepanz zwischen Wort und Musik entspricht der Absicht des Werkes, mögen wir es „lustige Oper" oder „Revue" nennen.

Hier der kurzen Inhalt:

Ein junges Ehepaar liegt im Streit und will sich, weil das heute so à la mode, scheiden lassen; da der Gatte verreist, führt der Weg in die Zukunft über das „Büro für Familienangelegenheiten G. m. b. H.", das einem kinderlosen Ehepaar in der gleichen Situation gute Dienste geleistet hat. Nach unseren Helden kommt noch ein drittes, das „Schöne Herr Sommer", Leiter des Büros, der sich als Scheidungsgrund zur Verfügung stellt, vielleicht sich selber in die zu scheidende Gattin. Das geht den Ehemann nicht. Er hält das erste im Büchlein verzeichnete Scheidungsmittel, prüfungsweise hier in einem Eisenbahnabteil die Scheidung vorzunehmen und muß für dieses Vorhaben ins Gefängnis wandern. Inzwischen hat Herr Sommer seine Tante, eine alte Jungfer, zu gewinnen versucht, in der Rekonvalszenz bei Gesangsübungen. Das Ehepaar ist zu einem Einsehen, der das Ehepaar scheidet macht, da wird als Attraktion zu ein Varieté engagiert und führt hier absichtlich keine Scheidungsmittel als Gleichnis vor. Nachdem beim Publikum, übersteigerte Hoffnung, mit denen die Schulden abgezahlt werden können. Laura und Edward bleiben beisammen, sie sind das „Neueste vom Tage". Am meisten Gefallen finden wir an erstem Akt, der durch Hindemith mit vollendeter Meisterschaft ausgeformt wurde. Das Quartett der Scheidenden, der Chor der Trostfräuleins mit dem tadellosen Jugendthema, das im Wagnerzitat gefriedete Liebesduett zwischen Herrmann und Laura sind musikalisch wichtige Einfälle. Hier jagt sich Takt auf Takt, indessen von den anderen beiden Akten nur das „Sieben-Männer"- und das „Schlußfinale" wunderswert erscheinen. Hindemiths Musik zündet durch ihre unerhörte Vitalität, ihre jeweilig figurierte Verarbeitung und ihre elektrisierenden Rhythmen. Diese Musik ist, wie anfangs schon erwähnt, um ihrer selbst willen zu bejahen. Unsere Aufführung war ausgezeichnet. Es wäre auch sehr schlimm gewesen, wenn das Werk, das keine Aufgabe stellt, noch schlecht aufgeführt worden wäre. Die stilistische Inszenierung, wir sehen in ihr nicht die ideale szenische Lösung, betont den revuehaften Charakter und war im wesentlichen geschmackvoll. Der die Handlung ergänzende naturwissenschaftliche Film ist amüsantes Beiwerk und Spielzeug für das Publikum, noch wichtiger die Projektionen (Hanns Mahaupt) überhaupt, denn wenn sie nur Sätze mitteilen, die ohnehin durch ihre konsequente Wiederholung von allen Besuchern verstanden werden. Nach dem ersten Akt konnte man schon nach Hause gehen. Das Tempo beginnt im zweiten Akt zu erlahmen und steht im dritten vollends still. Unter den Solisten waren musikalisch und darstellerisch gleich starke Temperamente Frl. Gulcelewicz und Herr Weith, denen das gute Gelingen zu danken ist. Genia S. sang mühelos ihre schwierige Partie und sah hinreißend aus. Herr Hejet ließ sich wegen Inkompetenzen entschuldigen, seine Partnerin Frau Erna Seiler-Kühl schlug sich mit ihm wacker durch. Weniger glücklich in Stimme und Haltung Cornelius Oegregaard als der „Schöne Herr Sommer". Ein flaches Singen fällt auf die Nerven. Ergänzendes wurden durch Frl. Glatz und die Herren Julius Wilhelmi, Heinrich Pflanzl, Jos Schrager, Erich Henselleit, Ernst Grim, Richard Kronsziger und Leo Klefa gut durchgeführt. Hanns Aufgegangen waren die Bühnenbilder, für die Frl. Kratina verantwortlich zeichnete. Alles Chorische lang gerundet, vor Kommando in der Leitung der Intendanten und Regisseur Herr Debelef war der energische Einstudierer. Eine sehr sicherende Aufgabe hatte der musikalische Leiter Herr Oppenheim. Mit genauiger Genauigkeit im Ganzen und einer nicht immer hörbaren Präzision im Einzelnen bewältigte er die komplizierte Partitur. Er erwies sich bei der abwechselnd musikalisch und darstellerisch gleich starken Temperamente Hindemith als kongenialer Interpret. Stets mit aufmerksamer und hoher Leistung von ausgezeichnetem Musikantum. Das Orchester hatte einen Abend, von Gleichgewicht und es erfreute Genauigkeit, die sich bei Stimmen und Musikern nicht entfalten konnten. Mit hohem Beifall hat das Publikum einen Kollegen und wird sich hoffentlich bald in Rahmen mehr dem schönen Repertoire widmen können.

*) Kritik vom Montag: R. Schmitt-Scheer, Montag.

Rund um den Laisebach

Der Kanalisationsverband für den Laisebach, ein Gewässer, das sich durch die Waldenburger Lande zieht, hat schon mehrfach lebhafte Auseinandersetzungen hervorgerufen. Besagter Verband wird nämlich von einem Direktor geleitet, dessen technische und allgemeine Befähigung nicht den Anforderungen seines Amtes eines öffentlichen Zweckverbandes zu entsprechen scheint. Der von dem Verband zu bauende Kanal hat bloß 800 000 Mark mehr gekostet, wie veranschlagt worden war, was dazu führte, daß der Kanal Waldenburg—Freiburg nicht in Betrieb genommen werden kann, weil die hierzu nötige Kläranlage angesichts der Ueberschreitung nicht mehr gebaut werden kann bzw. für den jetzigen Betrieb der älteren Anlage eine vorhandene und mit 100 000 Mark Aufwand wieder in Stand gesetzte Kläranlage ausreicht.

Um nun die Kosten des also genial von Direktor Blech durchgeführten Baus, die nicht weniger wie 2½ Millionen betragen haben, nicht brach liegen zu lassen, wünscht die Bezirksregierung, daß die neue Kläranlage doch noch gebaut werde. In einer sehr bewegten Sitzung des Verbandsausschusses in der vorigen Woche erklärten die sozialdemokratischen Vertreter, daß ein solcher Neubau nur in Frage käme, wenn die Regierung, bzw. der Preußische Staat die Mittel zur Verfügung stelle, denn die zum Bau notwendige Aufnahme von Kapitalien würde zu einer unerträglichen Erhöhung der Kanalgebühren führen.

Das ist die eine Frage, die andere aber ist wesentlich bedeutungsvoller, denn sie betrifft die Grundsätze, nach denen die Verwalter öffentlicher Zweckverbände zu arbeiten haben. Die Regierung verlangte in der gleichen Sitzung die Wiedereinstellung des Herrn Blech, obwohl gegen diesen beim Oberverwaltungsgericht ein Disziplinarverfahren schwebt, das sicherlich abgewartet werden konnte, abgewartet werden muß. In diesem Disziplinarverfahren, das bekanntlich zur seinerzeitigen Suspendierung des Herrn geführt hat, handelt es sich um nicht weniger, wie um die Annahme von 22 500 Mark Provisionen und den Verdacht der bewußt verschleierten Bilanzführung. Es ist schwer zu begreifen, wieso die Regierung, deren Chef ja selbst als Verwalter eines öffentlichen Zweckverbandes gewirkt hat, das Verlangen stellen kann, bei einer so ungeklärten, aber sehr klärungsbedürftigen Sache der Dinge die Wiedereinstellung des Herrn Blech zu fordern. Vor der ersten Instanz, d. h. vor dem Bezirksausschuß ist es schon zu einer Verurteilung des B. zu hundert Mark Geldstrafe gekommen. Die Regierung meint nun, auch das Oberverwaltungsgericht könne auch zu keinem anderen Spruch kommen mag. Aber abgewartet müßte das doch wohl werden, ganz abgesehen von der nicht sehr klaren Frage, weswegen denn eigentlich die Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe erfolgte. Die vierzehn sozialdemokratischen Vertreter im Verbandsausschuß, denen achtzehn bürgerliche Herren gegenüberstehen, haben in unzweideutigster Form zum Ausdruck gebracht, daß eine Rückkehr B.'s für sie nicht diskutabel ist und würde sie von Aufsichtswegen verfügt, dem Direktor Blech nicht das für sein Amt notwendige Vertrauen entgegenbringen können.

Die Hausdorfer Spenden

werden ordnungsgemäß verwandt

Die Verteilung der aus vielerlei Quellen fließenden Spenden anläßlich des Hausdorfer Grubenunglücks hat seinerzeit, man erinnert sich ja gerade vor den Neuwahlen, viel Staub aufgewirbelt. Mit mehr Eifer wie Ueberzeugungskraft hatte sich insbesondere die Zentrumspresse in und außerhalb Schlesiens bemüht, nachzuweisen, daß der sozialdemokratische kommissarische Landrat Eddelhaufe, statt Hilfsmaßnahmen für die Angehörigen der Verunglückten einzuleiten, „sozialistische Jugendheime" baue. Der —bürgerliche — preußische Handelsminister hat nun auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Zentrumsfraktion des Landtages diesbezüglich folgende Antwort erteilt:

„Die Spenden, die aus Anlaß des Grubenunglücks auf dem Gutschacht bei Hausdorf dem Kreis Neurode zugeflossen sind, werden lediglich für die Unterstützung der von dem Unglück betroffenen Familien verwendet. Dagegen ist ein Teil der Spenden, die aus dem gleichen Anlaß dem „Bergmannsfonds für den niederschlesischen Steinkohlenbezirk" zugegangen sind, außerdem zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Reviers bestimmt. So dienen die von Reich und Preußen gegebenen Mittel u. a. der Fürsorge für Bergarbeiterkinder und der Instandsetzung ungesunder Bergarbeiter-Altwohnungen. Die Mittel des Fonds werden durch Ausschüsse verwaltet, die sich aus den beteiligten Behörden und Organisationen zusammensetzen. Hiermit ist gewährleistet, daß die Mittel gemäß ihrer Zweckbestimmung verwendet werden. Die in der Kleinen Anfrage erwähnte Anregung ist, wie auch andere Anregungen ähnlicher Art, nicht weiter verfolgt worden."

Der Mord in Tschöplowitz

Wer hat den Mann mit der zerrissenen Hose gesehen?

In Ohlau ist in der Grottkauer Straße in den Abendstunden ein Mann beobachtet worden, dessen linke Gesichtshälfte blutig zerfetzt war und der um die linke Hand ein Taschentuch gewickelt hatte. Als der Mann sich beobachtet glaubte, entfernte er sich. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 35 bis 40 Jahre, große schlanke Figur, aufrechter Gang, alter Filzhut, älterer oder bequem kazierter Anzug. Rock oder Hose in der linken Gesäßhälfte zerrissen. In welcher Richtung sich der Verletzte entfernt hat, war nicht festzustellen. Sollte dieser Mann beobachtet werden, wird gebeten, sofort die erste Polizei- oder Gendarmeriedienststelle zu benachrichtigen.

Wassereinbruch im Tonschacht

Knapp dem Tode entgangen

Völlig überraschend erfolgte auf einem Tonschacht im Lande von Herzogswalde, Kreis Bunzlau, ein Wassereinbruch. Die in dem Schacht Arbeitenden konnten sich nur durch die Flucht retten. Der Arbeiter Günther wurde jedoch von der Flut überrascht und mußte von seinen Arbeitskollegen, die zur Seite eilten, bis zur Brust im Schlamme watend, mit vieler Mühe gerettet werden.

Auf der Straße erstochen

Empörte Menge versucht Lynchjustiz

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich in Neisse-Land D.-S. eine blutige Bluttat. Der Schlosser-Geselle Karl Jenke wurde von dem Maschinenschlosser Schittko aus Neisse-Land nach Mitternacht erstochen.

Schittko, der als Raufbold bekannt ist, hatte den Abend zusammen mit Bekannten in einem Gasthause gezecht und war bereits wegen Belästigung anderer Gäste unliebsam aufgefallen. Als er kurz nach 23 Uhr das Lokal verließ, geriet er auf der Straße mit einer Gruppe junger Leute zusammen, die ebenfalls aus dem Lokal gekommen, aber völlig nüchtern waren. Es entwickelte sich ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Taube von Schittko bedroht wurde. Die jungen Leute gingen aber weiter; Schittko ging ihnen nach, stürzte sich plötzlich in sinnloser Wut auf den jungen Mann und versetzte ihm einen Messerstich in die Brust unterhalb des Schlüsselbeins. Der Verletzte konnte sich noch etwa 12 Meter weiter schleppen, brach aber dann infolge des starken Blutverlustes zusammen. Seine Freunde holten sofort einen Arzt herbei; Taube war jedoch infolge innerer Verblutung bereits verstorben.

Als Schittko sah, was er angerichtet hatte, ergriff er die Flucht. Er wurde von den jungen Leuten verfolgt und einem Polizeibeamten übergeben, der ihn zur Wache transportieren wollte. Durch das energische Sträuben Schittkos gegen seine Festnahme und den damit verbundenen Lärm erwachten die Bewohner der anliegenden Häuser und auf der Straße sammelte sich eine große Menschenmenge an, aus der heraus sich einige Personen auf den Messerhelden stürzten und ihn zu lynchen versuchten. Trotz den Abwehrmaßnahmen des Polizeibeamten, der gegen die Ueberzahl machtlos blieb, wurde Schittko übel zugerichtet und erlitt einige schwere Kopfverletzungen. Als der Polizeibeamte den Häftling glücklich ins Rathaus gebracht hatte, drang die empörte Menge in das Amtsgebäude ein und wollte ihn aus der Haftzelle herausholen. Erst als weitere Polizeibeamte energisch eingriffen, konnte die Ansammlung zerstreut werden.

Im Zeichen der „Antideutschen Woche"

Grazynski hat für Ordnung gesorgt,

sagt er

In Polen findet — angeregt durch die Treviranusrede — eine „Antideutsche Woche" statt, zu der der Schützenverband aufgerufen hat. Mit einem schauerlich-grausigen Plakat wird da gegen die „Preußen" Stimmung gemacht, die angeblich Polen erneut teilen wollen und zur Wehrhaftigkeit aufgerufen, die nationale Volksseele beginnt zu kochen und vergißt so, daß der Feind des polnischen Volkes im eigenen Lande sitzt und sich derzeit müht, dem jungen polnischen Staat durch eine reaktionäre Gewaltpolitik innen- wie außenpolitisch nach Kräften zu schaden. In der Wojewodschaft Schlesien, wo immerhin ein rundes Drittel nach dem letzten Wahlergebnis sich mehr oder minder betont zum deutschen Sprachkreis zählt, hat diese Antideutsche Woche natürlich zu starker Beunruhigung Anlaß gegeben.

Daher haben Vertreter des Deutschen Volksbundes, wie die „Kattowitzer Zeitung" berichtet, am Sonnabend bei dem Wojewoden Grazynski interveniert. Der Wojewode soll geantwortet haben, daß er durch Rundschreiben bereits die nachgeordneten Stellen angewiesen hätte, unbedingt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Im Falle irgendwelcher Unruhen wären insbesondere die Organe der Wojewodschaftspolizei angewiesen, durchzugreifen und für die Erhaltung der Ordnung Sorge zu tragen.

Pranz bei Nimptsch. Auf der Heimkehr von einer Ortsgruppen-Gründungsfeier des Zentralverbandes der Angestellten in Nimptsch verunglückten der Junglehrer Reimelt und der städtische Tiefbautechniker Fischer aus Strehlen mit dem Motorrad. Das Unglück entstand dadurch, daß sich das Vorderrad aus der Gabel löste. Die beiden Fahrer stürzten, wobei Reimelt tödlich und Fischer schwer verletzt wurde.

Züben. Eine Liebestragödie. Der Oberwachtmeister Krause vom Reiterregiment Nr. 7 gab am Sonnabend abend in der Wohnung seiner Braut auf diese Schüsse ab, sodaß sie schwerverletzt zusammenbrach. Sodann richtete er die Waffe gegen sich selbst und brach lebensgefährlich verletzt zusammen. Er verstarb bald darauf im Krankenhaus. Die Motive zu seiner Tat sind noch nicht restlos geklärt.

Glogau. Durch Alkohol sein Leben vernichtet. Eine ungemein harte Strafe verhängte das Erweiterte Schöffengericht gegen den wegen Notzucht angeklagten Obergefreiten Herbert Hentschel von der 8 (M.G.) Kompagnie des 8. (Preuß.) Infanterieregiments in Glogau. H. befand sich im September bei seinem Truppenteil in der Nähe von Grünberg im Manöver. Im angetrunkenen Zustande belästigte er auf dem Nachhausewege in sein Quartier eine alte 65jährige Frau, die gerade frühzeitig in die Pilze gehen wollte, warf sie in einer einsamen Straße zu Boden und verging sich an ihr. Das Gericht versagte, im Gegensatz zu dem Staatsanwalt, dem Angeklagten mildernde Umstände, verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus und sprach ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab, weiterhin erkannte das Gericht auf Entfernung aus dem Heere. Noch im Gerichtssaal mußte H. das Seitengewehr abgeben und wurde sofort in Haft genommen.

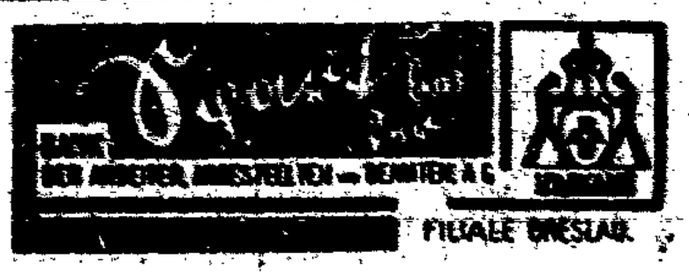
Glogau. Sich selbst die Nase abgeschnitten. In dem Geschäft des Friseurmeisters Karl Hoffmann in der Großen Oderstraße hat sich ein eigenartiger Unglücksfall ereignet. Der Friseurgehilfe Pfitzner wollte sich mit dem Rasiermesser die Augenbrauen verschneiden. Dabei rutschte das scharfe Messer aus, wodurch sich der Friseurgehilfe so in die eigene Nase schnitt, daß die Nasenspitze nur noch wie ein Fleischfetzen an dem übrigen Teil der Nase hing. Im städtischen Krankenhaus mußte sich der Verletzte einer Operation unterziehen, um seine Nasenspitze zu behalten.

Striegau. Zur Ermittelung des Postwagenraubes in dem Zug Merzdorf-Striegau hat die Oberpostdirektion Breslau 500 Mark und 10 Prozent des wiedererlangenden Geldes unter Ausschluß des Rechtsweges als Belohnung für die Ermittelung der Täter ausgesetzt.

Bolkenhain. Zu dem Bericht über den Autounfall des Journalisten Fleischmann wird uns von dem Rechtsbeistand der Hinterbliebenen berichtigend mitgeteilt: 1. Fleischmann saß nicht am Steuer des verunglückten Wagens, vielmehr sein Kraftwagenführer, 2. seine Tochter saß überhaupt nicht in dem Wagen, 3. der Chauffeur hat nur eine leichte Gehirnerschütterung erlitten und ist bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen.

Tarnowitz. Dem Judas seinen Lohn. Der Führer der oberschlesischen „Altsozialisten", Biniszkiewicz, ist von der Sanacja zum Inspektor des Spiritusmonopols in Tarnowitz ernannt worden. Er spielte lange Zeit eine bedeutende Rolle in der SPS. Oberschlesiens war aber nach der Aufstandszeit infolge seiner nationalistischen Einstellung ein Hemmschuh bei sich anbahnenden Verständigung der deutschen und polnischen Sozialisten, bis er dann 1928 abschwenkte und eine eigene Partei im Dienste der Regierungsmehrheit begründete. Nun hat er für seine Dienste den Lohn erhalten. Wir gratulieren!

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht



Aus der Umgebung

Wilhelm versteht sein Geschäft

Irrsinnige Forderungen der „kaiserlichen" Hofkammer an die Gemeinde Rothsürben

In der letzten Gemeindevertreitersitzung in Rothsürben, die leider nur einen einzigen Besucher aus der Einwohnerschaft aufwies, wurde bekanntgegeben, wie sich die „kaiserliche" Hofkammer Seiner Majestät Wilhelms des Davongelaufenen die Auseinandersetzung hinsichtlich der Einverleibung des Gutsbezirks in die Gemeinde Rothsürben neuerdings denkt. Vor allem lehnt sie direkte Verhandlungen mit der Gemeindevertretung ab, weil „gewisse Teile der Bevölkerung die Forderungen der Hofkammer entstellt zur Wahlpropaganda" benutzt hätte. Das bedeutet aber beileibe nicht etwa, daß man seine materiellen Forderungen wegen angeblicher Schädigung des Gutes durch de Aufhebung des Gutsbezirkes etwa reduziert oder fallen gelassen habe. Im Gegenteil, die Hofkammer verlangt jetzt nicht weniger als 200 000 Mark (in Worten Zweihunderttausend Reichsmark) oder zwanzig Jahre Steuerermäßigung um 180 Prozent der Zuschläge.

Die Gemeindevertretung bestätigte einmütig die vom Genossen Galler als Gemeindevorsteher eingenommene ablehnende Stellungnahme; auch der Kreisausschuß hat übrigens diese Forderung abgelehnt. Wahrscheinlich wird Seine Majestät jetzt das Oberverwaltungsgericht oder auch die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen. In den neugebildeten Ausschuß für die Einverleibungsfragen des ehemaligen Gutsbezirks wurden die Genossen Baumgarten und Florenz, sowie die Gutsbesitzer Ender und Schmidt gewählt.

Ein Antrag der Kaufleute bezüglich der Einführung einer Wanderlagersteuer konnte nicht entsprochen werden, da die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür nicht bestehen.

Schönborn. Freitod wegen einer nichtbestandenen Prüfung. Aus Schwermut wegen einer nicht bestandenen Fachprüfung schnitt sich am Sonntag abend der bei der Raiffeisenbank beschäftigte Angestellte Gotthard Hanke die Schlagader der rechten Hand auf. Trotzdem bald Hilfe zur Stelle war, wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

Kamöse. Vom Jäger angeschossen. Auf der Feldarbeit wurde ein hiesiger Zimmermann von einem Breslauer Jäger, der sich auf der Fasanenjagd befand, angeschossen.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

1. Männer-Abteilung. 21. Oktober, nach dem Turnen, Vorstandssitzung bei Spiller. — 24. Oktober: Abteilungsversammlung bei Spiller.

Wassersport

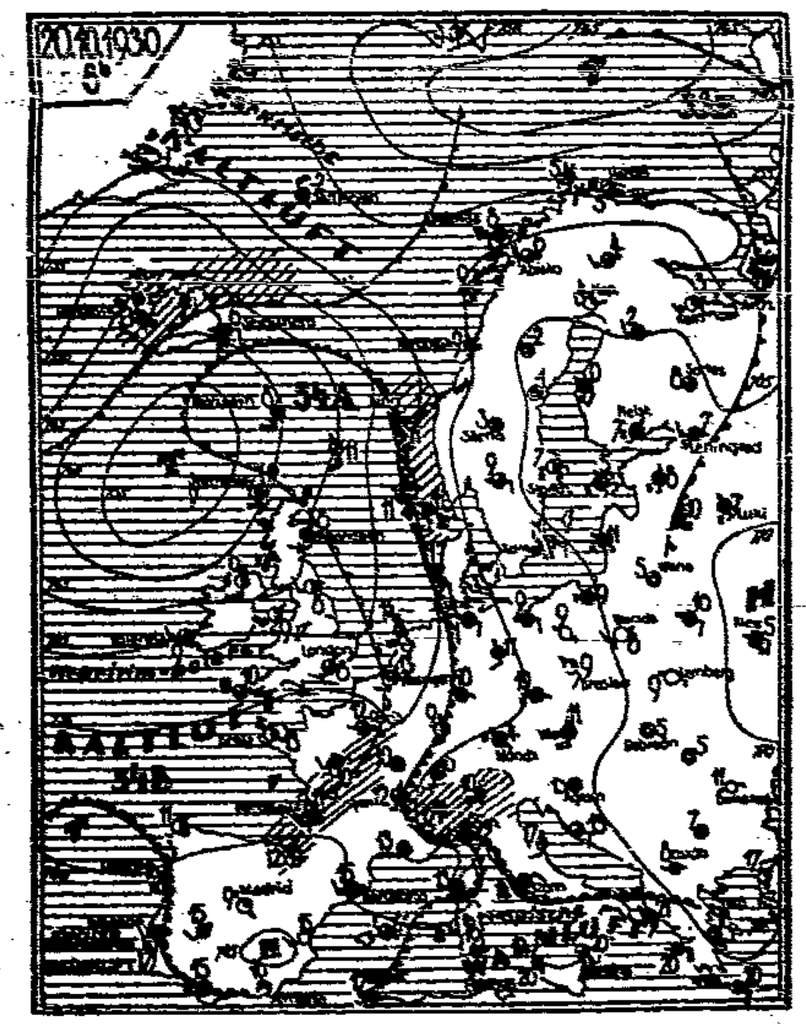
Freie Rudervereinigung — Jugendabteilung. Jugendgenossen, die Sonnabend mit nach Vogul fahren, heut abend in der Halle.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Naturfreunde-Jugend. Mitgliederversammlung in der Benderschule. Mitgliedskarten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Kindergruppe. Wir treffen uns Mittwoch nachmittag um 5 Uhr in der Benderschule. Das Geld für die Kartoffel- und Heringspartie in Peisterwitz ist mitzubringen.

Spielgruppe. Dienstag (heute) Vortrag des Genossen Müller über den Faschismus.



Zeichenerklärung: Windstärke, Windrichtung, Regen, Schnee, Graupel, Hagel, Gewitter, Dunst, Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Zehnerkreis; die Befiederung gibt die Windstärke an. Windstille: ●. Die Zahlen geben die Temperaturen in C°. Beispiele: 5 Bft, wolkenlos, leichter Ost, 3°; 15, bedeckt, Gewitter, mäßiger Südwest, 15°; 8 A, ganz bedeckt, Schnee, starker Nordwest, −4°. Schlußdrehungsgebiet mit anhaltend Niederschlag; Gebiet mit Schauern; Zusammenhängendes Niederschlagsgebiet; Nebelgebiet; Warmfront (Aufgleitfläche); Kaltfront (Einbruchsfläche); Divergenzlinie. Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole aber mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch leere Felder gekennzeichnet. Die Orte mit gleichem auf Meeresniveau reduziertem Luftdruck sind durch Isobaren verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Numerierung der Zyklonen dienen große offene arabische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

Amtlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Noch immer hält in Schlesien die trockene Zöhlage mit unverminderter Stärke an. Die Tagestemperaturen erreichen dabei allgemein 20 Grad. Im Gebirge herrscht lebhafter Windsturm. Langsam versuchen neue vom Atlantik kommende Störungen, in das Zehlenh einzugreifen. Die Zöhlage dürfte daher in den nächsten Tagen eine Unterbrechung erfahren.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei zeitweise aufkriselnden, südlichen Winden zunächst noch trocken, heiter, später Bewölkungszunahme, aber nur vereinzelte Niederschläge, vorläufig noch immer verhältnismäßig mild.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stürmisch, zeitweise kürmisch, auf Südwest drehender Wind, anfangs wolkig, später zunehmend bewölkt, zunächst noch ziemlich mildes Wetter, nur vereinzelt Niederschläge.

Sonnenaufgang 6,37 Uhr. Sonnenuntergang 16,52 Uhr.

Das Kabuki kommt!

Zum Gastspiel von Tokujiro Itsufuis Japanischem Theater im Stadttheater am 25. und 26. Oktober

Das Gastspiel des japanischen Kabuki-Theaters lag in der Luft. Das deutsche Publikum hat kürzlich die ersten japanischen Filme zu sehen bekommen, die einen Begriff von dem alten, noblen, ausdrucksvollen Spielstil des Kabuki vermittelt haben, die vielleicht die Sehnsucht erweckt haben nach einer zehntausend Kilometer entfernten, durch Welten getrennten und doch so blutnahen Schauspielkunst. Bernhard Kellermann, der Intendant Hagemann, die besten unter den deutschen Weltreisenden haben in überschwenglichen Worten vom zauberischen Reiz, von der hohen Kultur des Kabuki geschwärmt; man ahnte, daß da unerhörte Erlebnisse auf einen warteten — aber es ist noch nie eine Truppe japanischer Schauspieler in Deutschland gewesen.

Von den Besuchen der Sada Yakko (1900) und der Hanako (1906) kann man absehen; diese an sich großen Komödiantinnen haben in ihrer Heimat nie als japanische Schauspielerinnen gegolten.

Bei einem Gastspiel der berühmten Truppe des Tokioter Kabuki-Za in Moskau und Leningrad erklärte Frau Kamenewa, die Präsidentin der Vereinigung für internationale kulturelle Beziehungen, eine leitende Persönlichkeit im künstlerischen Leben des neuen Rußlands, wenn das Kabuki einmal in Europa bekannt wird, so wird es ein ebensolcher Weltbegriff werden wie die italienische Renaissance, der französische Impressionismus oder das Zeitalter der Klassiker in Deutschland. — Und das möchte ich beinahe glauben.

Nun ist endlich eine Kabuki-Truppe da; Tokujiro Itsufui leitet sie — nicht allein Schauspieler von Rang, sondern eine künstlerische Persönlichkeit von sicherem Geschmack. Auf der Theater-Ausstellung in London hat die Truppe die höchsten Ehren eingeheimst, sie war die Sensation von Paris, sie hat monatelang die großen Städte Europas elektrisiert.

Tokujiro Itsufui ist auch in Japan, das an Persönlichkeiten der Bühne so reich ist, eine interessante Erscheinung. Was verkörpert mit der jahrhundertealten Tradition des Kabuki, ist er doch andererseits Revolutionär. Seine Dekorationen gehören zu den schönsten und farbenprächtigsten, die man in Japan kennt. Die Mitglieder seiner Truppe müssen, wie das die Bühnentradition verlangt, neben Schauspieler noch Tänzer sein; andererseits hat er mit einer andren ehrwürdigen Einrichtung aufgeräumt — mit der Onnagata, dem männlichen Frauendarsteller. — Seine weiblichen Rollen werden von Schauspielerinnen dargestellt, was für westliche Begriffe natürlicher und angenehmer ist. — Ein Orchester in der Originalbesetzung — Trommler, Lautenschläger, Flötist und Sänger — wird mitgeführt, der ganze umständliche Apparat, der notwendig ist, um das Programm eines japanischen Theaterabends, das lyrische Tanzstücke, Tänze, Dramen und Schwerstücke umfaßt, abzuwickeln.

Deutschland, das seit Jahren um einen neuen Theaterstil ringt, wird nun Gelegenheit haben, eine Schauspielkunst zu sehen, in der alles Stil ist, alles gebändigt ist durch eine seit vielen Jahrhunderten ungebrochene Tradition. Ich behaupte, daß es heute keine Kunst auf Erden gibt, die ebenso von Tradition gesättigt wäre und doch von stärkstem Leben strotzt wie dieses Theater. Für den Japaner ist das Kabuki immer noch größtes Erlebnis und schönstes Vergnügen; so etwa, wie wenn Shakespeares Theater noch spielte und mit seinen vollen Häusern alle Revuetheater in den Schatten stellte.

Das Idealkunstwerk, die reinste Verbindung von Schauspiel, Musik, Dichtung und Malerei, das vor Jahren einmal Reinhardt verschwebte — im Kabuki ist es Wirklichkeit geworden. Das deutsche Publikum wird die Worte der Schauspieler nicht verstehen, aber es wird sich berauschen an dem edlen Pathos, an der hervorragenden Sprechtechnik; kein noch so kleiner Zug des dramatischen Geschehens wird ihm verborgen bleiben, denn der japanische Schauspieler beherrscht wie kein zweiter die Weltsprache der Geste, der tänzerischen Pose.

Japan, ein Volk geborener Tänzer und Schauspieler, entsendet eine erlesene Schar Künstler: Tokujiro Itsufui und seine Truppe.

W. K. Kobero-Tokio.

Kraftwagenfahrten in die schlesischen Gebirge

In der kommenden Woche veranstaltet der Schlesische Verkehrsverband in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Neudamm folgende Autowanderfahrten:

Mittwoch, den 22. Oktober: Kynsburg/Schlesierhöhe. Abfahrt 13½ Uhr Tauentzienplatz (Südwestecke) durch das Zobtengebirge über Schweidnitz nach Kynau, Besichtigung der Kynsburg; Weiterfahrt zur Talsperrenbaude. Rückfahrt 18 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 20 Uhr. Preis 5,50 Mark.

Sonntag, den 26. Oktober: Silberberg, Zimmermannsbaude (Eulengebirge). Abfahrt 7 Uhr durch das Nimptscher Bergland über Frankenstein nach Silberberg. Besichtigung der preußischen Festungswerke (Danjon). Mittagspause. Weiterfahrt 14 Uhr durch das Eulengebirge nach der Zimmermannsbaude. Rückfahrt 17½ Uhr, Ankunft in Breslau gegen 20 Uhr. Preis 7,25 Mark.

Sonntag, den 26. Oktober, eine Fahrt durch die herbstlichen Wälder in das Militsch-Trachenberger Seengebiet. Abfahrt 8 Uhr Tauentzienplatz (Haasegaststätte) durch den Blücherwald zu den Fischseen bei Brustawe und weiter nach Militsch. Unterwegs Ausblick von der Wembowitzer Mühle auf die großen Fischseen. In Militsch Mittagessen, Besichtigung des Schloßparkes und der Stadt. Weiterfahrt 14½ Uhr nach Trachenberg. Besichtigung des Schlosses und Parkes, Kaffeepause. Rückfahrt über Prausnitz—Obernigk. Ankunft in Breslau 19½ Uhr. Preis 6,25 Mark.

Numerierte Fahrkarten sind in der Geschäftsstelle des Schlesischen Verkehrsverbandes, Gartenstr. 96, 1. Stock, werktäglich 8—19 Uhr zu haben.

Volkshochschullehrgänge sozialistischer Dozenten

Unter den neu angekündigten Volkshochschullehrgängen dürften für unsere Leser die folgenden von ganz besonderem Interesse sein: Besprechung wirtschaftlicher Tagesfragen (Hauptschriftleiter Kranold); Das Wirtschaftsleben der Gegenwart (Studienrat Dr. Cohn); Die Verfassungen der europäischen Staaten (Dr. v. Grumbkow); Arbeiterdichtung als Weg zum Erlebnis der sozialen Frage (Dr. v. Grumbkow); Was haben die Psychoanalyse und die Individualpsychologie dem wissenschaftlichen Sozialismus zu bieten (Professor Dr. Marck und Käte Marck); Wer erzieht unsere Kinder? (Toni Simmel); Was ich über Kunst wissen möchte (Kunsthistoriker Stephan); Allgemeine Kunstgeschichte, mit Lichtbildern (Kunsthistoriker Stephan); Museumsführungen (Kunsthistoriker Stephan); Die Kunst der Gegenwart, mit Lichtbildern (Kunsthistoriker Stephan); Das künstlerische Breslau, mit Lichtbildern und Führungen (Kunsthistoriker Stephan); Frauenkunde (Dr. Neufeld); sowie die Lehrgänge in Rechnen und Rechtschreibung, Raumlehre und Körperbildung. Die Anmeldungen zu diesen Lehrgängen haben in den nächsten Tagen zwischen 10—15 oder 17—20 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, zu erfolgen. Die Gebühren sind gering und können Unbemittelten teilweise oder ganz erlassen werden.

---

* **Silberhochzeit** feiert heute Genosse Franz Stirn, Neudorfstraße 74 wohnhaft. Genosse Stirn kann auf eine 25jährige Mitgliedschaft in der Partei zurückblicken. Wir gratulieren!

* **Selbstmord.** In seinem Büro in der Siebenhufener Straße wurde am Montag früh der Kaufmann Wilhelm N. leblos aufgefunden. Er hatte sich mit Gas vergiftet. Der Lebensmüde wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Geschäftssorgen sollen ihn zum Freitod veranlaßt haben.

* **Zwei Zentner Leder gestohlen.** In der Nacht zum Sonntag drangen unbemerkte Täter in den Lagerkeller eines Lederkaufmanns am Neumarkt und stahlen 100 Kilogramm Brand- und Kernledersohlen im Werte von 540 Mark.

* **„Fette" Beute** konnten Einbrecher unbemerkt in Sicherheit bringen, die in der Nacht zu Montag in eine Fleischerei in der Neudorfstraße eindrangen. Sie nahmen Wurstwaren im Werte von 300 Mark mit.

* **Motorradfahrer gestürzt.** Sonntag abend, als der Motorradfahrer Barthel vom Burgfeld mit seinem Rade die Schweidnitzer Straße entlang fuhr, lief ihm ein Fußgänger direkt in das Fahrzeug, so daß der Motorradfahrer stürzte und so unglücklich auf das Straßenpflaster aufprallte, daß er bewußtlos liegen blieb. Auch das auf dem Soziussitz mitfahrende Fräulein Gläser erlitt erhebliche Verletzungen. Beide mußten von einem Streifenwagen der Schutzpolizei in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

* **Neue Straße.** Die im Bebauungsplan der Südvorstadt vorgesehene Straße 153, die östlich der Gabitzstraße zwischen Stein- und Helmuthstraße verläuft, hat vom Polizeipräsidenten den Namen Helmholtzstraße erhalten. Helmholtz, ein Physiker und Mathematiker, hat bekanntlich den Augenspiegel erfunden.

* **Schuttabladeplatz.** Ein unmittelbar hinter der Lohebrücke westlich der Straße nach Klettendorf gelegenes Grundstück ist vom Eigentümer zum Abladen von Schutt zur Verfügung gestellt worden. Tafeln mit entsprechendem Hinweis werden noch aufgestellt.

Theater und Musik

Stadttheater: Erstaufführung „Neues vom Tage"[1])

Hindemith ist ein musikalischer Temperamentsbolze. Wo gilt es für sein aus musikalischem Drängen heraus entwickeltes Schaffen, ein Heft! Wenn ist es möglich, die Richtung anzugeben, die er geht. Er weiß es wahrscheinlich selbst nicht. Sein Arbeitsgebiet wird zum Gesamtplatzum aller musikalischen Zeiterscheinungen. Kammermusikwerke, Schulstücke, Gebrauchsmusik, Militär- und Filmmusik, Lieder für Liebhaber, Tanzlieder, Reigenspielen und Balladen und Platten, Jazz-Singer-Tanzmusik für Kinder, Jugend, Hindemith komponiert alles, was die Konjunktur erfordert. Natürlich fühlte er sich auch verpflichtet, an der Lösung der Operfrage etwas mitzuarbeiten, und schrieb für die Berliner Festspiele im Vorjahre die lustige Oper „Neues vom Tage". Hindemiths Neigung zur Persiflage, zur Parodie, macht die starke Seite seines genialen Talentes überhaupt, bei ihr feiert sein Spiel. Wir sehen und hören eine Parodie auf die Oper, auf das Gesetz, auf die Bühnenpraktiken unserer Zeit, auf die Moral und auf die öffentliche Meinung. Hindemith und sein Textverfasser Marcellus Schiffer belauern unsere Gegenwart. Das Recht hierzu bestreitet ihnen niemand ab. Nur ist der gewählte Rahmen für solche Späße nicht die Oper, sondern die Revue. Betrachten wir aber das Werk unter diesem Gesichtspunkt, kann ich die Musik Hindemiths gut anerkennen. Sie gehört zum überzeugenden Teil in den Komödienstil und erinnert in der Oper nur die Zuschauer. Der Komponist will seine Begleitungen zur wirklichen, ernsten Musik nicht aufgeben und muß sich in dem Bereich, das Schiffer vorsieht, und das wegen seiner Banalität in den Tingeltangel gehört, in Zwischenspielen gemalen. Diese Diskrepanz zwischen Wort und Musik entscheidet die Mischung des Werkes, mögen wir es „lustige Oper" oder „Revue" nennen.

Hier der bunte Inhalt:

Ein prüfungsbedürftiges Ehepaar liegt im Streit und will sich, weil das heute so à la mode, scheiden lassen; da das Gerichtsamt verzögert, jagt der Mann in die Zeitung über das „Büro für Familienangelegenheiten G. m. b. H.", das einem bekannten Ehepaar in der gleichen Situation gute Dienste geleistet hat. Doch unseren Leuten Bunn und Gharib ist das diesmal nicht so recht". Der „Leiter Herr Hermann, Doktor der gesamten Weisheit, der sich als Scheidungsgrund zur Verfügung stellt, verlangt sie lieber so wie so zusammen. Das geht dem Ehemann nicht. Er sind das erste im Museum vorhandene Nashornpaar, gewissermaßen hier in einem Glasgehäuse die lebendige Vorzeit und muß für Moses Interesse des Gelingens sorgen. Inzwischen hat Herr Hermann, dem Bunn und Gharib so hilfsbereit in der Kalamität in der Vorkammer des Gerichtsamts, das jetzt zu einem Stadtcafé, der dem Ehepaar beistand macht, für sich als Attraktion an ein Varieté engagiert und jetzt gar alkoholisch seine Kundschaft, die Gattin von Nashornpaar kommt, Bunn und Gharib, die Gatten, Nashornpaar, Publikum, überbietende Honorare, mit denen die Schulden abgezahlt werden können. Bunn und Gharib bleiben beisammen, sie sind das „Neueste vom Tage". Am meisten Gefallen finden wir an ersten Akt, der durch Hindemith mit vollendeter Meisterschaft ausgeformt wurde. Das Quartett der Scheidenden, der Chor der Tippfräuleins mit dem tadellosen Fugenthema, das im Wagnerpathos geschriebene Liebesduett zwischen Herrmann und Bunn sind musikalisch wichtige Einfälle. Hier jagt sich Takt auf Takt, indessen von den anderen beiden Akten nur das „Sieben-Männer-" und das „Schlußfinale" wanderswert erscheinen. Hindemiths Musik zündet durch ihre unerhörte Vitalität, ihre jubelnde, figurierte Bewegung und ihre elektrisierenden Rhythmen. Diese Musik ist, wie eingangs schon erwähnt, um ihrer selbst willen zu bejahen. Unsere Aufführung war ausgezeichnet. Es wäre auch sehr schlimm gewesen, wenn das Werk, das seine Aufgabe hell, nach schlecht aufgeführt worden wäre. Die Kitzinger Inszenierung, wir sehen in ihr nicht die ideale szenische Lösung, besitzt den zweckmäßigen Charakter und war im wesentlichen geschmackvoll. Der die Handlung ergänzende naturalistische Film ist wundervoll Zeitmerk und Spiegelung für das Publikum, noch mehr die Bühnenbilder (Hanns Kuhnert) überhaupt, denn wenn sie nur Sätze mitteilen, die ohnehin durch ihre humorvolle Wiederholung von allen Besuchern verstanden werden. Auch den ersten Akt konnte man schon nach Hause gehen. Das Interessante begann im zweiten Akt zu erlahmen und hielt im letzten anhaltende Stille. Unter den Gesangen waren musikalisch und darstellerisch gleich starke Temperamente Frl. Gulcalewicz und Herr Weith, denen das gute Gelingen zu danken ist. Gerda G. Jung mißfielen ihre schmierige Partie und sah dadurch sehr häßlich aus. Herr Heyer sang sich wegen Indisposition entschuldigen, seine Partnerin Frau Erna Seiler-Kühl schlug sich auch ohne ihn wieder durch. Weniger glücklich in Stimme und Haltung Germinus Desregaard als der „Leitende Herr Hermann". Sein hohes Singen klirrt und fällt auf die Nerven. Gastdarsteller wurden durch Frl. Glatz und die Herren Julius Wilhelmi, Heinrich Pflanzl, Jos Schrager, Erich Henkeleit, Ernst Zrim, Richard Kreutziger und Leo Klefe gut beschäftigt. Immer aufgegangen waren die Vorbereitungen für die Frl. Kretzina reizvollerweise gefärbte. Alles Chorliche klang gerundet, nur bemerkenswert in der Mischung der Intonation und Tonfülle. Herr Pebsilat war der energiegeladene Gastdirigent. Eine sehr gelungene Aufgabe hat der musikalische Leiter Herr Oppenheim. Mit gewaltiger Spannkraft im Ganzen und einer nicht immer schwierigen Partitur im Einzelnen bewältigte er die anspruchsvolle Partitur. Er wurde sich bei der abwechselnd prickelnd und stumm und überlegenden Wiedergabe der Musik als kommender Kapellmeister Gleichmäßigkeit Stile und schwierige mit Leichtigkeit Stellung von reinlichen Meisterhand. Das Orchester hatte einen Glanztag. Von Gattig gab es einige Gemälde, die sich bei Stimmen und Gestalten nicht erfüllen konnten. Mit Meyer Jung hat er die Stimme einen Helfer und auch bei Gesamtheit jetzt in Höhe nicht ganz jedenfalls Repertoire nehmen können. p—k.

[1]) Wiederholung wird folgen: 2. Gastspiel Gitzer, Montag.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 162—170
Telefon Nummern 50060—50062
Geöffnet außer Sonnabend von 8—4 und 6—7 Uhr.

Abteilung Süd-West (Distrikte 1, 3, 4, 5 und 38). Nur die Genossen, die für den SKB. sich interessieren, erscheinen Mittwoch, den 22. Oktober, 8 Uhr, bei den Astoriasälen, Sonnenstraße.

Abteilung Nikolaitor. Sämtliche Parteigenossen und Genossinnen von 30 Jahren werden gebeten, am Mittwoch, dem 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45 zum Vortrag von Genossen Seifert über „Die politischen Aufgaben der Jugend" zu kommen.

Abteilung Ohlauer Tor, SD. Dienstag, den 21. Oktober, 20 Uhr, in der Aula Margaretenschule, Tauentzienstraße.

Abteilung Nikolaitor. Distriktsführer, Frauenleiterinnen und alle Wohlfahrtspflege tätigen Genossen erscheinen Dienstag, den 21. Oktober, abends 20 Uhr, zu einer sehr wichtigen Sitzung bei Maiß, Westendstraße 37.

Distrikt 17. Mittwoch, den 22. Oktober, 20 Uhr, bei Priegnet, Bergstraße 12. Frauenabend. Redner: Genosse W. Ziegler.

Distrikt 37. Mittwoch, den 22. Oktober, 20 Uhr, im Genossenschaftshaus, Kamenzer Straße: Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Schwartz.

Distrikt 53. Mittwoch, den 22. Oktober, bei Knobloch in Oswitz: Frauenversammlung. Redner: Genosse Schramm. Funktionäre erscheinen um 19 Uhr.

Distriktsschriftführer! Wo bleiben die Berichte von den Distriktsversammlungen?

Sozialistische Arbeiterjugend

Rote Blusen. Heute, 20 Uhr: Probe im Heiligen-Geist-Gymnasium.

Rote Falken. Funktionäre und Vertrauensleute! Heute, 20 Uhr, Besprechung für unsere Werbewoche. (Büro.)

Kassierer. Mittwoch letzter Abrechnungstermin.

Heim 7. Die Knüppelmusik heute 20 Uhr in der Baracke.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt

Wichtige Versammlung aller in der Wohlfahrts- und Waisenpflege tätigen Parteigenossen, der Distriktsführer und Frauenleiterinnen der Distrikte 8, 10, 11, 12, 13, 14 und 15 sowie der an der Wohlfahrtspflege interessierten Genossen der Abteilung Nikolaitor am Dienstag, dem 21. Oktober, abends 8 Uhr, bei Genossen Maiß, Westendstraße („Zur Glocke"). 1. Vortrag des Genossen Beier über „Die Auswirkung der Notverordnung". 2. Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Sammler und Sammlerinnen. Die Abrechnung der Listen und Marken erfolgt heute, Dienstag, von 3 bis 5 Uhr, im Zimmer 17 I, Gewerkschaftshaus, bei Genossin Bittner.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ. Achtung, Abendschule! Wir belegen in diesem Halbjahr wieder einen Kursus an der Volkshochschule. Jede Jugendgruppe berechtigt, einige Kollegen zu benennen. Mindestalter ist 18 Jahre. Die Teilnehmer treffen sich Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer des Gewerkschaftshauses. — Alle Teilnehmer der jüngeren Schulklassen Donnerstag, den 23. Oktober, im Galeriezimmer. Wir beginnen diese Stunde mit dem Thema: „Einführung in die Volkswirtschaft".

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute finden die Veranstaltungen um 20 Uhr statt: Heim 1, Taschenstraße 29/31: Vortrag „Erkenne dich selbst". Referent: Kollege Rademacher. — Heim 2, Wilhelm-Straße 45: Vortrag über: „Moderner Strafvollzug". Referent: Kühn. — Heim 3, Sedowastraße 71: Vortrag über: „Hallo 01, hier Kommando". Referent: Polizeiobermeister Menissen. — Heim 4, Kaiserstraße 78/80: Liederabend. Zentraler Funktionär-Schulungsabend am Donnerstag, dem 23. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: „Tarifvertrag und Werksgemeinschaft". Referent: Kollege Böet.

Bund der Freidenkerjugend

Heute, 19,30 Uhr: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Liebe Eltern! Zur Revolutionsfeier am Mittwoch, dem 5. Nov., 20 Uhr, halten sich alle Eltern den Tag frei. Werbt für zahlreiche Besuch. Eintrittskarten (Kinder 15 Pf., Erwachsene 30 Pf.) sind bei allen Mitgliedern, „Volkswacht"-Buchhandlungen und im Parteibüro zu haben.

Abteilung 3 (Oderlor-Sandiar). Dienstag: Jung- und Rotefalken vor dem Hallenbad. (20 Pf.) Kapelle 17 Uhr Waterloosschule. — Mittwoch, 17 Uhr, die ganze Abteilung Kletschkauschule (Sportlag). — Donnerstag, 17 Uhr: Jungfalken 1 und 2 Waterloosschule; Nestfalken 4; 17 Uhr Kletschkauschule. Freitag, 17 Uhr: Nestfalken 2 Waterloosschule; 17,30 Uhr: Jungfalken 3 Kletschkauschule.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Stadt-Theater. Am Dienstag, 19 Uhr, im Abonnement Serie F Wagners „Lohengrin". Am Mittwoch, 20,15 Uhr, als vierte Abonnementvorstellung der Serie F von Paul Hindemith: „Neues vom Tage". Am Donnerstag, 19,30 Uhr, Johann Strauß „Die Fledermaus". Der Vorverkauf zu diesen Vorstellungen sowie des Gastspielen des Japanischen Kabuki täglich zu den üblichen Kassenstunden. — Das Gastspiel des Japanischen Kabuki im Stadt-Theater begegnet, wie aus der regen Kartennachfrage ersichtlich, lebhaftestem Interesse. Es wird heute (Mon. Sonntag) bekanntgegeben, daß es längerung des Gastspiels infolge Auslandsverpflichtungen des Ensembles unmöglich ist.

Lobe-Theater. Dienstag, 15,30 Uhr: „Kaufmann von Venedig" von Shakespeare, in der Bühnenbearbeitung von Paul Barnay zu ermäßigten Preisen. Täglich 20,15 Uhr bis einschließlich Freitag: „Katharina" von Karl Zuckmayer. Sonnabend, 20,15 Uhr: Erstaufführung von „Chekeys Ende" von Frederick Lonsdale, in der Inszenierung von Paul Barnay.

Thalia-Theater. „Potasch und Perlmutter" von Glick und Klebanoff täglich 20,15 Uhr.

Schauspielhaus. „Drei Musketiere" täglich 20 Uhr in der Fortbesetzung bis 31. d. Mts.

Lieblich-Theater. Bobbie Hinds Jazz-Revue wird allabendlich bejubelt und vom Publikum zu immer neuen Zugaben gezwungen. Das übrige Programm bildet nach dem Urteil der gesamten Breslauer Presse Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Wappenhof. In dem beliebten Familien-Varieté werden im Oktober-Programm wieder zehn Varieté-Neuheiten um die Gunst der Wappenhof-Gemeinde.

Breslauer Produktenbörse vom 20. Oktober

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 20. Oktober. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen, Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Ergänzungsschein.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . . für 1000 kg = 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl . 100 kg
Sämereien . . . . . 50 kg
Kartoffeln, Rauhfutter . . . . . 50 kg ab Erzeugerstation

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide:	20.	18.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74,0 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	232.00	232.00
Hektolitergewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	234.00	234.00
Hektolitergewicht von 72,0 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	227.00	227.00
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 70,5 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	155.00	156.00
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—.—	—.—
Hektolitergewicht von 68,5 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar	150.00	150.00
Hafer, mittlere Art und Güte (alter Ernte)	—.—	—.—
" " " " (neuer "	150.00	150.00
Braugerste, feinste	235.00	235.00
" gute	200.00	210.00
Futtergerste, mittlere Art und Güte . .	175.00	175.00
Winterraps	— — — —	165.00	168.00
Sommerraps	— — — —	—.—	—.—

Tendenz: Ruhig.

Bei Weizen Preisermäßigung ermäßigt Preis um Pfennige Preis

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	20	18		20
Weizenmehl (70%)	34.75	34.75	Roggenmehl	40.75
Roggenmehl (60%)	24.75	24.75		

Tendenz: Ruhig

Oelsaaten:	20.	16.		20.
Mohn, dicht und blau kg. Preis			Senfsaaten . .	30.00
Rapssaaten . .	—	20.00	Hanfsaaten . .	—
Leinsaaten . .	32.00	32.00	Sonnenblumen . .	34.00

Tendenz: Ruhig.

Kartoffeln (Erzeugerpreise)

Speisekartoffeln (die mit Erzeugerkarten) gelbe 1,20, weiße 1,10. Preis Kartoffelflocken ab Verladestation für den Zentner Gebiete 0,[illegible]

Tendenz: Ruhig.

Börsenbericht

	20.10.	21.		20.10.	21.
Kaffee	1.46	1.41	Kupfer (Kupferpreis)	[illegible]	[illegible]
Zucker (Kandis)	0.50	0.52	Zinkblech	[illegible]	[illegible]
Schmalz (Mark-Pfund)	1.40	1.40	Blei (Hüttenblei)	[illegible]	[illegible]
Speck (Hamburger)	1.20	1.20	Zinn	[illegible]	[illegible]
Talg	1.10	1.10	Reinnickel	+ 11.[illegible]	

Rund um den Laisebach

Der Kanalisationsverband für den Laisebach, ein Ge-
er, das sich durch die Waldenburger Lande zieht, hat schon mehr-
s lebhafte Auseinandersetzungen hervorgerufen. Besagter Ver-
d wird nämlich von einem Direktor geleitet, dessen technische
allgemeine Befähigung nicht den Anforderungen seines Amtes
s öffentlichen Zweckverbandes zu entsprechen scheint. Der von
Verband zu bauende Kanal hat bloß 800 000 Mark mehr ge-
t, wie veranschlagt worden war, was dazu führte, daß der
al Waldenburg—Freiburg nicht in Betrieb genommen
den kann, weil die hierzu nötige Kläranlage angesichts
Ueberschreitung nicht mehr gebaut werden kann bzw. für den
erigen Betrieb der älteren Anlage eine vorhandene und mit
00 Mark Aufwand wieder in Stand gesetzte Kläranlage aus-
ht.

Um nun die Kosten des also genial von Direktor Blech durch-
rten Baus, die nicht weniger wie 2½ Millionen betragen
en, nicht brach liegen zu lassen, wünscht die Bezirksregierung,
die neue Kläranlage doch noch gebaut werde. In einer sehr
egten Sitzung des Verbandsausschusses in der vorigen Woche
ärten die sozialdemokratischen Vertreter, daß ein solcher Neu-
nur in Frage käme, wenn die Regierung, bzw. der Preußische
at die Mittel zur Verfügung stelle, denn die zum Bau not-
dige Aufnahme von Kapitalien würde zu einer unerträglichen
higung der Kanalgebühren führen.

Das ist die eine Frage, die andere aber ist wesentlich be-
ungsvoller, denn sie betrifft die Grundsätze, nach denen die
walter öffentlicher Zweckverbände zu arbeiten haben. Die Re-
ung verlangte in der gleichen Sitzung die Wiedereinstellung
Herrn Blech, obwohl gegen diesen beim Oberverwaltungsgericht
ein Disziplinarverfahren schwebt, das sicherlich abgewartet
den konnte, abgewartet werden muß. In diesem Disziplinar-
ahren, das bekanntlich zur seinerzeitigen Suspendierung des
ch geführt hat, handelt es sich um nicht weniger, wie
die Annahme von 22 500 Mark Provisionen und den Verdacht
r bewußt verschleierten Bilanzführung. Es ist schwer zu be-
ten, wieso die Regierung, deren Chef ja selbst als Verwalter
s öffentlichen Zweckverbandes gewirkt hat, das Verlangen
en kann, bei einer so ungeklärten, aber sehr klärungsbedürftigen
e der Dinge die Wiedereinstellung des Herrn Blech zu fordern.
der ersten Instanz, d. h. vor dem Bezirksausschuß ist es schon
einer Verurteilung des B. zu hundert Mark Geldstrafe
mmen. Die Regierung meint nun, auch das Oberverwaltungs-
icht könne auch zu keinem anderen Spruch kommen mag
. Aber abgewartet müßte das doch wohl werden, ganz ab-
hen von der nicht sehr klaren Frage, weswegen denn eigentlich
Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe erfolgte. Die vierzehn
ialdemokratischen Vertreter im Verbandsausschuß, denen achtzehn
gerliche Herren gegenüberstehen, haben in unzweideutigster
m zum Ausdruck gebracht, daß eine Rückkehr B.'s für sie nicht
eptabel ist und würde sie von Aufsichtswegen verfügt, dem
ektor Blech nicht das für sein Amt notwendige Vertrauen
gegenbringen könnten.

Die Hausdorfer Spenden

werden ordnungsgemäß verwandt

Die Verteilung der aus vielerlei Quellen fließenden Spenden
glich des Hausdorfer Grubenunglücks hat seinerzeit, man
and sich ja gerade vor den Neuwahlen, viel Staub aufgewirbelt.
t mehr Eifer wie Ueberzeugungskraft hatte sich insbesondere
Zentrumspresse in und außerhalb Schlesiens bemüht, nachzu-
isen, daß der sozialdemokratische kommissarische Landrat
iddelhaufe, statt Hilfsmaßnahmen für die Angehörigen
Verunglückten einzuleiten, „sozialistische Jugendheime" baue.
— bürgerliche — preußische Handelsminister hat nun auf eine
sprechende Kleine Anfrage der Zentrumsfraktion des
adtages diesbezüglich folgende Antwort erteilt:

„Die Spenden, die aus Anlaß des Grubenunglücks auf dem
rtschacht bei Hausdorf dem Kreis Neurode zugeflossen sind,
den lediglich für die Unterstützung der von dem Unglück be-
ffenen Familien verwendet. Dagegen ist ein Teil der Spenden,
aus dem gleichen Anlaß dem „Bergmannsfonds für den
derschlesischen Steinkohlenbezirk" zugegangen sind, außerdem
Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses
irks bestimmt. So dienen die von Reich und Preußen ge-
enen Mittel u. a. der Fürsorge für Bergarbeiterkinder und der
standsetzung ungesunder Bergarbeiter-Altwohnungen. Die
den Fonds werden durch Ausschüsse verwaltet, die sich aus den
eiligten Behörden und Organisationen zusammensetzen. Hier-
ch ist gewährleistet, daß die Mittel gemäß ihrer Zweck-
immung verwendet werden. Die in der Kleinen Anfrage er-
hnte Anregung ist, wie auch andere Anregungen ähnlicher Art,
ht weiter verfolgt worden."

Der Mord in Tschöplowitz

Wer hat den Mann mit der zerrissenen Hose gesehen?

In Ohlau ist in der Grottkauer Straße in den Abend-
den ein Mann beobachtet worden, dessen linke Gesichtshälfte
ig zerkratzt war und der um die linke Hand ein Taschentuch
ickelt hatte. Als der Mann sich beobachtet glaubte, entfernte
sich. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 35 bis
Jahre, große schlanke Figur, aufrechter Gang, alter Filzhut,
ter oder braun karierter Anzug. Rock oder Hose in der
ten Gesäßhälfte zerrissen. In welcher Richtung sich der Ver-
tigte entfernt hat, war nicht festzustellen. Sollte dieser Mann
achtet werden, wird gebeten, sofort die erste Polizei- oder
dgendarmeriedienststelle zu benachrichtigen.

Wassereinbruch im Tonschacht

Knapp dem Tode entgangen

Völlig überraschend erfolgte auf einem Tonschacht im
ende von Herzogswalden, Kreis Bunzlau, ein Wasser-
ruch. Die in dem Schacht Arbeitenden konnten sich nur durch
e Flucht retten. Der Arbeiter Günther wurde jedoch von der
t überrascht und mußte von seinen Arbeitskollegen, die zur
leistung bis zur Brust im Schlamme wateten, mit vieler
he gerettet werden.

Auf der Straße erstochen

Empörte Menge versucht Lynchjustiz

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich in Rosenberg O.-S. eine schwere Bluttat. Der Schlossermeister Karl Kunke wurde von dem Maschinenarbeiter Schittko aus Rosenberg nach kurzem Wortwechsel erstochen.

Schittko, der als Raufbold bekannt ist, hatte den Abend
rch mit Bekannten in einem Gasthause gezecht und war
bereits wegen Belästigung anderer Gäste mehrfach auf-
gefallen. Als er kurz nach 23 Uhr das Lokal verließ, geriet er auf der Straße mit einer Gruppe junger Leute zusammen, die ebenfalls aus dem Lokal gekommen, aber völlig nüchtern waren. Es entwickelte sich ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Taube von Schittko bedroht wurde. Die jungen Leute gingen aber weiter; Schittko ging ihnen nach, stürzte sich plötzlich in sinnloser Wut auf den jungen Mann und versetzte ihm einen Messerstich in die Brust unterhalb des Schlüsselbeins. Der Verletzte konnte sich noch etwa 12 Meter weiter schleppen, brach aber dann infolge des starken Blutverlustes zusammen. Seine Freunde holten sofort einen Arzt herbei; Taube war jedoch infolge innerer Verblutung bereits verstorben.

Als Schittko sah, was er angerichtet hatte, ergriff er die Flucht. Er wurde von den jungen Leuten verfolgt und einem Polizeibeamten übergeben, der ihn zur Wache transportieren wollte. Durch das energische Sträuben Schittkos gegen seine Festnahme und den damit verbundenen Lärm erwachten die Bewohner der anliegenden Häuser und auf der Straße sammelte sich eine große Menschenmenge an, aus der heraus sich einige Personen auf den Messerhelden stürzten und ihn zu lynchen versuchten. Trotz den Abwehrmaßnahmen des Polizeibeamten, der gegen die Ueberzahl machtlos blieb, wurde Schittko übel zugerichtet und erlitt einige schwere Kopfverletzungen. Als der Polizeibeamte den Häftling glücklich ins Rathaus gebracht hatte, drang die empörte Menge in das Amtsgebäude ein und wollte ihn aus der Haftzelle herausholen. Erst als weitere Polizeibeamte energisch eingriffen, konnte die Ansammlung zerstreut werden.

Im Zeichen der „Antideutschen Woche"

Grazynski hat für Ordnung gesorgt,

sagt er

In Polen findet — angeregt durch die Trevirarede — eine „Antideutsche Woche" statt, zu der der Schützenverband aufgerufen hat. Mit einem schauerlich-grauslichen Plakat wird da gegen die „Preußen" Stimmung gemacht, die angeblich Polen arnent teilen wollen und zur Wehrhaftigkeit aufgerufen, die nationale Volksseele beginnt zu kochen und vergißt so, daß der Feind des polnischen Volkes im eigenen Lande sitzt und sich derzeit müht, dem jungen polnischen Staat durch eine reaktionäre Gewaltpolitik innen- wie außenpolitisch nach Kräften zu schaden. In der Wojewodschaft Schlesien, wo immerhin ein rundes Drittel nach dem letzten Wahlergebnis sich mehr oder minder betont zum deutschen Sprachkreis zählt, hat diese Antideutsche Woche natürlich zu starker Beunruhigung Anlaß gegeben.

Daher haben Vertreter des Deutschen Volksbundes, wie die „Kattowitzer Zeitung" berichtet, am Sonnabend bei dem Wojewoden Grazynski interveniert. Der Wojewode soll geantwortet haben, daß er durch Rundschreiben bereits die nachgeordneten Stellen angewiesen hätte, unbedingt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Im Falle irgendwelcher Unruhen wären insbesondere die Organe der Wojewodschaftspolizei angewiesen, durchzugreifen und für die Erhaltung der Ordnung Sorge zu tragen.

Praus bei Nimptsch. Auf der Heimkehr von einer Ortsgruppen-Gründungsfeier des Zentralverbandes der Angestellten in Nimptsch verunglückten der Junglehrer Reimelt und der städtische Tiefbautechniker Fischer aus Strehlen mit dem Motorrad. Das Unglück entstand dadurch, daß sich das Vorderrad aus der Gabel löste. Die beiden Fahrer stürzten, wobei Reimelt tödlich und Fischer schwer verletzt wurde.

Lüben. Eine Liebestragödie. Der Oberwachtmeister Krause vom Reiterregiment Nr. 7 gab am Sonnabend abend in der Wohnung seiner Braut auf diese Schüsse ab, sodaß sie schwerverletzt zusammenbrach. Sodann richtete er die Waffe gegen sich selbst und brach lebensgefährlich verletzt zusammen. Er verstarb bald darauf im Krankenhaus. Die Motive zu seiner Tat sind noch nicht restlos geklärt.

Glogau. Durch Alkohol sein Leben vernichtet. Eine ungemein harte Strafe verhängte das Erweiterte Schöffengericht gegen den wegen Notzucht angeklagten Obergefreiten Herbert Hentschel von der 8 (M.G.) Kompagnie des 8. (Preuß.) Infanterieregiments in Glogau. H. befand sich im September bei seinem Truppenteil in der Nähe von Grünberg im Manöver. Im angetrunkenen Zustande belästigte er auf dem Nachhausewege in sein Quartier eine alte 65jährige Frau, die gerade frühzeitig in die Pilze gehen wollte, warf sie in einer einsamen Straße zu Boden und verging sich an ihr. Das Gericht versagte, im Gegensatz zu dem Staatsanwalt, dem Angeklagten mildernde Umstände, verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus und sprach ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab, weiterhin erkannte das Gericht auf Entfernung aus dem Heere. Noch im Gerichtssaal mußte H. das Seitengewehr abgeben und wurde sofort in Haft genommen.

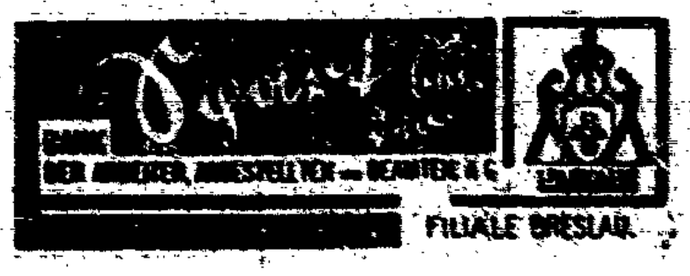
Glogau. Sich selbst die Nase abgeschnitten. In dem Geschäft des Friseurmeisters Karl Hoffmann in der Großen Oderstraße hat sich ein eigenartiger Unglücksfall ereignet. Der Friseurgehilfe Pfitzner wollte sich mit dem Rasiermesser die Augenbrauen verschneiden. Dabei rutschte das scharfe Messer aus, wodurch sich der Friseurgehilfe so in die eigene Nase schnitt, daß die Nasenspitze nur noch wie ein Fleischfetzen an dem übrigen Teil der Nase hing. Im städtischen Krankenhaus mußte sich der Verletzte einer Operation unterziehen, um seine Nasenspitze zu behalten.

Striegau. Zur Ermittelung des Postwagenraubes in dem Zug Merzdorf-Striegau hat die Oberpostdirektion Breslau 500 Mark und 10 Prozent des wiederzuerlangenden Geldes unter Ausschluß des Rechtsweges als Belohnung für die Ermittelung der Täter ausgesetzt.

Bolkenhain. Zu dem Bericht über den Autounfall des Journalisten Fleischmann wird uns von dem Rechtsbeistand der Hinterbliebenen berichtigend mitgeteilt: 1. Fleischmann saß nicht am Steuer des verunglückten Wagens, vielmehr sein Kraftwagenführer, 2. seine Tochter saß überhaupt nicht in dem Wagen, 3. der Chauffeur hat nur eine leichte Gehirnerschütterung erlitten und ist bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen.

Tarnowitz. Dem Judas seinen Lohn. Der Führer der oberschlesischen „Altsozialisten", Biniszkiewicz, ist von der Sanacja zum Inspektor des Spiritusmonopols in Tarnowitz ernannt worden. Er spielte lange Zeit eine bedeutende Rolle in der SPS. Oberschlesiens war aber nach der Aufstandszeit infolge seiner nationalistischen Einstellung ein Hemmschuh der sich anbahnenden Verständigung der deutschen und polnischen Sozialisten, bis er dann 1928 abschwenkte und eine eigene Partei im Dienste der Regierungsmehrheit begründete. Nun hat er für seine Dienste den Lohn erhalten. Wir gratulieren!

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht



Aus der Umgebung

Wilhelm versteht sein Geschäft

Irrsinnige Forderungen der „kaiserlichen" Hofkammer an die Gemeinde Rothsürben

In der letzten Gemeindevertretersitzung in Rothsürben, die leider nur einen einzigen Besucher aus der Einwohnerschaft aufwies, wurde bekanntgegeben, wie sich die „kaiserliche" Hofkammer Seiner Majestät Wilhelms des Davongelaufenen die Auseinandersetzung hinsichtlich der Einverleibung des Gutsbezirks in die Gemeinde Rothsürben neuerdings denkt. Vor allem lehnt sie direkte Verhandlungen mit der Gemeindevertretung ab, weil „gewisse Teile der Bevölkerung die Forderungen der Hofkammer entstellt zur Wahlpropaganda" benutzt hätte. Das bedeutet aber beileibe nicht etwa, daß man seine materiellen Forderungen wegen angeblicher Schädigung des Gutes durch de Aufhebung des Gutsbezirkes etwa reduziert oder fallen gelassen habe. Im Gegenteil, die Hofkammer verlangt jetzt nicht weniger als 200 000 Mark (in Worten Zweihunderttausend Reichsmark) oder zwanzig Jahre Steuerermäßigung um 180 Prozent der Zuschläge.

Die Gemeindevertretung bestätigte einmütig die vom Genossen Galler als Gemeindevorsteher eingenommene ablehnende Stellungnahme; auch der Kreisausschuß hat übrigens diese Forderung abgelehnt. Wahrscheinlich wird Seine Majestät jetzt das Oberverwaltungsgericht oder auch die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen. In den neugebildeten Ausschuß für die Einverleibungsfragen des ehemaligen Gutsbezirks wurden die Genossen Baumgarten und Florenz, sowie die Gutsbesitzer Ender und Schmidt gewählt.

Ein Antrag der Kaufleute bezüglich der Einführung einer Wanderlagersteuer konnte nicht entsprochen werden, da die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür nicht bestehen.

Schönborn. Freitod wegen einer nichtbestandenen Prüfung. Aus Schwermut wegen einer nicht bestandenen Fachprüfung schnitt sich am Sonntag abend der bei der Raiffeisenbank beschäftigte Angestellte Gotthard Hanke die Schlagader der rechten Hand auf. Trotzdem bald Hilfe zur Stelle war, wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

Namslau. Vom Jäger angeschossen. Auf der Feldarbeit wurde ein hiesiger Zimmermann von einem Breslauer Jäger, der sich auf der Fasanenjagd befand, angeschossen.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

1. Männer-Abteilung. 21. Oktober, nach dem Turnen, Vorstandssitzung bei Spiller. — 24. Oktober: Abteilungsversammlung bei Spiller.

Wassersport

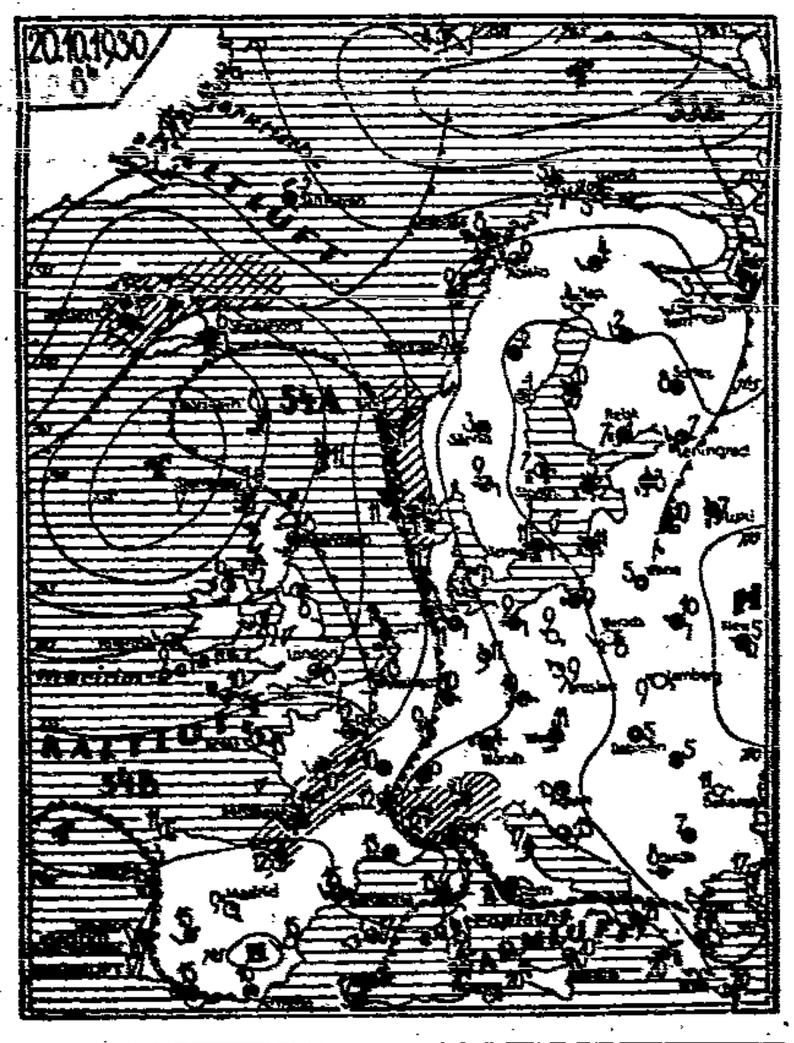
Freie Rudervereinigung — Jugendabteilung. Jugendgenossen, die Sonnabend mit nach Vogul fahren, heut abend in der Halle.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Naturfreunde-Jugend. Mitgliederversammlung in der Benderschule. Mitgliedskarten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Kindergruppe. Wir treffen uns Mittwoch nachmittag um 5 Uhr in der Benderschule. Das Geld für die Kartoffel- und Heringspartie in Peiskerwitz ist mitzubringen.

Spielgruppe. Dienstag (heute) Vortrag des Genossen Müller über den Faschismus.



Zeichenerklärung: Windstärke, Windrichtung, Wetter, Temperatur, Niederschlag, Luftdruck, Wetterlage, Nebelgebiet, Kaltfront, Warmfront, Okklusion, Tiefdruckgebiet, Hochdruckgebiet, Isobaren, Isotherm, Windpfeile, Windstärke 1–12, Regen, Schnee, Graupel, Hagel, Gewitter, Dunst, Nebel.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Noch immer hält in Gültigkeit die frühere Hochlage mit unvermindert Stärke an. Die Tagestemperaturen erreichen dabei allgemein 20 Grad. Im Südostlage herrscht heiteres Wetter. Deutsche verfolgen nun vom Atlantik kommende Störungen, in das Geschehen eingegriffen. Die Hochlage hätte daher in den nächsten Tagen eine Unterbrechung erfahren.

Aussichten für den folgenden Nachmittag und die folgenden Mittelgebiete:

Bei zeitweise aufziehendem, höchstens mäßig ziehendem Wind, meist heiter, bedeckungsarmes, aber nur vereinzelte Niederschläge, vorläufig noch immer verhältnismäßig mild.

Aussichten für den folgenden Tag:

Wenig veränderte Witterung, mäßig, meist, zeitweise noch ziemlich mildes Wetter, nur vereinzelt Niederschläge.

Sonnenaufgang 6.37 Uhr. Sonnenuntergang 18.32 Uhr.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Der Berliner Metallkonflikt

Ein erledigter Schiedsspruch — Christliche Gespensterseherei

Die Nachverhandlungen zum Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie sind im Augenblick vom Reichsarbeitsminister noch nicht anberaumt; sie werden jedoch in den allernächsten Tagen stattfinden. Bei diesen Verhandlungen wird man sich kaum mehr mit dem alten Schiedsspruch beschäftigen, sondern eine Einigung auf neuer Basis versuchen. Ob dieser Versuch glückt, ist sehr zweifelhaft, und in der bürgerlichen Presse rechnet man daher bereits damit, daß der Arbeitsminister einen neuen Schiedsspruch, der eine Verlängerung des bisherigen Tarifs vorsieht, fällen und für verbindlich erklären wird. Der alte Schiedsspruch ist erledigt. Seine Verbindlichkeitserklärung, die die Arbeitgeber beantragt haben, kommt nicht mehr in Frage, nachdem sich eine Mehrheit des Reichstags gegen eine Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen hat.

Dieser Beschluß des Reichstags wird vom Reichsarbeitsminister und seinen politischen Freunden als Fehler betrachtet. Die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wodurch der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden soll, wird, nachdem im Reichstag bereits der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen ihn gesprochen hat, nunmehr in der Presse der christlichen Gewerkschaften geradezu als „Anschlag auf das Schlichtungswesen" hingestellt. So sagt der „Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, daß im Bereich des Schlichtungswesens nicht die Reichsregierung insgesamt zu bestimmen habe, sondern der Reichsarbeitsminister als oberste Instanz. Er sei allein zuständig für die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Bei dem sozialdemokratischen Antrag handle es sich um eine Entschließung, die mit den gesetzlichen Bestimmungen insofern auf dem Kriegsfuß stehe, als die Reichsregierung in der Angelegenheit gar nicht zuständig sei. Noch bedenklicher läge der Fall, wenn der sozialdemokratische Antrag die dauernde Einschaltung des Gesamtkabinetts bei der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zum Ziel habe. Das Schlichtungswesen müßte dann unter dem Interessenhader leiden, der ja auch in das Reichskabinett seine Wellen werfe. Das Schlimmste an dem sozialdemokratischen Antrag liege jedoch darin, daß er die Schlichter ihrer Unabhängigkeit berauben und an Weisungen binden wolle. Ein solches Wollen sei mit dem geistigen Inhalt eines Rechtsstaates unvereinbar. Denn unverkennbar sei der Sinn des Gesetzes, die Schlichter so zu stellen, wie die richterlichen Beamten. Diese aber seien in ihren Entscheidungen nur dem Gesetz und ihrem Gewissen verpflichtet. Wehe dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft, wenn rechtliche Entscheidungen von zeitbedingten politischen Erwägungen und von den jeweiligen Machtverhältnissen im Reichstag abhängig seien. Der Zersetzungsprozeß in der Rechtsverfassung sei leider schon mehr als erträglich vorgeschritten durch die Proklamierung des grundsätzlich falschen Standpunktes, daß das Recht allein durch die politische und materielle Macht geschaffen werde. Demgegenüber müsse daran festgehalten werden, daß letztlich denn doch die sittliche Idee der höchste Machtfaktor der Rechtsgestaltung sei. Der sozialdemokratische Antrag greife die Unabhängigkeit der zu rechtlichen Entscheidungen berufenen Stellen an; denn auch der Arbeitsminister dürfe an Weisungen von „anderen Stellen" in seiner Schlichtertätigkeit nicht gebunden sein.

Der Reichstag darf also nach Auffassung des „Deutschen" nicht seine Meinung über einen Schiedsspruch äußern. Er darf nicht sagen, daß ihm ein Schiedsspruch als verderblich erscheint und er darf nicht den Wunsch äußern, daß ein solcher Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wird, denn das wäre — nach der Auffassung des „Deutschen", gleichbedeutend mit einer Vergewaltigung des obersten Schlichters. Diese Darstellung enthält nach unserem Dafürhalten völlig abwegige Deutungen, Vergleiche und Konstruktionen. Die Verbindlichkeitserklärung ist ein politischer Akt. Die Schlichter sind keine Richter, sondern staatliche Organe. Das Schlichtungswesen ist eine politische Einrichtung. Zu dieser Auffassung haben sich von jeher die freien Gewerkschaften bekannt, und deshalb kann selbstverständlich der Reichstag, wenn es sich um einen wichtigen Arbeitskonflikt handelt, seine Stimme erheben und seinen Einfluß geltend machen. Immer wieder haben die freien Gewerkschaften betont, daß das Schlichtungswesen als Ausfluß des Artikels 165 der Reichsverfassung eine staatspolitische Aufgabe ist. Es ist daher völlig absurd, zu behaupten, der sozialdemokratische Antrag rüttele an den Grundfesten staatlicher und rechtlicher Ordnung. Das Gegenteil ist richtig.

Der Reichsarbeitsminister und seine politischen Freunde brauchen sich wegen der Stellungnahme des Reichstags gegen den Metallschiedsspruch nicht von Weltuntergangsphantasien und -ängsten quälen zu lassen. Nicht das Schlichtungswesen ist bedroht, wohl aber die Ruhe und Ordnung im Staat. Nicht der Beschluß des Reichstags gegen die Verbindlichkeitserklärung, sondern der unmögliche Schiedsspruch war ein Stoß gegen die Grundfesten staatlicher Ordnung; denn muß nicht Verzweiflung die Arbeiterschaft packen, wenn sie, wie selbst vom bürgerlichen Organ gesagt worden ist, mit Preisabbauverordnungen jeweilsmonatlich genarrt und zugleich vor Eintritt des Winters mit riesenhaftem Lohnabbau beglückt werden soll?

Die Solidarität der Unternehmer

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie haben an ihre Mitglieder ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, worin das gesamte deutsche Unternehmertum gegenüber den Mitgliedsfirmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller „in jeder Hinsicht" zur Solidarität aufgefordert wird. Dazu gehöre, so heißt es in dem Rundschreiben, auch weitgehende Rücksichtnahme hinsichtlich der Ausführung von Aufträgen, die an bestreikte Firmen bereits vergeben seien oder vergeben werden sollten. In den Alleinvertriebs- und Kundenkreis der Berliner Metallindustrie dürfe während des Streiks von dritter Seite nicht unter unpolitischer Ausnützung der Streiklage eingegriffen werden.

Das gesamte Unternehmertum soll also unbedingte Solidarität mit den Lohnbrüchern betreiben. In dieser Klassensolidarität der Arbeitgeber könnte sich mancher Arbeiter ein Beispiel nehmen.

Verlängerter Lohnstreik in der Damenhutindustrie

In der Damenhutindustrie ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach die bisherigen Löhne — in der Spitze 187 Pfennige — bis auf unbestimmte Zeit bei einer Kündigungsfrist von zwei Monaten weiter gelten. Bei der Vereinbarung werden rund 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt.

In Hoffichtigt-Gladbach ist bei Eisenbahnbauten in Rheydt-Odenkirchen ein Streik ausgebrochen, an dem 200 frei- und katholisch organisierte Arbeiter beteiligt sind. Der Zuzug aus den benachbarten deutschen Gebieten wird dringend gewarnt.

Die ersten 6-Stunden-Schichten

In der Oelfabrik Brinkmann & Mergell in Harburg-Wilhelmsburg ist am Montag auf Grund der Verhandlungen zwischen der Firma und dem freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverband die Sechs-Stunden-Schicht eingeführt worden. 300 neue Arbeiter wurden eingestellt. Auch die Firma Noblee & Thörl ist bereit, die Sechs-Stunden-Schicht durchzuführen, wodurch zunächst 50 Arbeiter eingestellt werden. Bei der Firma Thörl—Vereinigte Oelfabriken werden 500 bis 600 Arbeitslose durch die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht Beschäftigung erhalten. Bei der Einstellung werden vor allem Wohlfahrtsempfänger und Ausgesteuerte berücksichtigt.

Endlich mal ein Anfang!

Wie hoch ist der Arbeitslohn in Sowjetrußland?

Nach Angabe sowjetrussischer Volkswirtschaftler

In der kommunistischen Presse wird gewöhnlich bei Lohnkreiligkeiten in Deutschland auf die „glänzenden Lohnverhältnisse in der Sowjetunion" hingewiesen. Wollte man diesen tendenziösen Meldungen glauben, gäbe es kein Land in der Welt, das höhere Löhne zahlt, als Sowjetrußland. Aber leider — für die Kommunisten — sind die Russen manchmal so gemein und schütten klares Wasser in den überschäumenden Wein ihrer deutschen Anhänger. Unter anderem auch der Russe Grink[illegible] der das Buch „Der Fünfjahrplan der Sowjet-Union" geschrie[illegible] hat. Dieser Schriftsteller gibt uns auch einen kleinen Einb[illegible] in die russischen Lohnverhältnisse. Er schreibt: „Der Reallo[illegible] des Arbeiters in der Sowjetunion ist von 1922/23 bis 1927/28 [illegible] 126 Prozent . . . gestiegen und war am Anfang des Jahrfü[illegible] um etwa 30 Prozent höher als vor dem Kriege." Zur bess[illegible] Unterscheidung der Lohnverhältnisse zitierte er den bekann[illegible] sowjetrussischen Volkswirtschaftler und Statistiker Strumili[illegible] der folgendes schrieb:

„Bekanntlich blieb der Arbeitslohn des russischen [illegible] beiters, sowohl der Nominal- als auch der Reallohn, [illegible] hoffnungslos hinter dem der fortgeschrittenen Länder des [illegible] wickelten Kapitalismus zurück. Wenn der Reallohn in [illegible] land für die Jahre 1905 bis 1909 mit 100 angenommen w[illegible] so belief er sich in Deutschland auf 68,5, in Frankreich [illegible] 55,5 und im zaristischen Rußland auf nicht mehr als 34 Proz[illegible]

Wie hoch muß dann der Lohn des russischen Arbeiters [illegible] den Jahren 1922/23 gewesen sein, wenn er bei 126prozentig[illegible] Steigerung im Jahre 1927/28 nur 30 Prozent über dem [illegible] kriegsniveau gestanden hat? Ein verflixtes Rechenexempel.

Strumilin sagt dann weiter: „Im Frühjahr 1928 beh[illegible] nach den Berechnungen des Internationalen Büros für Arbe[illegible] statistik, für die Höhe des Reallohnes folgende Reihenfol[illegible] London 100, Berlin 71, Paris 52, Moskau 52 . . . usw."

Für Grinko und Strumilin ist das ein gigantischer F[illegible] schritt — ohne Zweifel: es sind 18 Prozent mehr. Aber ist [illegible] so überwältigend? Vor dem Kriege verdiente der Russe [illegible] etwas mehr als die Hälfte des deutschen Arbeiters, der deu[illegible] fast Zweidrittel des englischen Arbeiters. Heute verdient [illegible] Russe 52 Prozent des Lohnes eines englischen Arbeiters, er [illegible] nicht einmal den Lohn des deutschen Arbeiters aus den Ja[illegible] 1905/1909 erreicht, während der deutsche fast Dreiviertel des [illegible] lischen Lohnes erreicht hat.

—y—

Gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung

In einer Schrift „Gegen das zusätzliche Reichswohnungsbauprogramm" nehmen Stadtbaurat Bruno Taut, der Erbauer der bekannten „Gehag" — Siedlungen in Berlin, und ein Baugenossenschaftler Stellung gegen die wohnungspolitischen Pläne der Brüning-Regierung. Sie schreiben u. a.:

Das Reichswohnungsprogramm erweckt in der für die einzelnen Typen vorgesehenen Bettenzahl den Eindruck, als ob keine Ueberbelegung der Wohnungen eintreten könnte. Die Wohnungsgrößen von 32 bis 40 Quadratmeter sind nur für 2 Betten, die von 40 bis 50 Quadratmeter nur für drei Betten und die von 45 bis 55 Quadratmeter nur für vier Betten bestimmt. Wenn man einem jungen Ehepaar den Familienzuwachs sofort belohnen könnte, indem man es in den nächst größeren Typ umquartiert, so wäre alles gut, doch der nächst größere Typ kostet die nächst höhere Miete, und in unserer Welt ist „Kindersegen", wirtschaftlich gesprochen, zu einem Euphemismus, d. h. beschönigenden Ausdruck geworden. Das Reichsarbeitsministerium in der Stimme des Herrn Ministerialrat Dr. Wolz dagegen scheint sich die Sache so leicht nicht vorzustellen. Nach ihm „greift das Reich nur da ein, wo man die bedürftigsten Kreise, namentlich Familien mit Kindern bedenkt." Danach würde also in den vorgesehenen Betten mehr als eine Person schlafen müssen, womit in der Tat das richtige getroffen ist. Die „bedürftigsten Kreise" würden also die Bettennot aus einer alten Wohnung in eine neue verpflanzen, die durch diese Benutzungsweise nach kurzer Zeit nicht weniger verwohnt sein wird. Da die Verkleinerung der Räume aber das Reinigen und den Kampf gegen das Ungeziefer bedeutend erschwert, so wird die neue Wohnung trotz besserer Blockaufteilung und Grundrißanlage aufs rascheste den verwohnten Zustand alter Wohnungen einholen. Man bedenke, daß das Reichswohnungsprogramm Wohnräume von einer Größe nicht nur zuläßt, sondern sogar fordert, die mit sechs Quadratmeter nichts anderes als Zuchthauszellen darstellen. Für den Bewohner einer Kleinstwohnung wird die Grenze dessen, was „des Menschen nicht mehr würdig" ist, wo man von einem „Loch" sprechen muß, schon mit etwa zwölf Quadratmetern nach unten überschritten. Muß man doch damit rechnen, daß gerade bei diesen Schichten auch in den allerkleinsten Räumen zwei bis drei Personen leben werden!

Die Reichsregierung hat sich bisher darauf beschränkt, mit dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm eine Mietsenkung durch eine sozialpolitisch nicht zu rechtfertigende Senkung des Wohnungsstandards für die nicht zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten zu erreichen, die auf Grund ihrer bisherigen finanziellen Leistungen für den Wohnungsbau (Hauszinssteuer!) ein Recht auf gesunde und billige Wohnungen haben. Das Uebel der hohen Neubaumieten muß bei den Ursachen: den zu hohen Baukosten und Zinsfüßen, kuriert werden, nicht aber durch untragbare Verkleinerung und Vereinfachung der Wohnungen. Die Baukosten-Senkung durch sozial nicht vertretbare Verschlechterung der Wohnungsversorgung soll den Abbau der sozialen Wohnungspolitik, die verstärkte Inanspruchnahme der Hauszinssteuermittel für Vernichtungszwecke ermöglichen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben mehrfach praktische Vorschläge (Fünfjahresplan der Wohnungswirtschaft; Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für den Wohnungsbau; Bekämpfung der Baustoff-Kartelle; Zinssenkung) gemacht, die wesentlich billigere Neubaumieten als bisher und trotzdem gesunde Arbeiterwohnungen ermöglichen.

Mit den neuen Plänen der jetzigen Reichsregierung — Rückkehr zum Wohnungselend der Vorkriegszeit auf der einen Seite, Abbau der Hauszinssteuerpolitik auf der anderen Seite — ist der Wohnungsbau in Deutschland vor eine Entscheidung von größter Tragweite gestellt.

Nicht Wohnlöcher — sondern gesunde Wohnungen für die arbeitenden Massen!

Nicht Abbau — sondern soziale Reform der Hauszinssteuer!

Nicht Aufhebung der Wohnungsgemeinwirtschaft — sondern Beseitigung der gemeinwirtschaftlichen Tendenzen in der Wohnungspolitik zum Schutze der Massen!

Nicht Rückbau an der Volkskraft durch Rückkehr zu den primitivsten hygienischen Methoden der Vorkriegszeit im Wohnungsbau — sondern verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues!

Notierungserhöhung für Metalle

Die Preise für nichteisenhaltige Metalle erfuhren in der letzten Zeit einen neuen Preisanstieg. Die Preise haben dadurch einen Nachholbedarf erreicht. Kupfer ist jetzt billiger als in irgendeiner Zeit seit 1886, Zink seit 1885, Zinn seit 1897 und Blei seit 1851. Der Höchstpreis für Kupfer wurde 1929 erreicht, als er etwa 96 Pfund die Tonne kostete, während der Preis am 2. Oktober 1930 weniger als die Hälfte — 43½ Pfund — betrug. Der Höchstpreis für Zinn wurde 1929 erreicht mit 419½ Pfund, Anfang Oktober dieses Jahres sank er auf 115½ Pfund. Blei stieg auf seinen Höchstpunkt 1929 59½ Pfund, am 2. Oktober 1930 15½ Pfund. Zink sank von seinem Höchstpunkt von 62½ Pfund 1929 auf 14 Pfund Anfang Oktober 1930. Trotz des gewaltigen Preissturzes kann ein großer Teil der Unternehmungen [illegible] heute noch mit Gewinn arbeiten. Im letzten Jahrzehnt wurden auf dem Gebiet der Metallgewinnung und -verarbeitung gr[illegible] Fortschritte erzielt, die die Produktionskosten wesentlich herabsetzten. Auch sind die Produktionskosten in den einzelnen Unternehmungen sehr verschieden. Bei dem gegenwärtigen gewaltigen Preissturz werden viele schwache Betriebe ausgeschaltet, während die Sondergewinne der günstig produzierenden Unternehmungen allmählich verschwinden.

Weltkrise im Spiegel der Aktienkurse

Ein Vergleich der Bewegung der Aktienkurse an den [illegible] schiedenen Börsen zeigt besonders deutlich den internationa[illegible] Charakter der gegenwärtigen Krise. Vor allem sind es die [illegible] Industrien, Kunstseide, Radio, Grammophon usw., die zunächst [illegible] der Nachkriegszeit eine fast beispiellose Kurssteigerung erfa[illegible] hatten, deren Aktienkurse jetzt aber völlig zusammenbrachen, [illegible] weise bis auf ein Zehntel und darunter des früheren Höchstst[illegible] So sanken in der chemischen Industrie die Aktien des deut[illegible] Chemietrustes J. G. Farben A.-G. vom Februar 1929 bis Ok[illegible] 1930 von 227 auf 128, also fast auf die Hälfte ihres Wertes, [illegible] des amerikanischen Trusts Dupont von 214 auf 104, die englis[illegible] Chemietrusts Imperial Chemical von 34,4 auf 19,6, in Frank[illegible] die des Kuhlmann-Trusts von 1400 auf 757. Aehnlich ist der K[illegible] zusammenbruch in der internationalen Elektroindustrie. [illegible] erlitten die Aktien des größten deutschen Elektrokonzerns Sie[illegible] & Halske Kurseinbußen von 387 auf 171, während der am[illegible] kanische Welttrust General Elektric Kurseinbußen von 390 au[illegible] und der niederländische Großtrust Philips von 927 auf 298 [illegible] weisen. Ungeheuer sind die Kursrückgänge der Grammop[illegible] industrie, deren Spitzentrust in Deutschland Polyphon, in Ame[illegible] Radio und in England Columbia sind. Die Aktienkurse [illegible] deutschen Gesellschaft fielen von 396 auf 140, die der amerikani[illegible] von 98 auf 24,5, die der englischen von 13,5 auf 2,5. So [illegible] gewaltige Vermögen zusammengeschmolzen, was an sich volks[illegible] schaftlich belanglos wäre, da es sich hierbei in einer kapitalis[illegible] Wirtschaft in erster Linie immer nur um Vermögensverschieb[illegible] innerhalb der Kapitalistenklasse handelt, was aber volkswirtsch[illegible] sich dadurch belangvoll wird, daß der Sturz der Aktienpapiere [illegible] Kreditversorgung der Welt sehr erschwert, indem die Unterbri[illegible] neuer Aktien und Schuldverschreibungen, die der Ausdehnung [illegible] Produktion dienen sollen, fast unmöglich geworden ist.

Frankreichs Getreideernte

27% Minderertrag gegen das Vorjahr

Das „Journal officiell" veröffentlicht am Donnerstag [illegible] amtliche Ernteschätzung des Ackerbauministeriums für die [illegible] jährige Getreideernte. Danach seien nur etwa 63 Millio[illegible] Zentner Weizen zu erwarten. Die Ernte bleibe also um 27 [illegible] hinter der des Vorjahres zurück. Trotzdem sei keine Not zu [illegible] fürchten, da noch beträchtliche Bestände der Vorjahrsernte [illegible] handen seien und da durch den Import aus Nordafrika und [illegible] das Freikontingent von zehn Prozent ausländischen Getreide[illegible] Bedarf Frankreichs völlig gedeckt werden könne.

Auf einmal ist es möglich

Kohlenpreise werden auf den Ruhrzechen um 6 Prozent herabgesetzt

Die Ankündigung der Reichsregierung, daß ab 1. Dez[illegible] die Kohlenpreise im Ruhrgebiet um 6 Proz[illegible] herabgesetzt werden, hat in hiesigen Bergarbeiterkr[illegible] großes Erstaunen ausgelöst. Die Bergarbeiterorganisati[illegible] haben bisher immer den Standpunkt vertreten, daß ein [illegible] Preisabbau notwendig und möglich ist. Insbesondere wurde der Auffassung, daß der Stand der Selbstkosten und der [illegible] im Ruhrbergbau einen Preisabbau möglich macht, ohne [illegible] damit ein Angriff auf den Lebensstandard der Bergarbeiter [illegible] binden werden müsse. In Gegensatz zu dieser Auffassung [illegible] bis vor kurzem Bergbausachverständige aus Unternehmerkr[illegible] den Standpunkt vertreten, daß ein Preisabbau ohne vorh[illegible] Lohnsenkung unmöglich ist.

Abgesehen von dem eigenartigen Wandel der wirtsch[illegible] politischen Haltung der Grubenbesitzer bleibt bemerkenswert, [illegible] man diese Preispolitik vornimmt, ohne die zuständigen [illegible] den Reichskohlenverband bzw. den Hauptausschuß des Re[illegible] kohlenrats zu befragen. Diese Instanzen hatten im Verlauf [illegible] letzten Tagungen einen Preisabbau diskutiert und sind dabei [illegible] einen energischen Widerstand der Unternehmer gestoßen. [illegible] geht daher nicht fehl, wenn man vermutet, daß die gewa[illegible] Haltung der Grubenbesitzer der Auftakt zu weiteren [illegible] schweidenden Auseinandersetzungen bedeutet.

Politische Nachrichten

Groener antwortet Oldenburg

Der Reichswehrminister wird auf die Rede des nationalen Reichstagsabgeordneten von Oldenburg-Januschau in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags brieflich antworten. In der Antwort, die nach der zwischen erfolgten Einsichtnahme des Reichswehrministers das amtliche Protokoll der Rede, am Dienstag oder Mittwoch an Oldenburg-Januschau abgehen wird, werden die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

Finanzverhandlungen in Stuttgart

Stuttgart, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich werden am Dienstag zu einem kurzen Aufenthalt in Stuttgart eintreffen und mit den Ministern von Württemberg, Baden und Hessen über Fragen des Finanzausgleichs und der Gestaltung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden Besprechungen führen. Irgendwelche Empfänge sind mit dem Besuch nicht verbunden.

Der Auswärtige Ausschuß tagt

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über die Genfer Völkerbundstagung. Außerdem werden vom Sonnabend vom Reichstag an den Ausschuß überwiesenen Anträge beraten. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die Rührigkeit Tardieus

Mit der Polizei gegen die Börse

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Je näher das Datum des Wiederzusammentritts des französischen Parlaments heranrückt, um so höher treibt der Tatendrang der Regierung Tardieu. So sucht sich Tardieu, im endlosen Redefluß zu beweisen, wie viel bereits für die Landwirtschaft, den Handel, die Industrie, die Arbeiterschaft, die Kriegsteilnehmer und schließlich für seine treuen Wähler in Belfort geleistet hat. Sein eifriger Finanzminister ist dazu noch mit Polizei und Staatsgewalt gegen die Pariser Börse zum Kreuzzug gezogen.

Es muß wirklich schlecht um die Regierung Tardieu stehen, daß sie zu solchen armseligen Mitteln greifen muß. Dem Parlament wird Tardieu mit dieser billigen Demagogie nichts machen können. Jedermann weiß es, und erst vor acht Tagen hat es die Sozialisten des Seine-Departements in einer Entschließung festgestellt, daß die mit vieler Lärm angekündigte Politik der Prosperität kläglich Schiffbruch gelitten hat. Gewiß, die Preise sind unablässig weiter in die Höhe geklettert, wie es am Montag wieder die sozialistischen Gewerkschaften in einer Versammlung in Bordeaux feststellen mußten. Davon profitiert nur ein kleiner Teil des kapitalistischen Bürgertums, während die große Masse der Arbeiter und Verbraucher die Kosten zahlen hat.

Wenn die Pariser Börse selbst, die Hochburg des Kapitalismus, die Politik Tardieus durch eine ununterbrochene Baisse dankt, so liegt auch das nur daran, daß sich Frankreich ebenso sehr die Nachwirkungen der internationalen Wirtschaftskrise wie die außenpolitische Unsicherheit und die Kapitalflucht aus Deutschland bemerkbar machen. Es ist bisher noch nicht einmal den puritanisch denkenden Amerikanern eingefallen, gegen den Börsenkrach in Newyork mit dem Knüppel vorzugehen. Es war dem lateinischen, klaren, skeptischen Frankreich vorbehalten, diesen Don-Quichotte-Streich zu erleben. Tardieu selbst aber scheint sich über den Erfolg all dieser Bemühungen nur wenig Illusionen zu machen. Es ist in allen politischen Kreisen in Paris stark aufgefallen, daß er in seinen bisherigen Sonntagsreden nirgends polemisch geworden ist. Auf die scharfe Kriegserklärung der Radikalen von Grenoble hat er bisher mit keinem einzigen Wort geantwortet. Ungestört vollzieht sich indessen der Aufmarsch der Regierungsgegner in der Kammer und im Senat. In der Kammer ist es ein Teil der bisherigen Regierungsmehrheit selbst, die der Regierung auf außenpolitischem Gebiet in den Rücken fallen will. Im Senat ist es die Gruppe der demokratischen Linken, die schon im Sommer aus ihrem Mißvergnügen gegenüber der Regierung keinen Hehl gemacht hat.

Paul Faure wiedergewählt

Paris, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs wählte den Generalsekretär der Partei, Paul Faure, der dieses Amt schon seit der Abspaltung der Kommunisten verwaltet, einstimmig wieder. Zum Parteisekretär für die internationale Aktion wurde der Abg. Grumbach, zum Parteischlichter der Abg. Le Troquer bestimmt.

Ist Pilsudski seine Gegner morden?

Beunruhigung um den Genossen Liebermann.

Aus Polen erfährt der „Soz. Pressedienst" zu der Meldung, wonach der Führer der polnischen Sozialdemokratie das Mandatsverzicht unterschrieben haben soll, daß das betreffende Schriftstück nicht von Liebermann selbst unterschrieben ist, sondern von drei polnischen Festungsoffizieren der Festung Brest-Litowsk, wo Liebermann seit Auflösung des Sejm in Haft gehalten wird. Obwohl der Wahlkommissar diese Verzichterklärung nicht anerkannt hat, ist in den Kreisen der polnischen Sozialdemokraten tiefe Beunruhigung über das Schicksal Liebermanns, von dem seit seiner Verhaftung keinerlei Lebenszeichen vorliegen. Es wird sogar befürchtet, daß Liebermann Fanatismus der Pilsudski-Leute zum Opfer gefallen ist und ermordet wurde.

Massenaktion der Lappofaschisten

Helsingfors, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.)

In der finnischen Hauptstadt versammelten sich am Montag 500 Lappofaschisten aus allen Teilen Finnlands, die an der Entführung von andersdenkenden Elementen beteiligt gewesen sind. Sie versammelten sich auf Grund einer Aufforderung, die der Führer der Lappofaschisten, Kosola, an alle Entführer gerichtet hat. Mit der Aufforderung offensichtlich der Zweck verfolgt, die Behörden in Anbetracht der großen Zahl der Entführer zu einer Verfolgung außerstande zu setzen.

Die Lappofaschisten wurden von einer großen Menschenmenge begrüßt. Kosola sprach zu ihnen und erklärte, daß sich alle Führer der Bewegung, die direkt oder indirekt an den Entführungen mitgewirkt hätten, der Polizei zur Verfügung stellen müßten. Anschließend wurde eine Deputation von 15 Personen unter Führung von Kosola zu dem Innenminister geschickt. Sie erklärte, für die Entstehung der Lappobewegung Verständnis haben, und forderte die Schuldigen auf, sich bei den zuständigen Behörden ihres Heimatortes zu melden.

Reichskonferenz der Schiffer

Nicht nur die Schiffahrt auch ihre Arbeiter müssen leben

„Schiffahrt ist notwendig, leben nicht" — dieser heroisch klingende Satz, der bei vielen passenden und unpassenden Gelegenheiten zu hören und an den Rathäusern unserer Hansastädte zu lesen ist, imponiert nur Leuten, die die Schiffahrt mehr von ihrer romantischen Seite her kennen. Weniger großartig klingt er für die Arbeiter der Schiffahrt, für die Seeleute, Binnenschiffer, Hafen- und Wasserbauarbeiter, d. h. für alle, die auf und am Wasser ihr Brot verdienen, und für die der Heroismus, der Einsatz des Lebens, beinahe etwas Alltägliches ist. Sie fordern, daß beim Blick auf die große Krise, die zur Zeit im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsnot auch die Schiffahrt heimgesucht hat, sie selbst nicht übersehen und vergessen werden, und damit man sie nicht so leicht übersieht, haben sie sich vor nicht allzu langer Zeit im freigewerkschaftlichen Gesamtverband durch die Schaffung einer Reichsabteilung für Schiffahrt, Hafenbetriebe und Wasserbau enger zusammengeschlossen.

Dieser Zusammenschluß, der noch kaum ein Jahr besteht, war eine unbedingte Notwendigkeit; denn von Tag zu Tag zeigt sich immer deutlicher, daß alle mit der Schiffahrt in Verbindung stehenden Arbeitergruppen gerade infolge der neuesten technischen wirtschaftlichen Entwicklung auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Um nun dem engeren organisatrischen Zusammenrücken der Schiffahrtsarbeiter noch mehr Festigung und Halt zu geben, trat am Sonnabend im Berliner Gewerkschaftshause die Reichsabteilung für Schiffahrt im Gesamtverband zu ihrer ersten Reichskonferenz zusammen. Ein kräftiges Arbeitspensum hat sich die Konferenz zu bewältigen vorgenommen. Als vorläufige Tagesordnung sind neben dem Bericht der Reichsabteilung, der Beschlußfassung über die Sondersatzung der Reichsabteilung und der Wahl der Reichsabteilungsleitung noch Vorträge über Schiffahrts- und Weltwirtschaftskrise, über Unfallgefahren und Unfallschutz der Schiffahrtsarbeiter, sowie über Sozialversicherung und Notverordnungen vorgesehen.

Die Konferenz, die von 71 Delegierten besucht ist, wurde von dem Reichsabteilungsleiter Rudolph eröffnet. In seinem Begrüßungswort bezeichnete er es als die Aufgabe der Tagung, zwischen den einzelnen Fachgruppen einen noch engeren Kontakt herzustellen und einen Weg zu gemeinsamer Arbeit im Kampf um die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter der Schiffahrt zu bahnen. Die Grüße des Vorstandes des Gesamtverbandes überbrachte Müntner. Er betonte, dem Gesamtverband seien in seiner Geburtsstunde von manchen Leuten böse Dinge prophezeit worden. Heute zeige sich jedoch, daß die Schaffung des Gesamtverbandes eine gewerkschaftliche Tat war. Was die Zweifler für unmöglich gehalten hätten, nämlich: Zusammenschlüsse trotz divergierender Interessen, sei möglich gemacht worden. Es gebe genug solcher divergierender Interessen, aber es gebe, wie sich gezeigt habe, noch viel mehr Gemeinsames, was die im Gesamtverband verbundenen Arbeiter zusammenschweiße. Gerade die Reichsabteilung Schiffahrt sei ein sprechender Beweis dafür. Man dürfe erwarten, daß die Aufgabe der Konferenz, wie sie Rudolph skizziert habe, in fruchtbarer Arbeit gelöst werde.

Unendlich viel ist für die Reichsabteilung noch zu tun. Ein wahres Labyrinth von Schwierigkeiten zeigte sich, als Rudolph in der Erstattung des Geschäftsberichts der Reichsabteilung in großen Zügen einen Ueberblick über die von den freien Gewerkschaften für die Binnenschiffer, Seeleute, Hafenarbeiter und Wasserbauarbeiter geleistete und noch zu leistende mühselige Arbeit gab. Da ist der sogenannte „internationalisierte" Rhein, auf dem fast ein halbes Dutzend Nationen Schiffahrt treiben, und wo infolge der starken sozialpolitischen und kulturellen Niveauunterschiede im Schiffahrtspersonal geradezu phantastisch anmutende Hindernisse und Hemmungen auftauchen. Die Rheinreeder komplizieren natürlich diese Schwierigkeiten noch, vor allem durch ihre Flucht unter fremde Flaggen. Nicht weniger als 60 Prozent der holländischen Fahrzeuge auf dem Rhein stehen unter deutschem Einfluß. Die deutschen Reeder machen sich künstlich selbst Konkurrenz und fordern dann, daß Binnenschiffer und Hafenarbeiter durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Zeche zahlen. Diesem Spiel können die Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Sie müssen sich nicht nur bei Streiks, sondern in ihrer ganzen gewerkschaftlichen Arbeit für einander einsetzen; sie müssen dafür sorgen, daß die Tarifverträge der einzelnen Fachgruppen sich nicht überschneiden und sie müssen auch im übrigen alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß für gewerkschaftliche Aktionen der Arbeiter der Schiffahrt jederzeit praktische Solidarität möglich ist. Nur durch tatkräftiges Zusammenhalten kann es auch möglich gemacht werden, daß gegenüber den Personalabbaubestrebungen der Unternehmer mit Hilfe der Technisierung und Rationalisierung rechtzeitig für genügend starke Bemannung der Schiffe und Besetzung der Arbeitsposten in den Hafenbetrieben Sorge getragen wird. Nur auf diese Weise läßt sich auch die trotz verbesserter Schutzvorrichtungen gerade in der Schiffahrt und im Hafenbetrieb rapid zunehmende Unfallziffer eindämmen. Nur durch eisernen Zusammenhalt und Verständigung kann auf den gesamten deutschen Wasserstraßen verhindert werden, daß die Kleinschiffahrt die von den Großen erdrückt wird, sich lediglich auf Kosten der Arbeiter über Wasser hält. Gegenüber den großen Reedereien und deren Versteckspiel hinter fremden Flaggen sowie gegen die sozialpolitische Rückständigkeit der ausländischen Schiffahrt können nur internationale Aktionen helfen. Das internationale Hafenarbeiter-Schutzabkommen muß auch von Deutschland und zwar möglichst bald ratifiziert werden. Nacht- und Sonntagsarbeit erfordern eine sozial erträgliche Regelung. Hier ist für die Binnenschiffer, für die Hafenarbeiter und für die Seeleute in Genf noch viel zu verbessern. Ansätze zu Fortschritten sind da, wie die Fragebogen über die Arbeitszeit der Seeleute und ihre Krankenversicherung, über den kulturellen und sittlichen Schutz der Seeleute in den Häfen, über den Befähigungsnachweis nautischer und technischer Schiffsoffiziere zeigen, allein den Ansätzen zum Fortschritt müssen Taten folgen. Zur Sicherung der Existenz der unständigen Arbeiter in den Häfen, die durch den Abbau des Arbeitslosenschutzes von neuem bedroht war, sind einige Erfolge erzielt worden. Nur den freien Gewerkschaften ist es zu verdanken, wenn trotz der Hetze gegen die Arbeitslosen eine Neuregelung geschaffen werden konnte, die, wenn sie auch nicht in allem befriedigt, immerhin die Arbeitslosenversicherung für unständig beschäftigte Hafenarbeiter gerettet hat. Für die Wasserbauarbeiter sind in unendlichen Klagen und Streitigkeiten eine ganze Reihe kleiner Einzelerfolge erzielt worden, die zusammengenommen durchaus nicht als Bagatellen erscheinen. So liegen z. B. die Löhne der Wasserbauarbeiter heute im Durchschnitt 12 bis 13 Pf. höher als die der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Auch bei den Betriebsrätewahlen der Wasserbauarbeiter sind schöne Fortschritte erzielt worden.

Jeder Arbeiter der Schiffahrt muß angesichts dieser Summe gewerkschaftlicher Leistung ganz von selbst zu der Erkenntnis kommen, daß eine große Kraft am Werke sein muß, wenn auf einem so steinigen und dornigen Terrain mit Erfolg geackert worden ist. Es ist die Kraft des Gesamtverbandes, die die gewerkschaftliche Arbeit der Reichsabteilung durchpulst. Allein tausendfach mehr könnte herausgeholt werden, wenn die freiorganisierten Binnenschiffer, Hafenarbeiter, Seeleute und Wasserbauarbeiter nicht ihr eigenes Licht unter den Scheffel stellten. Bei etwas mehr Rücksichtslosigkeit gegenüber dem kommunistischen Geschrei, die es prachtvoll verstehen, aus einem Floh einen Elefanten zu machen, könnte bis zur nächsten Berichterstattung der Stand der Mitgliederzahl von 94 000 mindestens um 50 Prozent erhöht werden.

Die Aussprache über Rudolphs Bericht brachte im wesentlichen Zustimmung zu dem Grundgedanken und dem Ziel des Zusammenschlusses. So wurde vielfach gleicher Ablauf der Tarife der einzelnen Fachgruppen gefordert. Für die Fachgruppen selbst verlangte man soweit als möglich Schaffung großer Reichstarife, so z. B. die Schaffung eines Reichsmanteltarifs für Hafenarbeiter. Das Fehlen eines besonderen Organs für die Probleme der einzelnen Gruppen der Reichsleitung wurde als bedauerlicher Mangel empfunden, wenngleich die mit der Schaffung eines solchen Organs verbundenen Kosten nicht übersehen wurden. Gefordert wurde ferner größere Sicherung der Beschäftigung der Hafenarbeiter, vor allem in den Industriehäfen, wo sich Oel- und Speisefettfabriken befinden und vielfach Fabrikarbeiter zur Arbeit am Kai verwendet werden. Ebenso wurden Sicherungen dagegen gefordert, daß den Hafenarbeitern nicht durch Verwendung von Matrosen beim Laden und Löschen die Beschäftigungsmöglichkeit genommen werde. Beachtung verdient auch der Hinweis, daß die Organisationsarbeit unter den Seeleuten aufs äußerste erschwert wird, nicht nur durch den kurzen Aufenthalt der Schiffe in den Häfen, sondern auch durch Schikanen gegenüber freigewerkschaftlichen Vertretern, die in der Arbeitspause zwischen 12 und 1 an Bord gehen wollen. Gegenüber Kommunisten, die an Bord gehen, ist man bei den Reedern viel nachsichtiger und die Nazis werden nicht nur nicht von Bord gewiesen, sondern förmlich zum Besuch eingeladen.

Fast alle Debatteredner wiesen nachdrücklich auf die durch die Wirtschaftskrise und die Rationalisierung hervorgerufene große Arbeitslosigkeit und Verringerung des Arbeiterbestandes in den Häfen und in der Schiffahrt hin. Hier knüpfte im weiteren Verlauf der Konferenz das Referat Dr. Hertnecks an, der über „Schiffahrt und Weltwirtschaftskrise" sprach.

Führerwoche der Schlesischen Arbeiter-Sportkartelle in Seitenberg

In der Zeit vom 21. bis 28. September d. J. fand in der Oberbürgermeister-Dr.-Wagner-Jugendherberge in Seitenberg die zweite Führerwoche der schlesischen Arbeitersportkartelle statt. 48 Genossen nahmen an diesem Lehrgang teil. Ueber der Tagung stand „Schlesien in Not"! Schulung der Funktionäre zum Kämpfer und Führer im Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Der Leiter des Lehrgangs, Genosse Matzke-Breslau, wählte den stillen Ort, abseits des Großstadtbetriebes, damit die Teilnehmer in Ruhe sich ihrer Aufgabe widmen könnten. Morgenturnen war die erste Arbeit. Jeder Tag stand unter dem Stern unserer Vorkämpfer. So folgten Betrachtungen über August Bebel, Karl Legien, Friedrich Ludwig Jahn, Friedrich Ebert, Rosa Luxemburg und Ferdinand Lassalle. Die Vorträge waren derart zusammengestellt, daß ein Thema in das andere überging und somit auch jedem verständlich wurde.

„Schlesiens Not" behandelte zunächst Landrat Genosse Dr. Middelhauke. Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich auf alle Länder aus. Der verlorene Krieg, die planlose Wirtschaft, die Nationalisierung, so legte er Deutschlands Krise dar. Deutschlands Not ist auch Schlesiens Not. Verstärkt durch die schlechte geographische Lage. Schlesien hat als Handelsland durch die Kriegsfolgen sein Hinterland verloren. Der ungünstige Frachtenweg, der Handelsradius fällt in polnisches und tschechisches Gebiet. Der fehlende Handelsvertrag wirkt sich verschärfend aus auf die Not Schlesiens. Behandelte Genosse Middelhauke das Gebiet vom Standpunkt des Regierungsbeamten und des Kommunalpolitikers, so Genosse Ingenieur Koch seinen Vortrag „Rationalisierung in der Wirtschaft" vom Standpunkt des Technikers. Rationalisierung soll Vernünftigmachung bedeuten. Für die Arbeiterklasse hat Rationalisierung bis jetzt nur Lohnsenkung und verschlechterte Arbeitsbedingungen bedeutet. Der Vortragende zeigte, welche Gefahren für die arbeitenden Schichten bestehen, wenn sie sich der maschinellen Entwicklung unseres Zeitalters nicht bewußt werden und nicht die Schlußfolgerung daraus ziehen. Die Maschine, die ein Segen für die Menschheit bedeuten soll, wird dann ein Fluch im verstärkten Maße, aber für die Arbeiterklasse.

Diesen Ausführungen schlossen sich die des Genossen Kremier an. Er zeigte die Krise vom Gesichtspunkt des Gewerkschaftlers. In seinen Referaten zeigte er den Weg, den das Kapital zu gehen gedenkt. Rettung des dem Verfall entgegengehenden Kapitals auf Kosten der Arbeiter. Planlose Güterverteilung, planlose Wirtschaft lenken den Produktionsanteil des Arbeiters.

Breiter Raum ist der Jugendpflege eingeräumt. Ueber „Die Freizeit der arbeitenden Jugend" — „Gemeinsame Forderungen der sozialistischen Jugend" referiert Genosse Matzke; „Amtliche Jugendpflege und ihre Grenzen" Genosse Grossler. Ueber „Jugendpflege und Berufsschule" referierte die Berufsschuldirektorin Fiebig-Breslau. Die Not der Jugend, beeinflußt durch die herrschende Krise. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, schlechte Entlohnung und wenig Freizeit. Lehrverträge, die oft im direkten Gegensatz zur Reichsverfassung stehen. Anarchistische Verhältnisse in der staatlich geförderten Jugendpflege. In diesem Zusammenhange sei der Vortrag von Dr. Juliusburger über „Alkoholismus und Volksgesundheit" erwähnt. Eine richtige Ernährung ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung und darf auch die aufsteigende Arbeiterklasse daran nicht achtlos vorübergehen. Diese Fragen behandelt Genosse Matzke in seinem Lichtbildervortrag: „Die Ernährung des Menschen". — „Arbeit und Festkultur" behandelt Genosse Lachs-Breslau. Proletarische Kultur soll bildend und werbend sein. Gibt die bürgerliche Festkultur ihrem Wesen Ausdruck in Tingel-Tangel und seichtem Vergnügen, so soll die proletarische Festkultur der Ausdruck sein, des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Wichtig in der Beeinflussung der Massen ist der Funk, dem die Arbeiterschaft noch zu wenig Interesse entgegenbringt. Selbst die katholische Kirche verschließt sich dem Funk nicht. Man kennt hier sogar eine schwarze Internationale. Verstehen wir es nicht auch im Funkwesen uns Einfluß zu verschaffen, so dürfte er eine große Gefahr für uns bedeuten. Der Vortrag des Genossen Przybylski-Breslau über das Thema „Arbeitersport und Funk" war daher sehr lehrreich.

Genosse Buck von der Zentralkommission Berlin referierte zunächst über das Thema „Arbeitersport und Staat". Grundsätzliche Stellung des Arbeitersports zum Staat, und wie kommen wir an den Staat heran, sind die Grundlagen dieses Referats. Wir bejaben die heutige Staatsform. Sein zweiter Vortrag: „Arbeitersport und Internationale". Zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus kann nur eine Arbeiterklasse fähig sein, die geistig und auch körperlich auf der Höhe ist. Sozialismus ist aber keine nationale, sondern eine internationale Sache, darum muß auch der Arbeitersport international organisiert sein. Schon ein Zusammengehen mit den internationalen organisierten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen macht eine internationale Zusammenfassung des Arbeitersports notwendig.

Das letzte Referat hatte Genosse Medlin über „Gewerkschaft und Arbeitersport". Hier liefen alle Fäden des ganzen Lehrganges zusammen. Wie ein roter Faden zieht es sich durch den ganzen Lehrgang, nicht nur die Gewerkschaften allein etwa, oder die Partei, oder die Sportler können die Arbeiterklasse aus dieser Krise herausführen, sondern eine Organisation muß sich mit der anderen verbinden. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht. Erkennen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, sind die Faktoren, die wir zu erstreben haben. Mit einem zerwurbelten Körper können wir keine Kämpfe führen. Wir brauchen freie Menschen, keine Duckmäuser! Die Berufsschädigungen können nur durch planmäßige Leibesübungen beseitigt werden, wie sie eben nur im Arbeitersport gepflegt werden. Ein Sozialdemokrat, der sich noch in bürgerlichen Vereinen befindet, ist unbedacht. Ein Gewerkschaftler, der einer bürgerlichen Organisation angehört, hat die Aufgaben der Gewerkschaft noch nicht begriffen.

Die Teilnehmer hörten ihre Vorträge oft in freier Natur. Sie besuchten den Glatzer Schneeberg und nahmen auch die Gelegenheit, die am Ort heimische Glasindustrie zu besichtigen. Ein großes Stück Arbeit liegt in diesem Lehrgang. Arbeit im Sinne einer sozialistischen Weltanschauung!

AUS ALLER WELT

Wilhelm, der Kommilitone

Er ist des Holzhackens müde und macht eine Universität auf — Die alten Germanen und Herr Jeremias — Die Wissenschaft im Braunhemd — Wofür Geld da ist

Wilhelm Rex in Doorn, der allerhöchste gekrönte Holzhacker, langweilt sich anscheinend entsetzlich. Die Huldigungstelegramme seiner altbewährten Kriegervereine und die Sendboten des unentwegten „Bundes der Aufrechten", die ihn von Zeit zu Zeit heimsuchen, geben ihm zwar die Möglichkeit, schmetternde Ansprachen an sein allerdings unheimlich zusammengeschmolzenes Volk zu halten, aber das genügt nicht den Bedürfnissen des munteren Greises, der seiner alten Gewohnheit, mit dem Mundwerk wie ein Donnergott durchs Gelände zu fahren, auch weiterhin treubleibt.

* * *

Da München und ihr Gatte über genügend Geld verfügen — man hat sie ja mit wirklicher Großzügigkeit abgefunden — sind sie auf eine geradezu schrullige Idee gekommen. Beim Barte des Propheten Wotan und bei der orientalischen Physiognomie des kleinen Dr. Goebbels —, was jetzt folgt, ist keine Erfindung jüdischer Arglist, die ausgezogen ist, um den letzten Wilhelm zu diskreditieren, sondern eigenes Produkt der Doornschen Hausküche —: Wilhelm II. hat eine Universität aufgezogen.

* * *

Es ist unheimlich, aber wahr. In regelmäßigen Abständen hört Wilhelm, der Lernbeflissene, Vorlesungen. Für sämtliche Spesen jener würdigen Herren mit zahlreichen Ehrentiteln vor dem hoggebildeten Namen kommt er ganz allein auf. So fuhren erst vor wenigen Tagen etwa vier bis fünf durchaus erwachsene Männer mit großem Gepäck vor dem Hause Doorn vor, um bei Wilhelm ihre magisterliche Begabung zu versuchen und ihn ein wenig weise zu machen. Wir finden, die Herren kommen etwas zu spät.

* * *

Die Professoren, die bisher dem merkwürdigen Rufe nach Doorn Folge leisteten, schweigen über die Eindrücke, die sie dort gewannen. Aber Leute, die trotzdem glauben, gut informiert zu sein, behaupten, genau zu wissen, wie der frühere Kaiser sich seine Privatuniversität eingerichtet haben soll. Fünf Reihen Bänke seien aufgestellt, ein Podium wäre errichtet, Landkarten würden an den Wänden hängen, ein Globus soll den Tisch zieren. Nur eins, behaupten die Gewährsleute, stünde nicht fest: ob Wilhelm in großer oder in kleiner Uniform, im Braunhemd oder im Schlafrock zu den Vorlesungen erscheine.

Zuletzt lief der Doorner Privatuniversität eine Vorlesungsreihe unter dem ehrfurchtgebietenden Titel: „Die Entstehung der europäischen Kultur aus der steingeitlichen Westasiens." Professor Vollgraf, eine Kapazität auf ihrem Gebiete, erläuterte dem ehemaligen Kaiser die Kultursymptome in der kretisch-mykenischen Zeitepoche. Ein Gelehrter, der leider auf den verdächtigen Namen Jeremias hört — es handelt sich allerdings hier nicht um den bei den Hakenkreuzlern so unbeliebten alttestamentarischen Propheten — soll dem Kaiser in einem Fünfstunden-Zyklus Auskunft über die kulturelle Struktur Westasiens geben und ein Professor aus Frankfurt a. M. hat sich mit Behagen und unter dem fürstlichen Beifall Wilhelms über die alten Germanen und ihre diesbezüglichen Gefühle auf dem Lotterfell und beim Metrinken hergemacht.

Und so verbringt Wilhelm seine kurzen Tage! Wenn irgend einer seiner früheren Freunde ihn um finanzielle Unterstützung ersucht, ist kein Geld da. Wenn irgend ein anderer treuer Vasall des Exmonarchen, der in Not geraten ist, Hilfe von ihm, dem noch immer reichsten Deutschen, erbittet, ist kein Geld da. Wenn irgend ein gemeinnütziges Institut ihn, den früheren „Schirmherrn", um klingende Hilfe ersucht, dann ist auch kein Geld da. Immer heißt es: die Republik hat mir ja alles genommen. Aber für solch einen pseudowissenschaftlichen Firlefanz, wie er sich jetzt in Doorn tut — — dafür hat er Geld! Und ist die Sache, die sich Wilhelm inszeniert, auch Wahnsinn, so hat sie doch Methode. Jene Methode des Wahnsinns nämlich: sich eine Macht und eine Wichtigkeit vorzutäuschen, die garnicht vorhanden ist.

Fürchterliches Familiendrama

Die Schuld des Alkohols

In Südosten Berlins schlug in der Nacht zum Sonntag der 49 Jahre alte Bergarbeiter Bernt seine drei Jahre jüngere Frau mit dem Beil nieder. Noch der Tat versuchte sich Bernt, durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Er wurde jedoch rechtzeitig aufgefunden.

Der Streit zwischen den Eheleuten entstand, als Bernt von seiner Frau Geld verlangte, um in ein Wirtshaus gehen zu können. Als die Frau ihm das Geld verweigerte, sich Bernt wüste Drohungen aus. Die Frau befürchtete, daß es zu einem wüsten Streit kommen würde und brachte ihre beiden Kinder zu Verwandten. Als die Kinder am Sonntag vormittag in die elterliche Wohnung zurückkamen, hörten sie beim Eintreten lautes Stöhnen. Sie fanden die Mutter mit einem Schädelbruch auf dem Flur liegend auf. Der Vater lag bewußtlos in der Küche und hatte den Gasschlauch im Mund. Als es gelungen war, Bernt wieder zum Bewußtsein zu bringen, bekam er einen Tobsuchtsanfall und schlug die Wohnungseinrichtung kurz und klein. Die Polizei veranlaßte Bernts Ueberführung nach einer Heilanstalt.

Rechtsanwalt Ahrens freigesprochen

Vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wurde Rechtsanwalt Ahrens, der gemeinschaftlich mit dem Techniker Fritz Gicz und der Geschäftsinhaberin Frau Camilla Boeste Teilnehmer an einer mißlungenen Autoverschiebung war, unter Zubilligung des § 51 freigesprochen. Es war nach einem Ausdruck des Verhandlungsführenden eine rechte „Feld-, Wald- und Wiesenschiebung", die dem Angeklagten vorgeworfen wurde. Es wäre in der Tat nicht zu erklären, wie der bis zur Begehung der Tat angesehene Rechtsanwalt auf so dumme Weise kriminell schuldig werden konnte, wenn man nicht um seinen abenteuerlichen Lebenslauf, der, wie viele Schicksale durch das Wort „Kokain" flammend und warnend gekennzeichnet sind, wüßte. Ahrens ist jetzt 41 Jahre alt; nach dem Kriege trat er als Oberleutnant in die türkische Armee ein, wurde von der Cholera befallen, kam dann nach Deutschland zurück, heiratete das Mädchen, wurde Rechtsanwalt und — fingen zu spielen. Der Verlust im Spielbank hatte gute Folgen, da er Ahrens politische Verbindungen zerstörte, aber auch negative, denn Ahrens wurde in Spielerkreisen zum Kokaingenuß verführt. Bald war der Kokain völlig im Besitz des Rechtsanwalts, und bald stellten sich die üblichen Wirkungen des Nervenzerfalls über ihn her: Praxiszerfall, Vermögenszerfall folgte. Entziehungskuren in Sanatorien blieben erfolglos. Ahrens brauchte Geld, und so kam er auf den Gedanken, ein Auto, das er nur angezahlt hatte, weiter zu verschieben und den Erlös zur Flucht ins Ausland zu benützen — zur Flucht vor sich selbst, zur Flucht vor dem kokainverführerischen Milieu. Tatsächlich ist die Autoschiebung gar nicht gelungen. Der Verkäufer, der rechtzeitig gewarnt worden ist, behielt außer seinem Wagen auch noch eine Anzahlung von 1700 Mark. Ahrens wurde zur polizeilichen Vernehmung geladen, bald wurde auch die Anklage erhoben. Als Ahrens merkte, daß er auf seinen Geisteszustand untersucht wurde, floh er schleunigst nach der Türkei — die Mittel hierzu hatte er sich auf legale Weise verschafft. In der Türkei, und zwar in Konstantinopel, versuchte Ahrens zuerst, sich als Rechtsanwalt niederzulassen, was jedoch an formellen Schwierigkeiten scheiterte. Dann wurde er nacheinander Gastwirt, Chefportier, Klavierlehrer, Hoteldirektor und Redakteur der „Türkischen Post", einer in deutscher Sprache in Konstantinopel erscheinenden türkischen Zeitung. Als das Vorleben von Ahrens bekannt wurde, mußte er auch den Redaktionsposten, der mit monatlich 120 Mark dotiert war, aufgeben. Er ließ sich nun als Koch auf einer Privatjacht anwerben und kam auf diese Weise nach Athen und Venedig. Von der Kokainkrankheit mittlerweile vollkommen gesundet, empfand Ahrens solche Sehnsucht nach Deutschland, daß er heimreiste. In Berlin kam es naturgemäß bald zu der noch ausstehenden Gerichtsverhandlung. Der Angeklagte und die Mitangeklagten wurden freigesprochen, da er sich dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen zufolge in der kritischen Zeit stets im höchsten Kokainrausch befunden habe, sodaß ohne weiteres der Tatbestand des § 51 zutrifft. Nachdem der Staatsanwalt Freisprechung beantragt hatte, verzichteten die drei Verteidiger auf ihre Plädoyers. Die Urteilsberatung dauerte nur zwei Minuten.

Vatermord

Der 42jährige Arbeitslose Otto Borchert in Warburg bei Stendal wurde gestern früh vor seiner Wohnung mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Seine beiden Söhne im Alter von 17 und 19 Jahren gaben bei der Polizei an, daß ihr Vater Selbstmord verübt habe. Nach eingehendem Verhör gestand jedoch der ältere Bruder, den Vater erschossen zu haben, da er die Mutter und die sieben Kinder in betrunkenem Zustand dauernd bedroht und drangsaliert habe, besonders in der letzten Nacht sei es zu heftigen Auftritten gekommen. Der alte Borchert war auch als Alkoholiker und gewalttätiger Mensch bekannt, während seine beiden Söhne als fleißige Arbeiter gelten.

Schweres Unglück bei einem Schulausflug

Durch das plötzliche Reißen einer Hochspannungsleitung ereignete sich am Stausee bei Hengsteyer ein schweres Unglück. Die 37jährige Lehrerin Eversberg befand sich gerade mit einer Klasse der Volksschule von Schalke auf dem Wege vom Strandhaus zum Inselgasthaus, als Drähte zur Erde fielen. Die Lehrerin und ein achtjähriges Mädchen wurden durch den elektrischen Strom sofort getötet. Eine weitere Schülerin mußte mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden, zwei Mädchen erlitten leichte Verletzungen.

Blutige Hochzeit

In Herzogenrath bei Aachen artete eine Hochzeitsfeier in eine blutige Schlägerei aus. Ein nicht zur Hochzeit geladener Bruder des Bräutigams zertrümmerte sämtliche Fensterscheiben des Festhauses, schlug auf den Ehemann mit einem Hammer ein und verletzte ihn durch einen Streifschuß. Auch ein anderes Mitglied der Hochzeitsgesellschaft wurde durch einen Schuß verletzt.

Kampf mit Wilderern

Zwei Brüder aus dem Orte Stephanshausen bei Rüdesheim wurden von dem Förster aus Johannisberg und einigen Leuten dabei überrascht, wie sie ein Reh aus der von ihnen gestellten Schlinge nehmen wollten. Auf den Anruf des Försters ergaben sich die beiden und ließen sich abführen, während die Jäger auf einem anderen Wege zur Ortschaft zurückkehrten. An einer engen Stelle des Waldweges umklammerte plötzlich einer der beiden Wilddiebe den Förster und versuchte ihm ein Messer in den Rücken zu stoßen. Der Förster erschoß den Wilderer in der Notwehr. Sein Bruder ließ sich willig abführen.

„Die Rechnung des Vaterlandes"

— sie ist Euch gewiß — Helden, von denen man nicht spricht — Der Tod, ein kostspieliges Vergnügen — Selbst eine Leiche ist noch steuerpflichtig — Ueber R 101 überfah man 203

Sei mehr als einer Woche sind die unglücklichen Opfer der Katastrophe des Luftschiffes R 101 begraben. Ueber der würdigen und sicher auch berechtigten Repräsentation bei der Ueberführung der Leichen nach England übersah das offizielle Frankreich fast völlig das Schicksal seiner 203 Landeskinder, die es bei derselben Sturmkatastrophe verlor.

Während die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die fünfzig Opfer von Beaumais gelenkt war, während alle offiziellen Vertreter ihr Beileid beteuerten, hielt der Tod an einer anderen Stelle Frankreichs noch einträglichere Ernte: 203 Menschen, meist Familienväter, opferten ihr Leben in der Erfüllung ihrer Pflicht. 203 arme Fischer der Bretagne ertranken im Meer, weil der gleiche Sturm, der das Luftschiff R 101 vernichtete, auch sie überraschte. Die Verlustliste der werktätigen Bevölkerung verzeichnet in ihren Statistiken: In Concarneau, dem Hauptort des bretonischen Küstenfischereibetriebes: 48 Tote! In dem Fischerdorfe Croix: 36 Tote! In dem Fischerdorfe Etel: 70 Tote! In Douarnenez, dem Hafen der Sardinenfischer: 13 Tote! In dem Fischerdorfe Port-Louis: 36 Tote! Eine Vergleichsziffer: das kleine Dorf Etel verlor durch den letzten Sturm mehr Bewohner, als während des ganzen Krieges!

Was tut die Tardieu-Regierung für die Hinterbliebenen dieser 203 Opfer? Nichts, wahrscheinlich nichts. Es sei auf folgenden Fall hingewiesen: Im letzten Vierteljahr verunglückten in Frankreich etwa fünfzig Soldaten bei Flugzeugkatastrophen tödlich. Die Opfer stammten zur Hälfte aus Arbeiterfamilien. So auch der Mechaniker Turgis, der einer der vier Militärflieger war, die am 26. August mit einem schadhaften Apparat bei Chartres abstürzten und verbrannten. Vierzehn Tage nach dem Unglück erhielt der eine invalide Vater des Mechanikers den Besuch eines Gerichtsvollzieher. Er teilte ihm, daß nach den französischen Gesetzen alle Rechte und Pflichten des verstorbenen Sohnes auf den Vater übergingen. Der Verunglückte sei mit einem Steuerbetrage von 249.62 Francs (etwa 49 Mark) noch im Rückstand und der „Erbe" müsse eben für diese Summe haften. Trotz des Protestes klebte der Gerichtsvollzieher seine Marken an. Damit noch nicht genug, erhielt einigen Tagen der alte Turgis noch eine „Rechnung" für „Unkosten", die der Staat durch den Dienstunfall des Mechanikers Turgis gehabt habe. Diese Rechnung, die jetzt von französischen Zeitungen veröffentlicht wurde, lautet wörtlich (die Geldbeträge sind in abgerundete deutsche Währung übertragen):

„Beerdigungsunkosten für Herrn Bernard Turgis, dritte Klasse	29 ℳ
Ausschmückung	17 ℳ
Leichenwagen	13 ℳ
Leichenträger	6 ℳ
Besorgungen	5 ℳ
Kondolenzbriefe	35 ℳ
Kirche und feierliche Beleuchtung	110 ℳ
Totengräber	5 ℳ
Unkosten in Chartres (Sammeln der Leiche und Transport)	80 ℳ
Trinkgelder	8 ℳ
Zusammen	308 ℳ

Diese 308 Mark haben die Hinterbliebenen nach einer behördlichen Entscheidung selbst zu zahlen, weil die Formalitäten das Maß des üblichen übersteigen. Lediglich den Sarg und den Beerdigungsplatz stellte der Staat in großzügigster Weise zur Verfügung.

Bei den 203 bretonischen Fischern sparte die Regierung noch diese Unkosten. Die Opfer des Sturmes brauchen keine Steuer, sie liegen auf dem Meeresgrund ....

Es geht in Frankreich nicht weniger bürokratisch zu als anderswo. Wegen armer Fischer, wegen armer Soldaten schont der Fiskus nicht tief in die Tasche. Er braucht sein Geld für neue Bombenflugzeuge, für neue Kriegsschiffe, ferner zu repräsentativem Pomp. Die Helden des Alltags vergißt man schnell, sie ist das Sterben noch Luxus. Man beerdigt sie in der dritten Klasse. Und man ist noch zufriedener mit ihnen, wenn sie ohne Sarg auszukommen vermögen.

Ein Pfälzer Weinlesefest

bei am 23. Oktober in Neustadt an der Haardt von den Pfälzer Weinbauern — zum Teil in ihrer schönen alten Landestracht — gefeiert wurde.